

NACH DER DEBATTE
ERFAHRUNGEN AUS DEM STREIT UM DEN
50. JAHRESTAG DES ZUSAMMENSCHLUSSES VON KPD UND SPD



JENAER FORUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT E.V.

Protokoll einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der
Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Thüringer Landesvorstand der PDS am 22. Juni 1996
in Gotha

Druck:

Jugendwerkstatt Jena

Am Steinbach 15

07743 Jena

Nach der Debatte.
Erfahrungen aus dem Streit um den
50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD

Schriftenreihe
des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V.

Heft 26

Jena 1996

INHALT

		Seite
Kurt Pätzold	„Zwangsvereinigung?“ - War das die Frage aller Fragen? Unvollständiger Rückblick auf einen 50. Jahrestag	3
Ludwig Elm	Streit im Spannungsfeld zwischen Politik und Ge- schichtsschreibung	21
Dieter Strützel	Den Anfang vom Schluß erklären <i>oder</i> : Nachtrag und Neubeginn einer Debatte	27
Edgar Hartwig	Zur Diskussion um die Gründung der SED in Thüringen ...	45
Heinz Grafe	Weiter auf dem Weg zur geschichtlichen Wahrheit	59
Eberhart Schulz	Konsequenzen der Debatte für die Auseinandersetzung mit Geschichte	62
Herbert Hetzelt	Bemerkungen zur Darstellung der Vereinigung von SPD und KPD durch Wolfgang Leonhard	63
Manfred Weißbecker	Nach dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD - Überlegungen zu einigen Ergebnissen und Defiziten der Debatten	67

Kurt Pätzold

„Zwangvereinigung?“ - War das die Frage aller Fragen?

Unvollständiger Rückblick auf einen 50. Jahrestag

Im Frühjahr dieses Jahres wurde auf vielerlei Weise des Tages gedacht, da sich vor einem halben Jahrhundert in Berlin die Delegierten zweier Parteitage, desjenigen der Sozialdemokratischen und desjenigen der Kommunistischen Partei Deutschlands, zusammenfanden und die Gründung einer gemeinsamen Partei beschlossen, die den Namen Sozialistische Einheitspartei erhielt. Sie existierte nahezu viereinhalb Jahrzehnte, die längste Zeit davon als die bestimmende Kraft im 1949 gegründeten Staat DDR. Dann nahm sie ein rasches, ruhmloses, aber in vieler Hinsicht denkwürdiges Ende. Ihre führenden Politiker sehen sich bis heute Justizprozessen ausgesetzt, in denen ihre Rolle als Staatspolitiker angeklagt und an Rechtsnormen gemessen wird, deren Gültigkeit in jeder Weise fragwürdig ist.

Aus den Trümmern der Sozialistischen Einheitspartei aber ist eine neue Linkspartei in Deutschland hervorgegangen, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Die Kontinuitätslinie zwischen den beiden Parteien wird hauptsächlich durch ihre Mitgliedschaft gebildet, die ganz überwiegend der SED angehört hatte und sich seit Jahren in einem schwierigen, langwierigen und keineswegs abgeschlossenen Erneuerungsprozeß befindet. In seinem Verlauf hat sie sich weiter und wohl auf längere Sicht mit inneren und äußeren Hindernissen auseinanderzusetzen. Es lag allein angesichts der Biographien der PDS-Mitglieder auf der Hand, daß der Jahrestag zum Anlaß werden könnte, tiefer in Geschichte und Tradition einzudringen, die in der neuen Partei verkörpert sind. Das Datum war geeignet, eine Selbstbefragung auszulösen, sowohl derer, die 1946 dabei gewesen waren, wie auch jener Jüngeren, die wie selbstverständlich Mitglieder einer Einheitspartei geworden waren, deren bloße Existenz sie immer als einen Fortschritt angesehen hatten.

Da in die Erinnerung an die beiden Apriltage 1946 so viele persönliche Erfahrungen, Überlegungen und Emotionen hineinspielen, sollte ich sagen, daß bei allem Vorsatz, das hier zu behandelnde Thema „kühl bis ans Herz hinan“ darzustellen, es mir doch nicht gegeben sein wird, Parteinahme für eigenes früheres Handeln zu verleugnen. Ich stand in diesem Prozeß der Vereinigung als ein Mitglied der Kommunistischen Partei, war - wohl einer der jüngsten - Teilnehmer an der Konferenz, die am 19./20. Januar 1946 im Jenaer Volkshaus stattfand und die über Thüringen hinaus einen wichtigen Platz auf dem Wege zur SED bezeichnet. Dennoch ist das hier nicht die Stunde der Reminiszenz, sondern des Versuchs einer Wertung, die sowohl das Ereignis betrifft wie - und dies mehr noch - die Art und Weise, in der seiner gedacht wurde. Aus Zeitgründen wird vieles allzu thesenhaft ausfallen, d.h. der wünschenswerten oder auch nur ausreichenden Begründung ermangeln. Doch mag die folgende Aussprache korrigierend und ergänzend wirken.

Die Historische Kommission der PDS legte lange vor dem eigentlichen Jahrestag Thesen¹ vor, in denen eine Bewertung des nach wie vor denkwürdigen Ereignisses vorgenommen wurde. Ihr Hauptautor, der Historiker Günter Benser, gilt als einer der besten Kenner der Materie und wies das in vielen auf die Publikation folgenden Diskussionen überzeugend aus.² Schon eine flüchtige Kenntnisnahme verrät: Diese Thesen unterscheiden sich in Inhalt und Stil grundlegend von jenen Verlautbarungen, die aus gleichem oder ähnlichen Anlässen von der SED herausgegeben worden waren. Ohne unpolitisch zu sein, verzichteten sie weitgehend auf alle platten oder gar gemeißelten Ableitungen und Nutzenwendungen für die Gegenwart. Sie verzichteten auf alle offene und verdeckte agitatorische Polemik. Die Thesen des Jahres 1996 stellten ein Denk- und Diskussionsangebot dar. Diese Rolle haben sie bei Freunden und Feinden gespielt. Doch mehr noch wurden sie zu einem Streitobjekt und - davon muß die Rede noch sein - zu einem Beleg verfälscht, der den Geschichtsdogmatismus der PDS beweise. Die Thesen berücksichtigen neue Ergebnisse der Forschung und viele erstmalig publizierte Dokumente aus den Archiven der SED.³

Was der Rückblick auf den Jahrestag schon bei flüchtigem Hinsehen erkennen läßt, ist die Tatsache, daß die Bewertung des Ereignisses von den verschiedensten politischen Interessen beeinflusst wurde. Keine der an den zum Teil heftigen geistigen Auseinandersetzungen beteiligten Seiten war von solcherlei Interessen frei und auf ausnahmslos allen Seiten verminderte das aktuelle politische Anliegen - bei den einen wohl mehr, bei den anderen hingegen weniger - die Fähigkeit, der Wahrheit nahekommen und sie auch auszusprechen. Am Ende vieler Debatten lagen Geschichtswissenschaft und Politik, ungeachtet der wachsenden Erkenntnis, daß sie doch auf Dauer nicht in harmonische Beziehungen treten können - gleichsam in einem Bett. Mitunter war es auch einfach die berechnete Sorge, es könnte der Streit um die Vergangenheit wünschenswerte Entwicklungen in der Gegenwart zu stark beschädigen und verbauen, die das für die Wissenschaft freilich unbefriedigende Resultat zeitigten, man möge halt jedem seine Erinnerung und sein Geschichtsbild lassen und sehen, daß und wie man miteinander aus- oder gar praktisch-politisch einander näher komme. Sonderlich weise ist das nicht, denn es versteht sich von selbst, daß Ansichten und Überzeugungen - anders als Bekenntnisse - niemandem aufgezwungen werden können. Und was die Geschichtswissenschaft angeht, so muß es bei ihrem Selbstverständnis bleiben, die Wahrheit zu suchen und nicht Bedürfnisse des Tages zu bedienen. Insofern sind Historiker von berufswegen eigentlich immer auch Störenfriede der Politik. Daß sie es in der SED nicht waren, gehört auch zu den Faktoren, die diese Partei auf den Tod und ins Grab brachten.

Zwei politische Dimensionen wirkten besonders nachhaltig auf die Kontroversen über die SED-Gründung ein. Erstens das Bestreben, das seit 1990 von den Siegern entworfene und bereits vielfach verblässende DDR-Bild zu behaupten. Zu diesem Zweck sollten, wie schon eingeübt, bereits die Entwicklungen, die zur Vorgeschichte des untergegangenen Staates gehören, als fehlgerichtet dargestellt und historisch delegitimiert werden. Daraus ergab sich konkret: Die SED-Gründung mußte als der Start in einer Einbahnstraße erscheinen, die zum „stalinistischen

Unrechts- und Verbrecherstaat DDR“ führte. In diesem Zusammenhang figurieren Begriffe wie „Fehlkonstruktion“, „Geburtsfehler“ und ähnliche.

Zweitens wirkte das Interesse, die PDS nicht nur - was sie unbezweifelbar ist und bleiben wird - in historischem Sinne als Nachfolgepartei der SED hinzustellen, sondern sie als eine Art verkleidete oder getarnte SED politisch zu diskriminieren. Die Thesen wurden zum Beweisdokument für die Unfähigkeit und den Unwillen der PDS erklärt, sich kritisch mit ihrer Vorvergangenheit auseinanderzusetzen und die notwendige Distanz von der SED zu gewinnen. Ein Mann wie Egon Bahr, von dem man abgewogenere Aussagen erwartete, trat mit der unbewiesenen und nicht beweisbaren, weil frei erfundenen Behauptung hervor, die publizierte Erklärung sei durch die Kommunistischen Plattform innerhalb der PDS „veranlaßt“.⁴ Danach überrascht die Benotung, es sei mit den Thesen „ein interessanter, vorsichtiger, von früheren Positionen abweichender, korrigierender, unzulänglicher Schritt“ gegangen worden. „Veranlaßt“ durch eine Plattform, von der sich nach dem Rat aus gleicher Feder die PDS zu trennen habe ...

Die bei Wahlen erkennbar gewordene Akzeptanz der neuartigen sozialistischen Partei durch erhebliche Teile der ostdeutschen Bevölkerung hat ihre Gegner offenbar zusätzlich zu Anstrengungen angestachelt. Sie gipfelten in Angriffen, die nur wütend genannt werden können. Aus der Sicht des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wolfgang Thierse, war die PDS nicht nur mit einem Geburtsfehler behaftet (wie von der SED mit Bezug auf den Mangel an demokratischer Grundbefestigung gesagt werden kann), sondern sie stellte im ganzen einen Geburtsfehler dar. Moralisiertend stellte Thierse fest, es habe Hans Modrow und Gregor Gysi an Anstand gefehlt, die „verkommene Staatspartei SED“ aufzulösen.⁵ Vom Willen der Mitglieder ist in diesem Zusammenhang bemerkenswerter Weise nicht die Rede. Anders, aber sichtlich aus der gleichen Grundstimmung, ließ sich Helga Grebing vernehmen. In ihrem Beitrag zur offiziellen Broschüre des SPD-Parteivorstands sprach sie der PDS rundheraus das „historische Recht“ ab, den Namen Partei des demokratischen Sozialismus zu führen. Sie bezeichnete ihn als „Etikettenschwindel“ und „Gründungslüge“. Dem fügt sie hinzu, daß dieser Partei der Vorstoß zu kritischer Sicht auf die Vergangenheit des „Kommunismus“ erst noch bevorstehe. Als dessen Resultat sie vorhersieht, daß die PDS dann aber überflüssig sein würde, denn „eine Partei des demokratischen Sozialismus gibt es bereits: die SPD“.⁶ Solcherlei Kämpfertum erinnert an viele Vorgänge in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Es verweist auf eine Traditionslinie, die 1945 Kurt Schumacher schon im Mai wieder aufnahm, als er verkündete, daß „vom deutschen Gesichtspunkt“ aus die KPD unnötig sei.⁷ Es stellt keine Übertreibung dar festzustellen, daß die Debatte über die Apriltage des Jahres 1946 von einigen Teilnehmern einzig und allein dazu benutzt worden ist, die neue Linkspartei in Deutschland zu beschimpfen und zu verwünschen. Brigitte Seebacher-Brandt sprach mit Bezug auf die Thesen der Historischen Kommission schlicht von den „Lügen der PDS“.⁸

Hinzu kamen taktische Interessen: Dazu gehörte u.a. die Absicht, Barrieren gegen die Ausweitung jener vielumstrittenen Regierungskonstellation zu errichten, die sich im Land Sachsen-Anhalt entwickelt hat. Daran waren jene rechten Sozialdemokraten hochinteressiert, die ihren Wiedereinstieg in die Regierungspolitik auf Bundesebene nur auf dem Weg sehen und wün-

schen, den seinerzeit Willy Brandt ging. Sie lassen kaum eine Gelegenheit aus, mit dem Blick nach rechts ihre Verlässlichkeit zu beteuern.

Andere, aber im Kern durchaus verwandte Interessen verfochten CDU-Politiker. Da sie nicht sicher sein können, ihre Macht auch über einen nicht ausgeschlossenen Totaleinbruch ihres jetzigen Koalitionspartners erhalten zu können, gilt ihnen die SPD als eine nicht zu verachtende Möglichkeit künftiger Regierungskonstellation. Gerade das schließt den Druck auf die größte Oppositionspartei nicht aus, die notfalls als Juniorpartner akzeptiert werden soll - natürlich zu den Bedingungen der Führungsmacht. Praktisch-politisch dienen dem Koalitionen auf Landesebene; eine davon existiert - nicht krisenfrei - im Osten in Mecklenburg-Vorpommern. Ideologisch-propagandistisch wird keine Chance vertan, den rechten sozialdemokratischen Parteiflügel zu stärken und der ganzen Partei ein „linkes“ Sündenregister vorzuhalten. Was vorzugsweise die SPD mit der PDS permanent versucht, ihr nämlich das „pater peccavi“ abzunötigen, das praktiziert die CDU mit der SPD auch. Denn nichts anderes geschieht, wenn den Konservativen nahestehende Ideologen den Sozialdemokraten mit Bezug auf die Vereinigung die Formel von der „einverständlichen Unterwerfung“ vorhalten.⁹ Die Kennzeichnung, die dem Terminus „Zwangsvereinigung“ entgegengesetzt wurde, nahmen sozialdemokratische Politiker - so Oskar Lafontaine - wiederum zum Anlaß, eine „wohl nicht zufällig“ zustandegekommene Gegnerschaft von PDS und CDU gegen die von ihm und seiner Partei vertretene Geschichtsversion zu denunzieren.¹⁰ Doch vom Erhabenen zum Lächerlichen war schon oft nur ein Schritt. Denn ist es nicht lächerlich, derlei Gemeinsamkeit zu postulieren? Indessen besitzt auch dies Methode und Geschichte, gerade in der deutschen Arbeiterbewegung.

Derlei Bestrebungen lagen samt und sonders zu Einsichten in ein geschichtliches Ereignis quer wie Barrikaden. Das gilt auch für die These, mit dem Zusammenschluß der beiden Parteien sei in der sowjetischen Besatzungszone nicht nur das Ende der SPD erreicht gewesen, die erst mit ihrer Wiedergründung 1989 neu erstand, sondern das Datum des Jahres 1946 bezeichne auch den Schlußpunkt für jedwedes originär sozialdemokratische Wirken. Diese Deutung klammert die Tatsache aus, daß zunächst in der Ostzone soziale, politische und andere Forderungen verwirklicht wurden, die zu den seit langem erhobenen programmatischen Forderungen auch der deutschen Sozialdemokraten gehörten. Viele in die SED gekommene Mitglieder der SPD hatten sie tatkräftig mit verwirklicht und sahen das durchaus als ihr Verdienst an. Das reflektiert beispielsweise das Sozialistische Bildungsheft, das 1947 unter dem Titel „Ein Jahr SED“ erschien und als Grundlage von Bildungsabenden diente, die einheitlich am 1. April stattfinden sollten. Als Resultate gemeinsamer Arbeit, die aus der Vereinigung hervorgingen, werden darin u.a. aufgezählt: die Bodenreform, Liquidierung des Nazismus und Entnazifizierung, Enteignung und damit Entmachtung der industriellen Kriegsverbrecher, Justiz- und Schulreform.¹¹ Wer an diese Tatsachen erinnert, dem wird - beispielsweise von dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden entgegengehalten, er bediene den „Mythos des guten Anfangs der DDR“.¹² Doch diese Polemik kann die Tatsachen gemeinsamer Anfänge nicht aus deutschen Geschichte eskamotieren, und ebensowenig vermögen diese Anstrengungen für eine neue gesellschaftliche Ordnung in Deutschland aufzuwiegen, was vordem und weiter Sozialdemokraten an Unrecht

geschah. Nur eben war die Wirklichkeit der Erfahrungen der Sozialdemokraten in der neuen Partei mehrschichtig oder uneindeutig. Und das hat den einen zu diesen, den anderen zu jenen Verhaltensweisen geführt. Die Kompliziertheit des Geschehens selbst besaß ihre komplementäre Erscheinung in der Kompliziertheit der Entscheidungen. Deshalb war schon die ältere Kennzeichnung, wonach die SED Gründung eine „Gefangennahme“ der Sozialdemokratie und ihrer Mitglieder gewesen sei¹³, auch nicht mehr als eine Formel, die nichts erklärte, geschweige denn enträtselte.

Selbstverständlichen wirkten während der Geschichtskampagne auch in der PDS aktuelle politische Überlegungen und Vorstellungen mit, denen Interessen zugrundelagen. Sie suchte sich vor allem gegenüber den vielen besonders von Sozialdemokraten erhobenen Anklagen, Beschuldigungen und Verdächtigungen als eine den demokratischen Prinzipien strikt und dauerhaft verpflichtete Partei auszuweisen. Dieses ebenso verständliche wie berechtigte Interesse führte auch sie dazu, den Rückblick weitgehend auf die Ablehnung der undemokratischen und Gewaltmethoden zu verengen, mit denen 1945/46 Gegner der Vereinigung in der sowjetischen Besatzungszone mundtot gemacht worden waren. Wieder ging es, wie in der Politik unvermeidlich, um den direktesten Nutzen. Die Frage lautete schließlich charakteristisch anders, als sie die Wissenschaft stellt. Sie reduzierte sich darauf: Was bringt's? In der Formulierung von Gysi las sie sich so: „Die Auseinandersetzung mit der Art und Weise des Zusammenschlusses von KPD und SPD zur SED bringt nur etwas, wenn wir darüber nachdenken, wie unterschiedliche politische Kräfte künftig miteinander umgehen müssen, wenn sie etwas gemeinsam wollen.“ Diese Herangehensweise stellte das kritikwürdige Wie des Zusammenschlusses zumindest weit vor das Warum und Wozu. Das war - sicher ungewollt - gegenüber denen sehr entgegenkommend, die programmatische Fragen der Vergangenheit nicht zu diskutieren wünschen, weil sie deren Konfrontation mit der Gegenwart nicht für vorteilhaft und gewinnbringend halten.

Wer sich ein sachlich-kritisches Bild von der Kampagne anlässlich des 50. Jahrestags der SED Gründung und ihren Ergebnissen machen will, kommt nicht umhin, noch einmal von dem Ereignis selbst zu sprechen. Von beidem wird im folgenden unter vier Gesichtspunkten die Rede sein:

I. Die Entwicklung zur Sozialistischen Einheitspartei war ihrem Charakter nach eine Massenbewegung. Das gilt auch für das südlichste Land der damaligen sowjetischen Besatzungszone. Die Kommunistische Partei hatte vor 1933 13.000 Mitglieder in Thüringen gezählt (das ist, wie die Abrundung zeigt, offenbar eine ungefähre Zahl). Zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses wies sie ihre Mitgliederstärke mit 73.351 aus. Die Zahl der Ortsgruppen wurde mit 1.373 beziffert, dazu kamen sog. Stützpunkte und Betriebsgruppen. Die Sozialdemokratische Partei hatte schon vor 1933 in Thüringen mehr Mitglieder rekrutiert als die KPD. Nun war sie von damals 42.857 Mitgliedern auf 91.831 angewachsen. Insgesamt waren in Thüringen also mehr als 165.000 Menschen an dem Prozeß der Vereinigung direkt beteiligt gewesen.¹⁴

Doch die Mitgliederzahlen der beiden sich vereinigenden Parteien spiegeln den Tatbestand der Massenbewegung allein nicht ausreichend wider. Auch viele Menschen, die keiner dieser bei-

den Parteien angehörten, interessierten sich für Verlauf und Resultate der Debatten, die der Parteigründung vorausgingen. Manche machten davon ihre weiteren persönlichen Schritte abhängig und auch ihre Entscheidung, der neuen Partei beizutreten oder ihr fernzubleiben. Die Vereinigungsfrage war Gegenstand vieler öffentlicher Versammlungen und Kundgebungen in Betrieben und anderen Arbeitsstellen.

Damit aber nahm die Vorgeschichte der SED wie jede Massenbewegung auch ihre eigene Dynamik an. Die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien wollte, ihren Führungen folgend, zur Vereinigung hin, und sie sahen keinen Grund, sich damit übermäßig Zeit lassen zu müssen. Von den Problemen der Praxis in Nachkriegsdeutschland bedrückt und - was die von vielen übernommene Arbeitslast anging - auch schon nahezu erdrückt, gingen Kommunisten wie Sozialdemokraten davon aus, daß sich viele Fragen des Lebens und Wirkens der neuen Partei im Verlauf ihrer Existenz weiter klären würden. Der Gedanke, eigene Kräfte in permanenten Auseinandersetzungen mit der anderen Arbeiterpartei zu verbrauchen, hatte für niemanden etwas Verlockendes. Viel später, als in der SED Stalins „Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang“ studiert wurde, ist in Lektionen oft ein von Lenin stammendes Wort zitiert worden, wonach Parteien, bevor sie sich vereinen und damit sie sich zusammenschließen könnten, sich zunächst voneinander abgrenzen sollten. Diese Vorgehensweise - den russischen Linken empfohlen unter den Bedingungen der Illegalität vor dem Ersten Weltkrieg - wäre den Beteiligten des Vereinigungsprozesses 1945/1946 absurd vorgekommen. Der Sozialismus galt ihnen als das ferne Ziel (und wer kann, mag sich an die verbreitete Überraschung erinnern, mit der jener Parteikonferenz-Beschluß 1952 zur Kenntnis genommen wurde, wonach jetzt die Grundlagen des Sozialismus aufgebaut werden sollten). Die nächsten Aufgaben und Schritte aber verstanden sich für Menschen in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung und des Kampfes gegen Faschismus und Krieg nahezu von selbst.

Fünzig Jahre nach dem Ereignis, das ist der erste Punkt meiner Kritik an vielen Darstellungen, erschienen die zehn Monate zwischen dem legalen Wiederhervortreten der beiden Parteien und ihrer Vereinigung vor allem von einem Diskussions- und Streitprozeß angefüllt. Mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun, insbesondere nicht mit dem Leben derjenigen Mitglieder beider Parteien, die in den eben entstehenden antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorganen Pflichten übernommen hatten. Die Vorgeschichte der SED wurde, ähnlich wie ein einzelnes Organ aus einem Körper herausgetrennt werden kann, gleichsam aus der Nachkriegsgeschichte seziert. Die Praxis der Wiedereingangssetzung des Lebens und des antifaschistischen Aufbaus erhielten demgegenüber eine nur marginale Bedeutung oder werden auf Streit und Gerangel um Ämter und Posten, um Machtanteile und Einflußsphären reduziert.

Das geschieht beispielsweise auch in der lesenswerten Darstellung von Andreas Malycha, die den Eindruck macht, als habe es in jenen 11 Monaten zwischen Befreiung und SED-Gründung im Land Thüringen Umsiedler, Wohnungsnot bis zum Wohnungselend, Seuchen, verirrte elternlose Kinder, hilflose Kranke und Alte, Hunger und Mangel an vielem Lebens- und Überlebensnotwendigen nicht gegeben oder: als hätten alle diese Tatsachen des Lebens im ersten Nachkriegsjahr für die kommunistischen und sozialdemokratischen Aktivisten der ersten

Stunde und ihr Verhältnis zueinander, ihre Erfahrungen miteinander keine Bedeutung besessen. Malycha beruft sich bei seinem Bild auf Akten der Sitzungen von Gremien der SPD. Wie aber stellt sich das Bild dar, wenn die praktische kommunale und regionale Arbeit anhand ihres überlieferten schriftlichem Niederschlag mit herangezogen werden würde?

II. Zu den aktuellen Antrieben für Richtung und Tempo des Prozesses, der zum Zusammenschluß der beiden Parteien führte, gehörten aber nicht nur die erwähnten materiellen und im Wortsinn existentiellen Faktoren. Nicht weniger wirkten ideologische und politische und moralische Faktoren. Vor allem war da das Wissen, daß sich die beiden deutschen Arbeiterparteien von der Mitschuld am Aufkommen des Nazifaschismus nicht freisprechen konnten, ungeachtet aller Anstrengungen, die sie vor 1933 unternommen und ungeachtet aller Opfer, die sie im Kampf gegen das Unheil gebracht hatten. Ohne daß das Gegeneinander der beiden Parteien rekonstruiert worden wäre, ohne das über dessen Ursachen Rechenschaft gegeben wurde, herrschte doch ausdrücklich oder stillschweigend Übereinkunft darüber, daß - wie ein Befürworter des Einigungsprozesses an BBC London schrieb -, die deutsche Arbeiterbewegung vor der Welt etwas gutzumachen habe.

Nur idealtypische Vorstellungen können aus dem Halbjahrhundertabstand in die Forderung münden, die beiden Parteien hätten vor ihrer Vereinigung eine Bilanz der folgenschweren Jahre von 1929 bis 1933 vom Ende der sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller über die Tolerierung der Brüning-Regierung und den Papenschlag in Preußen bis zur Aufrichtung der Nazidiktatur, ziehen sollen. Nur geschichtsfernes Besserwissen kann sich vorstellen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in jenen ersten Nachkriegsmonaten fähig gewesen wären, sich über die kommunistische Taktik der Schwächung der SPD, über die verhängnisvollen These vom „Sozialfaschismus“ und die Diffamierung von Sozialdemokraten als „kleine Zörrgiebels“ kritisch zu verständigen. Obendrein wäre das eine Debatte zwischen einer Minderheit von Mitgliedern beider Parteien gewesen, denn in der SPD wie in der KPD überwogen an Zahl bald die hinzugestoßenen Mitglieder, darunter viele, die keinerlei eigene Erinnerung, geschweige denn Erfahrungen aus den Kämpfen am Ausgang der Weimarer Republik besaßen.

Alle Forderungen, wonach diese Aufarbeitungen der Vergangenheit der Vereinigung hätten voraufgehen müssen, mögen sie gemeint sein wie sie wollen, laufen deshalb logisch-historisch doch darauf hinaus, den Zusammenschluß als verfehlt anzusehen und ein Nebeneinander der beiden Parteien auf längere Zeit nachträglich gutzuheißen. Dessen Folgen, so wenig sie insgesamt „hochgerechnet“ werden können, lassen sich in Grenzen ausdenken. Eine SPD-Ost neben einer SPD-West, die schon 1945 dezidiert einen antisowjetischen Kurs befolgte (was übrigens die Haltung der sowjetischen Militäradministration zu den Einheitsgegnern in einer im einzelnen noch anhand von Dokumenten zu klärenden Weise mitbestimmt haben dürfte), hätte zu Verfolgungen von Sozialdemokraten ganz anderer Art geführt, als sie eine beklagenswerte Minderheit von ihnen erleiden mußte. Daß eine derart separate SPD in der sowjetischen Besatzungszone so etwas wie eine folgsame Blockpartei geworden wäre, wie jüngst wiederholt gesagt worden ist, scheint demgegenüber viel weniger wahrscheinlich.

Vor allem aber: Die Mitglieder beider Parteien sahen sich 1945/1946 tagtäglich den verschiedensten Erscheinungen des Postfaschismus konfrontiert. Auch davon ist in den neueren Darstellungen kaum noch die Rede. So kann der Eindruck entstehen, der Faschismus wäre in jenem Jahr eine vermodernde Leiche gewesen, um die sich niemand mehr zu scheren brauchte. Nun war zwar der zentrale und regionale Staatsapparat des Nazisystems rasch zerschlagen worden. Doch dieser deutschen Nachkriegsgesellschaft saß dennoch die Hinterlassenschaft des Regimes gleichsam noch in allen Poren. Jeder Tag bewies das, brachte es zutage, verlangte Entscheidungen und Arbeit. Man denke etwa an die Eröffnung der Schulen und die Frage, wem der Unterricht von Kindern und Jugendlichen anvertraut werden sollte angesichts der massenhaften Parteinahme der Lehrerschaft für die Naziherrschaft. Die praktische Auseinandersetzung mit der Hinterlassenschaft des verbrecherischen Regimes und die eigene und gruppenweise Auseinandersetzung mit der Naziideologie, für die sich die Mitglieder mitunter auch schon in gemeinsamen Bildungsabenden besser rüsteten, brachten einander näher und führten zusammen. In diesem Punkte existierten keine Meinungsverschiedenheiten. Der Nazismus sollte mit Stumpf und Stiel, so ist oft gesagt worden, beseitigt werden.

Auf diese Kampfstellung - ohne jede Übertreibung kann für sie nur dieser Begriff gelten - wurden die Mitglieder beider Parteien jedoch nicht nur durch ihre Grundüberzeugung verwiesen, sondern bald auch durch die Erfahrung, daß die beiden anderen Parteien - CDU und LDPD - in vielen praktischen Fragen der Überwindung des Nazierbes mindestens weniger konsequent waren, sich schwächer engagierten und keineswegs unnachsichtig zu Werke gehen wollten, ja, daß es in deren Reihen Kräfte gab, die offenkundig zu Verhältnissen hinzusteuern wünschten, die lediglich politisch-juristische Korrekturen gegenüber den Zuständen der Weimarer Republik aufweisen sollten. Die Bedeutung dieser doppelten Konfrontation, der gegen den Postfaschismus und jener gegenüber den konkurrierenden bürgerlichen Parteien, bildete eine Antriebskraft im Vereinigungsprozeß. Es ist der zweite Punkt meiner Kritik, daß die Erinnerung an diesen Zusammenhang mitunter ganz fehlte, keineswegs aber in einer der Realität angemessenen Weise erfolgte.

Diese verengte Sicht mag auch dadurch hervorgerufen und auch deshalb nicht zurückgewiesen worden sein, weil viele Mitglieder der PDS sich der Blockparteien nur als willfährige Werkzeuge der Staatspartei erinnern und sich kaum vorzustellen vermögen, daß die Liberalen wie die Christdemokraten 1945/1946 zwar im antifaschistisch-demokratischen Block wirkten, aber gerade dort keineswegs nur Flöten bliesen. Vereinigung zu einer sozialistischen Partei hieß im Verständnis der Verfechter dieser Idee und dieses Plans deshalb auch, daß damit ein eigener Gewichtszuwachs gegenüber den beiden damals noch bürgerlichen Parteien gewonnen werden konnte. Und dies umso mehr, als CDU wie LDPD - worauf in den Debatten der letzten Monate wiederholt hingewiesen wurde - ja selbst neuartige Parteien waren und allein durch ihre Existenz ein Bekenntnis zur Einheit von - wenn schon nicht Gleichgesinnten - so doch Gleichinteressierten darstellten. Mit der CDU-Gründung war, anders als 1918/19, die Bildung einer interkonfessionellen christlichen Partei gelungen. Und die liberale Partei stellte den Versuch dar, die nicht konfessionell orientierten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte - von den

großen Kapitalisten bis zu den kleinen Warenproduzenten - zu sammeln und zu vertreten. Einheit galt den politischen Kräften in Nachkriegsdeutschland - lassen wir Bayern mit seinen spezifischen Traditionen beiseite - als positiver Wert. Damit war nicht die Einheit der Volksgemeinschaft oder der nazistischen Monopolpartei gemeint, weshalb die gegen die SED-Gründung gerichteten Argumente, die auf die Erfahrungen mit der NSDAP verwiesen, eher von der Unkenntnis und der Fehleinschätzung jener zeugten, die sie verbreiteten.

III. Geschichtliche Erfahrung war in jeder Phase des Weges zur SED-Gründung gegenwärtig. Vor allem aus der verheerenden Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung rührten starke Antriebe für den Vereinigungsprozeß her. Es scheint nicht überflüssig zu sein, sich den Absturz des Jahres 1933 noch einmal vor Augen zu stellen: In dem damals zertrümmerten Staat hatten die Führer der Sozialdemokratie zeitweilig nicht nur Minister und Reichskanzler, sondern auch das Staatsoberhaupt gestellt, sie waren auf regionaler und lokaler Ebene in den verschiedensten Institutionen verankert und übten als Oberbürgermeister, Bürgermeister, Polizeipräsidenten - gut oder schlecht, das spielt in unserem Zusammenhang keine Rolle - Macht aus. Und dann: 1933, fanden sie sich im Exil, andere in Gefängnissen und Konzentrationslagern, dritte in wirkungslosen illegalen Zirkeln auf sehr bedenklichem „freien Fuß“.

Und wenn auch nur wenige Kommunisten in kleinen Ortschaften Staats- oder Verwaltungsfunktionen innehatten, machtlos war ihre Partei, gestützt auf schließlich mehr als fünf Millionen Wähler, im Weimarer Staat nicht gewesen. Sie verfügte nicht nur über die Kraft ihrer Mitglieder und Sympathisanten, sondern besaß Immobilien, Redaktionen von Zeitungen und Verlage, sie hatte eine erhebliche Zahl ihrer Funktionäre in Parlamente bringen können, den Reichstag eingeschlossen. Und dann: Schon wenige Monate nach der Aufrichtung der faschistischen Macht wurden in Hamburg vier Kommunisten mit dem Fallbeil ermordet. Untergrund, Haft, Exil, totale Enteignung folgten. Auf jeweils andere Weise waren beide Parteien aus Zuständen, in denen sie über Machtfaktoren geboten, in Verhältnisse ihrer Ohnmacht geraten.

Diese Erfahrung hat das Machtbewußtsein derjenigen, die sie erleiden mußten, aufs äußerste geschärft. Dieser Fall ins Bodenlose sollte sich ein zweites Mal nicht ereignen. Und damit ist der dritte Kritikpunkt benannt, der sich auf das Nachdenken über die Vereinigung bezieht. 1996 wurde ein Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten darin „entdeckt“, daß die einen auf dem Wege zur Einheit sich als gewiefte Strategen und Taktiker gezeigt hätten, die anderen hingegen dem gegenüber hilflos gewesen wären, weil sie mit ihren auf die Einheit gerichteten Emotionen den Werbungen schließlich nicht widerstehen konnten. Nun wird niemand ernsthaft leugnen, daß Emotionen in diesen Prozeß in erheblichem Umfang hinwirkten. Sie existierten jedoch auf beiden Seiten, und sie den Kommunisten absprechen zu wollen, heißt ihnen ebenso Unrecht tun, wie es den Sozialdemokraten nicht gerecht wird, wenn ihr Verhältnis zur Einheit auf Gefühle reduziert wird, die sie zu Tölpeln gemacht hätten.

Auch dieses wirklichkeitsferne Bild vom kalten Machtkalkül der einen und der warmen, aber blinden Einheitssehnsucht der anderen, von den „Politprofis“ (Pieck/Ulbricht) hier und den in Sachen der großen Politik unerfahrenen „Kommunalpolitikern“ (Grotewohl/Fechner) dort¹⁵,

mit dem die Fragen auf Personen und Personengruppen gelenkt werden, bietet 1996 manchen einen unbestreitbaren politischen Vorteil. Er ergibt sich für alle, die in eine historisch-kritische Debatte über die auf dem Wege zur SED ausgearbeitete und diskutierte Programmatik nicht eintreten wollen. Das Parteiprogramm, das in den Grundsätzen und Zielen der SED formuliert wurde, schien in den vielen Veranstaltungen und Diskussionen nahezu keiner Erwähnung wert gewesen zu sein. Die praktisch-gesellschaftliche Tätigkeit, die der Vereinigung vorausging, wurde ebenso negiert wie jene, die ihr folgte und die ohne den Zusammenschluß schwerlich zu verwirklichen gewesen wäre.

Die Frage der Macht auf das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten im Innern der gemeinsamen Partei zu reduzieren, statt sich die grundlegendere Problematik der Vorherrschaft in der sich bildenden Nachkriegsgesellschaft vor Augen zu stellen, heißt an der Tatsache vorbeidenken, daß doch die Kommunisten wie die Sozialdemokraten gegenüber den bürgerlichen Kräften nach den Erfahrungen der Jahre 1932 und 1933 von tiefem Mißtrauen erfüllt sein mußten. Denn wenn auch alle Entscheidungs- und Handlungsmacht zunächst in den Händen der Besatzungsorgane lag, deren Herrschaft würde, wie lange auch immer, nicht ewig dauern. Es mußte unvermeidlich der Tag kommen, da die politischen Kräfte in Deutschland sich ohne den Rückhalt von Militärregierungen gegenüberstehen würden. 1996 aber wurden Vorherrschaftsansprüche, die sich auf die künftige deutsche Gesellschaft richteten, als eine Art Monopol der Kommunisten dargestellt. Demgegenüber seien die Sozialdemokraten von hehren und selbstverleugnenden demokratischen Grundsätzen bestimmt worden. Gewiß, die Kommunisten traten, beeinflußt vor allem durch Lenins Schriften und mehr noch geleitet von ihrem Verständnis der Oktoberrevolution, am entschiedensten für den Machtgewinn der Linken ein und suchten ihn vorzubereiten. Daß aber den anderen politischen Kräften, sei es den Sozialdemokraten als Partner, seien es die Liberalen und Christdemokraten als Partner und Rivalen, der Machtgedanke fremd gewesen sei, gehört in das Reich der Legenden. So naiv waren glücklicherweise die gebeutelten und geschundenen Mitglieder der SPD nicht. Der tatsächliche Einfluß, den die SED als Machtfaktor im Osten Deutschlands nach 1946 gewann, bestätigte - obendrein vor dem Hintergrund der wenig Anziehungskraft besitzenden Oppositionsrolle der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik während der Jahre der Adenauerregierung - auch vielen Sozialdemokraten die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

IV. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeiterbewegung in Deutschland war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Teil einer politisch-geographisch ungleich weiterreichenden, nahezu europaweiten Bewegung und Gegenbewegung. Denn nicht nur in den Grenzen Deutschlands oder gar nur in deren sowjetischer Besatzungszone wurde über das Verhältnis der Arbeiterparteien zueinander nachgedacht. Das war schon geschehen, lange bevor der Faschismus zur Strecke gebracht werden konnte. Solches Nachdenken, Vorausplanen, die Zukunft projektieren ist bei Freund und Feind nachweisbar. Die Belege dafür sind massenhaft.

Auf Seiten der Konservativen wie der Liberalen existierte weder in Großbritannien noch in Frankreich und auch nicht in den westeuropäischen Kleinstaaten ein Zweifel darüber, daß ihnen

die Rechnung für ihre Vorkriegs- und zum Teil auch für ihre Kriegspolitik (hier verstanden als: Politik im Kriege) nach Kriegsende noch präsentiert werden würde. In vielen Ländern konnten die Arbeiterparteien mit hoher Autorität in die Nachkriegspolitik eintreten. Besondere Befürchtungen richteten sich auf den gewachsenen Einfluß der Kommunisten, der nicht nur aus ihren Warnungen und ihrem antifaschistischen Anstrengungen aus den Jahren vor 1939 herrührte, sondern mächtiger noch aus ihrem Anteil am Widerstandskampf gegen die deutschen Eindringlinge und Eroberer entstand. Keiner Hellsicht bedurfte es auch, um festzustellen, daß die Kommunisten weithin aus dem gewachsene Ansehen der UdSSR zusätzlichen Gewinn würden ziehen können.

Die Frage nach den politischen Kräfteverhältnissen im Nachkrieg auf die deutsche oder gar nur auf die ostdeutsche Situation zu verkürzen, dazu bedarf es eines Gedankenschritts, den man ganz undenunziatorisch „Austritt aus der Geschichte“ nennen kann. Dennoch ist er weithin gegangen worden. Als Akteure des so aus allen Zusammenhängen gelösten Geschehens erschienen einzig drei Kräfte: die Führungen der KPD, der SPD und die hohen Offiziere der Sowjetischen Militär-Administration (SMAD).

In Wirklichkeit und selbstredend waren der Interessenten und Akteure ungleich mehr, und sie hatten sich - wie erwähnt - auf die Nachkriegssituation vorbereitet. Das geschah - um hier das Beispiel der nach der UdSSR einflußreichsten europäischen Macht heranzuziehen - in Großbritannien in erster Linie mit dem Blick ins eigene Land. Erinnert sei an die Tatsache, daß die Partei, die den Mann gestellt hatte, dessen Name 1940 zum Symbol des Widerstands gegen die deutsch-faschistische Bedrohung geworden war, wenige Monate nach Kriegsende soviel an Terrain einbüßte, daß Winston Churchill den Posten als Premier an einen Nachfolger aus der Labourpartei verlor. Doch gerade unter dieser Partei tat die britische Besatzungsmacht, was in ihren Kräften stand, die Einheitsbestrebungen in ihrer Besatzungszone in Deutschland zu blockieren. Es genügt zum Beweis dessen, sich die Sendungen zu vergegenwärtigen, in denen sich BBC London mit der Vereinigung befaßte. Dafür richtete sie eigens eine „Sendung für Arbeiter“ ein und in der Reihe „Funkbriefkasten“ konfrontierte sie die Meinungen ihrer Hörer zu den Bestrebungen, die sich auf eine Einheitspartei richteten. In den Zuschriften drückte sich mitunter eine Denkweise aus, die aus dem soeben militärisch zerschlagenen Regime herstammte. Sie äußerten sich in Formulierungen wie: Deutschland dürfe den „Polypenarmen“ oder den „Würgearmen des Vampirs“ (der UdSSR) nicht überlassen, nicht an die Kommunisten ausgeliefert werden, die „charakterlose Menschengruppen“ seien. Neben den ernstzunehmenden Einwänden der alten Sozialdemokraten gegen eine deutsche Arbeiterpartei nach dem Muster der KPdSU wurden folglich auch ausgesprochen antisowjetische Argumente zugelassen, wenn es darum ging, Argumente gegen den Prozeß der Verschmelzung der beiden Parteien anzuhäufen. Selbst noch die moderaten Abmahnungen aus dem Munde angesehener Kommentatoren der deutschsprachigen Sendungen, die vielen deutschen Hitlergegnern aus der Kriegszeit bekannt waren, bezeugen ungewollt die Popularität des Einheitsgedankens. Gordon Walker fragte am 21. März pseudo-naiv: „Warum nicht Verbrüderung statt Verschmelzung?“ und drückte

damit das Interesse an jeder „Lösung“ unterhalb der organisatorisch vereinten Arbeiterpartei aus.¹⁶

Es erschien in den Diskussionen der vergangenen Monate schon als eine den Blick öffnende Forderung, die Vereinigung von KPD und SPD im Osten Deutschlands mit späteren Prozessen in den Staaten der sogenannten Volksdemokraten zu vergleichen. Doch warum sollte nicht auch ein Vergleich mit den Bestrebungen in West- und Südeuropa, die sich auf ein neues Verhältnis der linken Parteien richteten, angestellt werden und erkenntniserhellendem Nutzen eintragen? Dabei würde deutlich werden, daß die Befürworter der Einheitsbestrebungen im sozialdemokratischen Lager ihrerseits den Druck der Einheitsgegner zu spüren bekamen. Drastische Methoden wurden zu ihrer Disziplinierung eingesetzt. Wie Helmut Kohl in seiner Dissertation schreibt, nahmen am ersten Nachkriegsparteitag der Kommunistischen Partei in Hessen-Pfalz, der am 18./19. Mai 1946 in Ludwigshafen stattfand, auch SPD-Mitglieder aus Zweibrücken teil. Das taten sie entgegen „den ausdrücklichen Anweisungen der sozialdemokratischen Parteiführung“. Zwei Tage später wurde die Zweibrücker Gruppe der SPD vom Vorstand der pfälzischen Sozialdemokratie wegen „parteischädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen.¹⁷ Diese Methoden waren unbestritten milder, ja human verglichen mit den Praktiken, deren Opfer eine noch zu ermittelnde Zahl von Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone wurden. Politisch aber, und d.h. hier: im Ziel, unterschied sich dieses Vorgehen in einem wie im anderen Falle nicht voneinander.

V. Zu dieser zeitgenössischen politisch-geographischen Dimension, die in den Erörterungen viel zu kurz kam, gehört ein weiterer historischer Aspekt. Es scheint nicht vermessen zu sein, wenn verlangt wird, daß zu diesem Zweck das Jahrhundert besichtigt werden muß. Betrachtet man es nur mit dem Blick auf die deutsche Geschichte, dann ergibt sich: Die Vorgeschichte dieser Apriltage 1946 reicht bis in jene Jahre zurück, da sich die Spaltung der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg anbahnte und dann in dessen Verlauf oder als dessen Folge auch organisatorisch vollzog. Was diese Spaltung bedeute, zuvor noch: wie sie nach ihren Ursachen, Folgen und in ihren Perspektiven zu bewerten sei, das hat wieder und wieder nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten beschäftigt. In ihren Reihen aber konnte die Frontstellung gegeneinander bis in das Jahr 1933 nie auch nur durchgreifend abgemildert werden. Ein erstes Zeichen eines Wandels, der sich dann nicht vollzog, ereignete sich 1933/1935 im Saargebiet.

Vor dem verhängnisvollen Januar 1933 hat wohl keinen Demokraten der Zustand der deutschen Arbeiterbewegung mehr gequält als Carl von Ossietzky. Er sah die Folgen der Zerrissenheit für die Chancen des Faschismus klar und voraus. Doch war das nicht sein grundlegender theoretischer Gesichtspunkt. Ossietzky erblickte in den seit 1919 nebeneinander existierenden beiden großen Arbeiterparteien die Verkörperung zweier grundlegender Interessenlinien der Klasse, der reformistischen und der revolutionären, die beide auf die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft hinzielten und jede für sich ihre Existenz wohl begründen könnten. Heute ist diese Konstellation nicht mehr gegeben, denn die Sozialdemokratie ist von einer reformsozialistischen in eine reformkapitalistische Partei verwandelt und das Profil der PDS, das erst

noch weiter bestimmt werden muß, ist jedenfalls weit von jener Revolutionstheorie entfernt, für die mit unterschiedlicher Berechtigung Marx und Lenin in Anspruch genommen wurden. Anders ausgedrückt: die Fernziele der beiden Parteien SPD und PDS fallen heute weiter auseinander als in den zwanziger und dreißiger Jahren die Ziele von KPD und SPD.

Nichtsdestoweniger: Das Verhältnis der Parteien, die andere Gesellschaftsprojekte vertreten als Konservative und Liberale, zueinander ist so akut wie eh und je, auch wenn kein mächtiger Faschismus darauf wartet, daraus seine Münze schlagen zu können. Da hat sich in den Debatten zum 50. Jahrestag doch Merkwürdiges ereignet. Während Vorherrschaftsbestrebungen der Kommunisten im Prozeß des Zusammenschlusses, vor allem aber nach seinem Vollzug scharf kritisiert wurden, galten gleichsam im selben Atemzug die derzeitigen Bestrebungen sozialdemokratischer Führer als ganz und gar selbstverständlich und legitim, der PDS-Führung und ihrer Mitgliedschaft das Verhalten zu ihrer Geschichte und Vorgeschichte vorzuschreiben. Verlangt wurde rundheraus und gebetsmühlenartig das Bekenntnis: Zwangsvereinigung. Das schien die Frage aller Fragen zu sein. Die einstigen Antriebe? Desinteresse. Die einstigen gesellschaftlichen Entwürfe? Erledigt. Der Vergleich zwischen den projektierten und gegangenen Wegen nach Soll und Haben? Überflüssig.

Die gegenwärtige Führung der Sozialdemokratie hat dem Ereignis vom April 1946 auch aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts keine Seite abgewinnen können, die ihr den freilich über Parteiinteressen hinausweisenden Gedanken an gegenwärtigen Nutzen nahegelegt haben würde. Die Sozialdemokraten, die den Weg zur Vereinigung ja nicht nur mitgingen, sondern ihn bereiteten, erscheinen den führenden „Enkeln“ als Abtrünnige, Leichtgläubige, Übertölpelte. Sie werden allenfalls an den Rand der Parteigeschichte gesetzt, besser noch sollen ihre Biographien ganz der Vergessenheit anheimfallen. Diese Haltung entlarvte sich an dem Datum, an dem die sozialdemokratische Parteispitze 1995 ihres Eintritts in die Nachkriegslegalität gedachte. Gewiß, daß die Terminwahl die Entschlüsse und das Handeln Zehn- und Hunderttausender von Parteimitgliedern in der sowjetischen Besatzungszone im Sommer 1945 mißachtete, war eine Dummheit, aber sie war eben doch eine kennzeichnende Dummheit und sie erwuchs nicht nur aus Vergeßlichkeit¹⁸. Nun wird über Terraingewinn im deutschen Osten neu nachgedacht.

Die PDS mit ihren Politikern ist in den Wochen vor dem 50. Jahrestag weitgehend auf das Eis tanzen gegangen, auf das sie eingeladen wurde. Den Esel hat sie dort nicht abgegeben, schon weil ihr dabei doch vorweg nicht recht wohl war. Doch es ist ihr auch nicht gelungen, die Fragen- und Gedankenfläche zu vergrößern, auf der die Auseinandersetzung um die Vergangenheit stattfand. Jedoch: Der Begriff „Zwangsvereinigung“ wird weithin - ungeachtet alles politisch interessierten Insistierens - als eine der geschichtlichen Realität unangemessene Verkürzung angesehen. Diejenigen, die das Bild vom Zwang als Hauptfaktor der SED-Gründung in grellen Farben malten und als das allein gültige offerierten, haben sich nicht durchzusetzen vermocht, obwohl sie so vollmundig in die Auseinandersetzungen eingetreten waren. Unter Berufung auf nicht weniger als „alle seriösen Historiker“ hatte Thierse behauptet, es habe sich um einen mit Zwang, Repression, Drohung, Betrug, Täuschung durchgesetzten Prozeß mit

vielen Opfern gehandelt“.¹⁹ Später hat sich der gleiche Autor auf den „größeren Teil der wissenschaftlichen Zunft“ berufen.²⁰ Fragen nach wahr und falsch, das wissen auch Laien, unterliegen in der Wissenschaft freilich keinen Mehrheitsentscheidungen. Einige Teilnehmer der Diskussionen gingen mit der Formel „Zwangsvereinigung“, deren erste Verwendung dem Sozialdemokraten Gustav Dahrendorf zugeschrieben wird, wie Equilibristen um. Wolfgang Leonhard, der ihn ablehnt, bot zuerst den Ersatzterminus „diktatorische Vereinigung“ an und offerierte später den der „repressiven Vereinigung“.²¹

Andre Brie formulierte zunächst hochakademisch: „Es ist ein politisch und wissenschaftlich fragwürdiges Unternehmen, solch komplexe gegensätzliche (gemeint ist wohl: widersprüchliche - K.P.) Prozesse auf einen Begriff bringen zu wollen“, stürzt sich dann doch selbst in solches Unternehmen und erklärt den Vorgang („wenn ich es denn auf den einen Begriff bringen soll“) als „undemokratische Vereinigung ohne emanzipatorischen Charakter“.²² Da wird obendrein ein weißer Schimmel gesattelt.

Mitunter kann der Widerwille den Neuformulierungen leicht abgelesen werden, mit dem das Eingeständnis einhergeht, sich von einer monokausalen Aussage trennen zu müssen.

Selten wird unumwunden zugegeben, daß auf allen Seiten positive und wohlerwogene Überzeugungen zugunsten des Zusammenschlusses wirkten und daß es in der Sozialdemokratie „Einheitsbefürworter“ gab, die „sowohl an der Basis als auch an der Spitze der SPD vorhanden waren“.²³ Die Einheit, formuliert beispielsweise eine dieser sich sträubenden Autoren, sei „gleichermaßen mit Zwang und Überzeugungskraft verwirklicht“ worden.²⁴ Überflüssig zu fragen, warum in dieser Aufzählung der Zwang an die erste, die Überzeugung an die zweite Stelle gesetzt werden. Überflüssig auch, weiter zu fragen, welche Beweise zur Verfügung stehen, die das Wort „gleichermaßen“ stützen, das doch besagen soll: in gleichem Maße, zu gleichen Anteilen. Wie aber wurden die gewogen und bemessen? Da die Faktoren quantitativ nicht exakt zu ermitteln sind, die einen historischen Prozeß in eine bestimmte Richtung bewegen, bleibt - je willkürlicher die Methode der Untersuchung dieses Prozesses gewählt wird - der Streit erhalten.

Das Thema „Zwangsvereinigung“ war nicht die Frage aller Fragen, aber es ist doch im öffentlichen Bewußtsein dazu gemacht worden. Es konnte diesen Platz aus mehrerlei Gründen gewinnen: Erstens und vor allem deshalb, weil über Jahrzehnte hinweg ein geschöntes Bild von der SED-Gründung im Osten Deutschlands gezeichnet wurde und eine Forschung auf diesem Felde ohne politische Vorgaben oder Begrenzungen unmöglich war. Zweitens, weil die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1996 dieses Thema favorisierte. Ob es zur Durchsetzung eigener aktuell-politischer und langfristiger Interessen wirklich geeignet war, wurde innerhalb der SPD durchaus nicht einheitlich gesehen. Doch setzten sich diejenigen durch, die aus dem Terminus „Zwangsvereinigung“ ihre politische Münze zu schlagen suchten, die sich gegen die PDS und gegen Projekte antikonservativer Bündnisse verwenden ließ. Ob, wie ein Beobachter gemeint hat, das sozialdemokratische Dasein zwischen „historischem Trauma und dem Wissen um die historische Realität“ zerreibende Wirkung besitzt, wird sich erst erweisen. Drittens, weil

die PDS zu schwach war, der Debatte thematisch zu verbreitern. Das würde u. a. eine gründlichere Selbstverständigung vor und während der Kampagne anlässlich des Jahrestages vorausgesetzt haben. Zudem zeigten einige ihrer Politiker deutlich Wirkungen, die durch den permanenten ideologischen Druck erzeugt worden waren. Er ging mit vagen Angeboten von Belohnungen einher, würde die Hürde der „Zwangsvereinigung“ erst genommen. Endlos die Appelle. die Partei möge dieses oder jenes eingestehen, sich zu diese oder jene Untat bekennen, sich für dieses oder jenes Vergehen oder Verbrechen entschuldigen usw. Mit dem Blick auf die PDS stellte Egon Bahr „noch eine offene Bringschuld“ fest, die in dem Widerruf der Beschuldigung der Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ bestehe.²⁵ Die mit dieser haltlosen Beschimpfung bis 1933 operiert hatten, sind - von wenigen Hochbetagten abgesehen - allesamt ebenso tot wie diejenigen, gegen die sie sich richtete. Obendrein wurde in Darstellungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die zu DDR-Zeit erschienen, mehrfach auf die Haltlosigkeit der Charakteristik und den Schaden verwiesen, den ihr Gebrauch stiftete. Gregor Gysi übertrieb nicht, als er auf die kuriose Situation aufmerksam machte, daß sich Fünfzigjährige bei Fünfzigjährigen dafür entschuldigen sollen, was vor fünfzig Jahren geschah.²⁶

Solcherlei Ansinnen und Bedingungen besitzen in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auch ihre unheilvolle Tradition. Mehr noch: Hatte eine Partei sich kritisch zu ihrer vergangenen Politik geäußert, lautete das Echo der anderen: Das gehe nicht weit genug, sei halbherzig, ja unehrlich und nur taktischem Kalkül geschuldet. Kurt Schumacher erblickte gegen Widerspruch, der sich aus den eigenen Parteilinien erhob, die historische Schuld für den Sieg der deutschen Faschisten bei den Kommunisten.²⁷ Sie habe dem, wie er glaubte, aussichtsreichen Kampf der Sozialdemokratie den Boden entzogen. Die selbstkritischen Worte, welche die KPD in ihrem Gründungsaufwurf vom Juni 1945 formuliert hatte, seien nichts wert, das „echte Schuldbekenntnis“ stehe aus.²⁸

Auch in vielen Erklärungen, die anlässlich des 50. Jahrestags der SED-Gründung veröffentlicht wurden, war ein erstaunliches Maß von Ignoranz gegenüber Tatsachen der eigenen Parteigeschichte festzustellen. Dies galt wiederum gerade für jene Fakten, die besonderen Stoff zum Nachdenken bis in die Gegenwart bieten. Ausnahmslos für alle Generationen der Mitgliedschaft versicherte der Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD: „Sozialdemokraten ist die Einschätzung, daß sie oder ihre Partei immer Recht haben, fremd.“ Kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Phasen der deutschen Geschichte, schrieb Bernd Faulenbach weiter, gehöre zur sozialdemokratischen politischen Kultur.²⁹ Das scheint sich mit generalisierenden Aussagen zu vertragen wie jener von Helga Grebing, wonach es „nur eine Partei“ gibt, welche stets die Prinzipien des demokratischen Sozialismus vertreten habe³⁰, oder mit jener Oskar Lafontaines, wonach „Freiheit und Demokratie ... für die SPD in ihrer langen Geschichte höchste Güter“ waren.³¹ All das wird ohne jede Einschränkungen verkündet und soll den Anspruch begründen, das Monopol auf die Verfechtung demokratisch-sozialistischer Ziele zu gewinnen. Dieweil habe die PDS diese „Kultur“ erst noch sich anzueignen, doziert wieder Faulenbach. Sie müsse „sich entschließen, nicht bei „halbherzigem Revisionismus“ stehenzu-

bleiben oder gar in Apologetik zurückzuverfallen, wenn sie glaubwürdig sein wolle.³² Und dann - siehe Helga Grebings Perspektive - glaubwürdig ins Grab der Geschichte mit ihr ...

Die Partei des Demokratischen Sozialismus hat aufs Ganze gesehen in der zurückliegenden Kampagne Nüchternheit und Gelassenheit bewiesen. Doch muß in ihren Reihen niemand die weitgetriebene Politik der verbalen Zugeständnisse, die im Widerspruch zu wissenschaftlichen Einsichten oder auch nur Erwägungen erfolgten, fortsetzen. Vor allem ist für keinen ihrer Politiker und Sprecher, für keine ihrer Politikerinnen und Sprecherinnen ein Grund ersichtlich, sich auf jene Ungleichbehandlung einzulassen, die sie und die gesamte Mitgliedschaft tagtäglich ohnehin durch Gegner, Rivalen und Konkurrenten erfahren. Die PDS sollte sich selbstkritisch zu ihrer Geschichte und Vorgeschichte (übrigens auch zu ihrer Gegenwart) verhalten. Das ist prinzipiell und also auf Dauer vonnöten. Dies setzt nicht nur, wie gemeinhin unterstellt wird, Bereitschaft zu Bekenntnissen voraus. Erforderlich sind dazu auch eigene Forschungen, die ihr u.a. durch die Verweigerung der Finanzierung einer parteinahen Stiftung erschwert werden. Und notwendig ist die vorurteilsfreie Kenntnisnahme dessen, was an Tatsachen auch von den erbittertsten Gegnern zutage gebracht wird. Die PDS sollte sich nicht dazu verleiten lassen, eigene Geschichte gegen die anderer Parteien aufzurechnen, denn das heißt stets: Ausflüchte und Entschuldigungen zu suchen und zu benützen, die leicht und billig zu haben, weil und massenhaft zu finden sind.

Doch sie hat auch keinen Grund die Verdienste, Leistungen, Träume von Generationen von Kämpfern zu verleugnen, auf deren Schultern sie trotz allem - gewiß schwankend - steht. Der Tatbestand solcher Haltung scheint aber erfüllt, wenn im Pressedienst der PDS aus der Feder von Andre Brie just aus Anlaß des Jahrestages der SED-Gründung geschrieben wird: KPD und SED „haben bei weitem mehr Schuld auf sich geladen, als umgekehrt zurecht auch der SPD für ihre Politik 1914, 1918, in den 20er Jahren, 1933 oder auch nach 1945 entgegengehalten werden kann“. Bei weitem mehr - bei weitem weniger - was heißt das anderes, als eine Aufrechnung vornehmen, gegen die man sich soeben gewandt hat? Ohne einen Anflug von Selbstgerechtigkeit, aber auch ohne einen Anflug von Selbstverleugnung, das wäre eine Devise für den Weg auf einem schmalen Pfad. Ihre Befolgung könnte unser Nachdenken und Nachforschen verbessern helfen.

Anmerkungen

¹ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS. In: Pressedienst PDS Nr. 50, 15. 12. 1995.

² Günter Benser hielt auch das Hauptreferat auf der Tagung, die dieser am 10. Februar 1996 in Gotha vorausging und deren Protokoll vorliegt: Einheitsdrang? Einheitszwang? Die Entstehung der SED. Betrachtungen und

Erinnerungen nach 50 Jahren. Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., Heft 24, Jena 1996.

- ³ Von den Publikationen, die vor dem Jahrestag und aus dessen Anlaß erschienen sind, seien hier genannt: Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone. Studienausgabe. Bonn 1995. Ders., Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus in den Jahren 1946 - 1950. Malycha schrieb auch die regionalspezifischen Beiträge für die Schrift, die vom Parteivorstand der SPD anläßlich des Jahrestages für ihre Landesorganisationen in den neuen Bundesländern herausgegeben wurden. Der Titel der Ausgabe für Thüringen lautete dementsprechend „Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen“. Die anderen Autoren dieser Publikation, deren gleichlautende Aufsätze in allen Ausgaben (also auch für Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) erschienen sind, waren Manfred Rexin und Helga Grebing. Die Vorworte schrieben jeweils die Vorsitzenden der Landesorganisationen der SPD. Die Schrift wird fortan zitiert als: Sozialdemokratie und Einheitspartei.

Günter Benser, Jenseits von Jubel und Verdammnis. Zusammenschluß von KPD und SPD 1946. (= Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 27) Hrsgb. von „Helle Panke“ e. V.

Thomas Friedrich, Christa Hübner u.a., Entscheidungen der SED 1948. Aus den Stenographischen Niederschriften der 10. und 15. Tagung des Parteivorstands der SED, Berlin 1996.

Hans Joachim Krusch, Irrweg oder Alternative. Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen, Bonn 1996.

- ⁴ Egon Bahr, Man kann vor der Geschichte nicht davonlaufen. Als Reporter im Berlin der Jahre 45/46, Verschlungene, erzwungene Wege zur SED. In: Freitag, 12. April 1996.

- ⁵ Soll die PDS die Vereinigung von 1946 als Unrecht anerkennen? In: die tageszeitung, 9. Februar 1946.

- ⁶ Helga Grebing, Demokratischer Sozialismus - die Alternative zum Kommunismus. In: Sozialdemokratie und Einheitspartei. Auf mittlerer Funktionärs Ebene, gleichsam vor Ort der politischen Auseinandersetzungen, wo sich die Angehörigen von SPD und PDS bekannt und näher sind, waren auch andere Äußerungen zu hören. So erklärte Uwe-Eckart Böttger, Parteiratsvorsitzender in einem sächsischen Unterbezirk der SPD, die sich dort der absoluten Mehrheit der CDU gegenübersteht, er spreche „einer konkurrierenden Partei doch nicht ihre Existenzberechtigung ab.“ In: ND, 20./21. April 1996.

- ⁷ Ulla Plener, Ein Bericht über die Konferenz der SPD der britischen Besatzungszone am 3. und 4. Januar 1946 in Hannover. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, I/1996. S. 65.

- ⁸ S., Anm. 4.

- ⁹ Manfred Wilke/Peter Erler, Grotewohl beschwor eine große und gewaltige Zukunft. Unterwerfung im Einverständnis: die Vorgeschichte der Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Mai 1995. Mit dem Vorwurf setzte sich u.a. Hermann Weber auseinander: Die Sowjets verboten eine Urabstimmung unter den Mitgliedern. Der umstrittene Handschlag zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vor fünfzig Jahren. In: Frankfurter Rundschau, 24. Januar 1996.

- ¹⁰ Oskar Lafontaine, Vorwort zu: Materialien. Die Zwangsvereinigung und die Folgen. Die erzwungene „Vereinigung“ von SPD und KPD 1946. Hrsg. Parteivorstand der SPD, Historische Kommission, Februar 1996. Fortan: Materialien.

- ¹¹ Sozialistische Bildungshefte, Hrsg. vom Zentralsekretariat der SED Abt. Parteischulung, 2. Jg. Nr. 7, S. 9f.
- ¹² Wolfgang Thierse, Täuschung, Zwang und Repression. In: Materialien.
- ¹³ Dieses Bild stammt von Willy Brandt und Oskar Lafontaine brachte es in Erinnerung. Vorwort zu: Materialien. .
- ¹⁴ Da mir neuere verlässliche Zahlen nicht zur Verfügung stehen, wurde auf Angaben aus dem Jahre 1961 zurückgegriffen. S. Änne Anweiler, Nur vereint zwingen wir des Volkes feind. 15 Jahre SED Hrsg. SED-Bezirksleitung Erfurt, Kommission zur Erforschung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Erfurt 1961, S. 79ff. Die Bereinigung der Angaben über die jeweilige Mitgliederstärke dürfte noch Forschungen verlangen. Rudolf Leonhard erklärte, die KPD habe zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages 140 000 Mitglieder „hinzugefälscht“. S. Die SED - eine Fehlkonstruktion? In: ND, 9. April 1996.
- ¹⁵ So die Darstellung auf einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin veranstalteten Diskussion. Vgl. den Bericht in: ND, 22. April 1946.
- ¹⁶ Die Hinweise auf die Aktivitäten des Londoner Rundfunks BBC verdankt der Autor Frau Dr. Ursula Adam, Berlin, aus deren Privatarchiv auch die Zitate aus den Sendereihen stammen.
- ¹⁷ Helmut Kohl, Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945. Phil. Diss. Heidelberg 1958, MS. 118f.
- ¹⁸ Wie Egon Bahr beschönigend gemeint hat. Vgl. Man kann vor der Geschichte nicht davonlaufen. Als Reporter im Berlin der Jahre 45/46, Verschlungene, erzwungene Wege zur SED. In: Freitag, 12. April 1996.
- ¹⁹ Soll die PDS die Vereinigung von 1946 als Unrecht anerkennen? In: taz, 9. Februar 1996, S. 13.
- ²⁰ Wolfgang Thierse, Täuschung, Zwang und Repression. Zuerst in: Presseservice der SPD, Bonn, Nr. 701996, 12. Februar 1996.
- ²¹ Unumwunden Jein. In: Junge Welt, 24. Januar 1946, S. 12 und: Die SED - eine Fehlkonstruktion? In: Neues Deutschland, 9. April 1946, S. 11.
- ²² Undemokratische Vereinigung ohne emanzipatorischen Charakter. In: PDS-Pressedienst, Nr. 17/1996, S. 17, 19.
- ²³ Gerd-Rüdiger Stephan, Zwischen Überzeugung und Nötigung. Rezension zu: Norbert Podewin/Manfred Teresiak, „Brüder in eins nun die Hände ...“. Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin. In: Das Parlament, 22./29. März 1996, S. III.
- ²⁴ Medizin gegen politische Vereinfachung. Rezension von Ulrich Mählert zu Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus in den Jahren 1946 bis 1950. Berlin 1996. In: Das Parlament, Nr. 13-14, 22./29. März 1996.
- ²⁵ Egon Bahr, a.a.O.
- ²⁶ Gregor Gysi, Das Dilemma der „Zwangsvereinigung“. In: Neues Deutschland, 20./21. April 1996.
- ²⁷ Ulla Plener, a.a.O, S. 61.
- ²⁸ Zitiert in: Egon Bahr, a.a.O.
- ²⁹ Zur Diskussion um die Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1945/46. In: Materialien, S. 4.
- ³⁰ Helga Grebing, Demokratischer Sozialismus - die Alternative zum Kommunismus. In: Sozialdemokratie und Einheitspartei, S. 48
- ³¹ Oskar Lafontaine, Vorwort, a.a.O.
- ³² Interview mit Prof. Dr. Bernd Faulenbach, „Prinzipiell bereit“. In: Neues Deutschland, 22. März 1966.

Ludwig Elm

Streit im Spannungsfeld zwischen Politik und Geschichtsschreibung

Zu den Auseinandersetzungen und Entwicklungen im Verhältnis von KPD und SPD sowie zur SED-Gründung 1945/46 in Thüringen liegen zwei Broschüren der SPD vor.¹ Wir sollten diese und weitere Forschungsergebnisse und Publikationen dafür nutzen, eine neue und kritische Sicht auf die Ursprünge und die Geschichte der SED zu erarbeiten. Das betrifft insbesondere auch die Frage, inwieweit in der Art und Weise des Neubeginns von 1945/46 Keime nachfolgender Fehlentwicklungen und Ursachen des späteren Scheiterns nachzuweisen und zu analysieren sind. In diesen und weiteren geschichtsideologischen Kontroversen ist gleichzeitig anzumerken, was in den vorgelegten Darstellungen weiterhin als problematisch und diskussionswürdig, mitunter selbst als recht voreingenommen und einseitig, erscheint. Nicht selten wird das aktuelle und parteipolitische Motiv bei der Auswahl, Ordnung und Deutung des historischen Materials sichtbar. Natürlich hat auch jeder von uns sich selbst kritisch zu prüfen, ob und inwieweit in die eigene Sichtweise und Interpretation subjektive biographische Momente, vorgefaßte Wertungen, Emotionen und gegenwärtige politische Neigungen mit eingehen. Dieser Aspekt möge die folgenden Erwägungen und Argumente begleiten und als mögliches Korrektiv auf die Einschätzungen und Schlußfolgerungen Einfluß nehmen.

Der SPD angehörende oder nahestehende Politiker, Publizisten und Wissenschaftler bestehen nahezu einhellig auf dem Begriff „Zwangvereinigung“ als umfassende, hinreichende und vermeintlich unstrittige Kennzeichnung der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946. In einem 4-Punkte-Katalog der SPD in Mecklenburg-Vorpommern für mögliche Sondierungsgespräche mit der PDS vom Oktober 1994 hieß es unter 3.: „Die SPD erwartet von der PDS die öffentliche Erklärung, daß die Zwangvereinigung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 Unrecht war und nur unter Androhung von Gewalt zustande gekommen ist.“² Zumindest der letzte Teil der Aussage ist unhaltbar und belegt damit, wie untauglich politische Ultimaten für eine gültige Aufhellung und Darstellung komplizierter historisch-politischer Sachverhalte sind.

Bis in sozialdemokratische Kreise hinein waren im Frühjahr 1996 differenzierte Urteile zu hören. Walter Romberg (SPD), letzter Finanzminister der DDR 1990, wandte sich Anfang März gegen den Begriff der „Zwangvereinigung“. Nach seiner Auffassung blockieren SPD und PDS mit ihren gegenseitigen Vorurteilen die von ihm befürwortete, dringend nötige offensive Reformdebatte. In einem Grundsatzbeitrag schrieb der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, daß die meisten Landesvorsitzenden der SPD in der sowjetisch besetzten Zone „bis zum Schluß feurige Befürworter eines Zusammenschlusses mit den Kommunisten“ blieben: „Am Ende fügte sich die Partei ohne großen Widerspruch. Die Sozialdemokraten gingen auf

ihren Parteitag einstimmig in die SED. Sie traten im Frühjahr 1946 ziemlich still, im ganzen recht ruhmlos und dann für mehr als vierzig Jahre von der historischen Bühne im Osten Deutschlands ab.³

Der Landesvorsitzende der SPD von Brandenburg, Steffen Reiche, das Mitglied des SPD-Landesvorstandes von Sachsen-Anhalt, Frank Bogisch, und Thomas Krüger, MdB und SPD-Kreisvorsitzender Berlin-Lichtenberg, erinnerten in einer Grundsatzklärung daran, daß 1945/46 ein Prozeß des Zwanges, der Nötigung und systematischer Repression stattfand. „Wahr ist aber auch, daß ein nicht unerheblicher Teil der ehemaligen sozialdemokratischen Genossen 1946 freiwillig in die SED eintraten. Nach den Lehren und Erfahrungen zweier Weltkriege und der Weimarer Republik schien ihnen die Einheitspartei der Arbeiterklasse der Garant für Frieden, Wohlstand und Sozialismus.“⁴ Tatsächlich scheint in einigen Stellungnahmen der damalige Erfahrungs- und Erlebnishorizont der Jahrzehnte zwischen 1914 und 1945 zu kurz zu kommen. Das betrifft u. a. die Kriegs- und Katastrophenpolitik der herrschenden Klassen, die Legitimation und Autorität der aus antimilitaristischen und antifaschistischen Traditionen kommenden Kräfte, die verbreiteten Erwartungen an einen antikapitalistischen und radikal-demokratischen bzw. sozialistischen Neubeginn und das hohe Ansehen und die internationale Rolle der UdSSR im Ergebnis ihres Beitrages in der Antihitlerkoalition. Die Triebkräfte der Vereinigung entsprachen nicht primär einem zum Selbstzweck gewordenen kommunistischen Machtkalkül und lassen sich nicht auf die vorrangig von der KPdSU ausgehenden stalinistischen Implikationen und Folgen reduzieren.

„Es war eine Zwangsvereinigung“ war ein umfänglicher Aufsatz von Peter Merseburger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 22. Februar 1996 überschrieben. In einer Zuschrift (veröffentlicht in der FAZ vom 29. Februar 1996) erinnerte Friedrich Wilhelm Schlomann daran, daß außer Dahrendorf von „den hohen und höchsten SPD-Führern niemand in den Westen“ floh, und merkte kritisch an: „Vergessen‘ hat der Autor jeglichen Hinweis, daß auf den zonalen Landesparteitagen der SPD - mit einer einzigen Ausnahme (Derartiges war also möglich, das heißt bei Zivilcourage) und dann dem SPD-Zonenparteitag und schließlich auf dem Vereinigungsparteitag von SPD und KPD einstimmig für die Einheit votiert wurde; laut Protokoll gab es nicht einmal eine Stimmenthaltung, dafür herrschten großer Jubel und Begeisterung.“ Schlomann arbeitete seine Sicht in einem reichhaltig dokumentierten Manuskript aus, das zahlreiche weitere Belege zur differenzierten Einschätzung jenes Vorgangs vom April 1946 enthält, der „im Westen Deutschlands sehr schnell als eine Zwangsvereinigung hingestellt und jahrelang als ‚geschliffene Wort-Waffe‘ und ‚Kampfbegriff‘ benutzt“ wurde.⁵

Die am 31. März 1946 in den Westsektoren Berlins durchgeführte Urabstimmung der SPD zum Zusammenschluß und zum Verhältnis von SPD und KPD nimmt seit Jahrzehnten einen herausragenden Platz in den Argumentationen zugunsten des Etiketts „Zwangsvereinigung“ ein. Es muß nachdenklich stimmen, daß die beiden damals zur Abstimmung gestellten Fragen und das Ergebnis der „Urwahl“ fast ausnahmslos in einer unzulässig verkürzten Weise wiedergegeben werden.

Gefragt wurde:

- Bist du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?
- Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt?

In der Regel wird „sofortige“ weggelassen und damit die Frage erheblich sinnentstellend wiedergegeben. So jüngst auch Wolfgang Thierse, dem zufolge jene Urabstimmung schlechthin „eine überwältigende Ablehnung der Vereinigung zutage brachte.“⁶ Wie fast immer, bleibt auch bei ihm die zweite Frage unerwähnt: Da ihr mehr als 62 % zustimmten ist sie für die seitherige offiziöse sozialdemokratische Geschichtsinterpretation eher hinderlich und fällt deshalb unter den Tisch. Es läßt sich kaum behaupten, daß solche hartnäckigen Auslassungen und Verbiegungen das Beispiel eines souveränen Umgangs mit der eigenen Parteigeschichte bieten und von politischen Gegnern und Konkurrenten nachsichtig übersehen werden sollten.

Gegen die Neigung zu unhistorischen, nachträglichen Deutungen möge eine außerhalb der damaligen Arbeiterbewegung liegende Episode in diese Betrachtung einbezogen werden. Sie stützt die kritische Feststellung von Günter Benser: „Irgendwie wird suggeriert, es habe schon 1945/46 so etwas wie den vom Deutschen Bundestag beschworenen antitotalitären Grundkonsens gegen rechten und linken Extremismus gegeben. Aber im ersten Nachkriegsjahr verlief die politische Hauptscheidelinie zwischen Nazis und Antinazis. Die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei waren Auseinandersetzungen im antinazistischen Lager.“⁷

In dem seit Ende April 1946 erscheinenden publizistischen Organ der soeben gegründeten SED, „Neues Deutschland“, war am 18. Mai 1946 in einem redaktionellen Kommentar Kritik an Reden von Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU in der Britischen Zone, geübt worden. Dieser hatte behauptet, daß ohne den Marxismus der Nationalsozialismus niemals möglich gewesen wäre. Der Nationalsozialismus sei nicht vom Großkapital ins Leben gerufen worden. Am 14. Juni 1946 veröffentlicht das Blatt eine Zuschrift Adenauers. Danach sei das Zitat richtig, aber unvollständig aus dem Zusammenhang gerissen. Er habe „erklärt, daß der Militarismus den Nationalsozialismus ins Leben gerufen habe, und daß die Wirtschaft ihn erst unterstützt habe, als er gewissermaßen die Approbation des Militarismus, insbesondere der Reichswehr, gefunden habe. Diese Darstellung ist zutreffend. Ich bin weiter der Auffassung, daß man den Kampf gegen den Militarismus nicht zugunsten des Kampfes gegen Trusts und Konzerne oder Großkapital zurückstellen solle. Das Großkapital ist zurzeit in Deutschland erledigt, der militaristische Gedanke aber noch keineswegs. Im übrigen habe ich in der Rede mit großer Entschiedenheit und Deutlichkeit gegen Großkapital, Trusts und Konzerne Stellung genommen.“

Bemerkenswert ist an dem Schreiben Adenauers zunächst vor allem das dem Zeitgeist geschuldete Bemühen, sich mit antimilitaristischen und gegen das Großkapital gerichteten Beteuerungen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Darüber hinaus jedoch auch - und im vorliegenden Kontext von besonderem Interesse -, daß er dies gegenüber dem Sprachrohr der eben aus dem

Zusammenschluß von KPD und SPD hervorgegangenen SED für angebracht hält. Er respektierte diese damit im Frühsommer 1946 als politisch ernstzunehmende Kraft, deren öffentliches Urteil ihm als karrierebewußten Politiker im Nachkriegsdeutschland nicht gleichgültig bleiben konnte. Die Episode widerlegt jene, die später und bis heute in die damalige historisch-politische Situation Sicht- und Verhaltensweisen hineinzudeuten versuchen, die es in der damit unterstellten Interpretation nicht gegeben hat.

Noch im Bundestagswahlkampf 1949 ist der später behauptete „antitotalitäre Konsens“ bei Adenauer nicht erkennbar. An den CDU-Vorsitzenden von Wuppertal, Eugen Huth, schrieb er am 4. Juli 1949: „Es wird alles darauf ankommen, zu verhüten, daß im Bundestag die sozialistische Partei zusammen mit der kommunistischen Partei eine Mehrheit bilden kann, die dann einen sozialdemokratischen Bundeskanzler wählt.“⁸ Und am 22. Juli 1949 an Oberkirchenrat Adolf Cillien in Hannover: „Oberstes Ziel für den Bundestag ist, wie Sie wissen, Verhütung einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit. Bitte bei Verhandlungen mit anderen Parteien dieses Ziel unter allen Umständen als vornehmstes zu berücksichtigen.“⁹ Der Real- und Machtpolitiker Adenauer ging 1946 wie 1949 von erheblichen Gemeinsamkeiten der beiden traditionsreichen Arbeiterparteien und darin eingeschlossenen Möglichkeiten - in seinen Augen: Gefahren - für die weiteren politischen Auseinandersetzungen und innerdeutschen Kräfteverhältnisse aus.

Es entbehrt nicht einer gewissen Folgerichtigkeit, wenn sich konservative Nachfahren Adenauers 1996 in Rückblicken auf die Vereinigung von KPD und SPD vor einem halben Jahrhundert von wesensgleichen aktuell-politischen Motiven leiten lassen. Sie akzentuieren sozialdemokratische Bereitschaft und Beiträge zur Fusion 1945/46 aus antisozialistischen Motiven. Zu diesem Zweck werden die antikommunistischen Traditionen der SPD gewürdigt und an die Verdrängung und Unterdrückung des sozialdemokratischen Erbes in der SED erinnert. Das im Wesen unveränderte, obgleich unter heutigen Bedingungen in den Erscheinungsformen modifizierte Leitmotiv besteht darin, die Einigung unterschiedlicher linker Kräfte und handlungsfähige kapitalismuskritische und radikaldemokratische Bündnisse zu verhindern. Auch dazu bedarf es entsprechender Deutungen der Geschichte: „Es ist eine Ironie der Geschichte, daß fünfzig Jahre nach jenem Ereignis ein übertrieben ehrgeiziger Neu-Sozialdemokrat in Mecklenburg-Vorpommern, ein Mann ohne Erfahrungen in der Leidensgeschichte der Sozialdemokratie in Deutschland, die SPD an die Seite der PDS bringen will, bevor noch die SPD ihr Aufgehen in der SED vor fünfzig Jahren verarbeitet hat.“¹⁰

Als partiell stichhaltige Aspekte des heute vielfach unhistorisch verabsolutierten „antitotalitären Konsens“ der unmittelbaren Nachkriegssituation sind allerdings neben dem Antinazismus das Wissen, die Erfahrungen und ein tiefwurzelndes Unbehagen über Grundlagen, Strukturen und Ambitionen des sowjetischen Herrschaftssystems anzuerkennen. Vielfach überlagert von den Leistungen und Opfern der UdSSR in der Antihitlerkoalition und ihrer neuen weltpolitischen Rolle wurden diese gespeist von den unübersehbaren Erscheinungen des Personenkults und Machtmißbrauchs, der Rechtswillkür und Menschenrechtsdefizite, der fehlenden kritischen

Öffentlichkeit u.a.m. Der heutige Streit geht weniger um die Berücksichtigung dieser gravierenden Momente als um die Frage, wie konkrethistorisch und höchst widerspruchsvoll sie sich mit anderen Prozessen und Faktoren überlagerten und wechselseitig durchdrangen.

Manches in der Debatte anlässlich des 50. Jahrestages der SED-Gründung erinnert an analoge Eindrücke als Mitglied der Enquête-Kommission des 13. Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Das gilt ähnlich für Plenardebatten in Bonn, in denen Probleme deutscher Geschichte in diesem Jahrhundert einbezogen oder berührt werden. Gemeint ist damit vor allem der vielfach dominierende Einfluß tages- und parteipolitischer Interessen auf den Umgang mit Geschichte, also darauf, wie historische Bewegungen, Ereignisse und Gestalten ausgewählt, dargestellt und interpretiert werden. Schier übermächtig ist die Versuchung zu Schwarz-Weiß-Zeichnungen und ihnen entsprechender gröbster Freund-Feind-Bilder, nicht zuletzt dort, wo man sich als Sieger der Geschichte wähnt, der politische Gegner in der Defensive ist und nur recht begrenzte Möglichkeiten der Selbstbehauptung und Erwidern hat.

Aus der DDR bringen wir - durchaus auch selbstkritisch verstanden - Erfahrungen mit solchen Phänomenen mit. Allerdings nunmehr längst auch das Wissen um die schließlich kontraproduktiven Wirkungen der machtpolitisch geprägten Vormundschaft der Politik auf dem Feld der Erforschung, Beschreibung und Darstellung der Geschichte.

Anmerkungen

- ¹ Gunter Ehnert, Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46) mit einem Vorwort von Hermann Weber, Erfurt 1995; Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. Mit Beiträgen von Andreas Malycha, Manfred Rexin und Helga Grebing und einem Vorwort von Gerhard Schuchardt, Erfurt o. J.
- ² Nach dem Wortlaut des Dokuments, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Oktober 1994.
- ³ Franz Walter, Die Einheit der Arbeiterklasse - Traum und Trugbild, in: Die Zeit, Nr. 12, 15. März 1996. Im Untertitel heißt es: „Die sozialdemokratische Interpretation der SED-Gründung im April 1946 lautet: Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD. Die Geschichte aber verlief anders - zumindest am Anfang“.
- ⁴ Nach dem leicht gekürzten Wortlaut der Erklärung, in: Frankfurter Rundschau vom 2. April 1996.
- ⁵ Friedrich Wilhelm Schломann, „Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?“ Vor 50 Jahren wurde die SED gegründet (Deutsche Welle-DW dokumentation, Hg. Günter Ingo Bill, März 1996).
- ⁶ Wolfgang Thierse, Zwangsvereinigung? Zwangsvereinigung! In: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 3/1996, S. 216.

- ⁷ Günter Benser, Was passiert, wenn der Zusammenschluß von KPD und SPD auf eine bloße Zwangsvereinigung eingeschrumpft wird? In: Johannes Klotz (Hg.), Zwangsvereinigung? Zur Debatte über den Zusammenschluß von SPD und KPD 1946 in Ostdeutschland, Heilbronn 1996, S. 56f.
- ⁸ Adenauer. Briefe 1949-1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 49f.
- ⁹ Ebenda, S. 64.
- ¹⁰ Friedrich Karl Fromme, Die Schöpfung des neuen „Bonbons“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. April 1996.

Dieter Strützel

Den Anfang vom Schluß erklären, oder: Nachtrag und Neubeginn einer Debatte

I. Drei Vorbemerkungen

1. Der Beitrag war für die Gothaer Tagung zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD¹ gedacht und gemeldet. Er war von vornherein angekündigt als eine Sicht der Verschmelzung² von SPD und KPD, die sich in wesentlichen Details und in der Grundkonzeption von den Thesen der Historischen Kommission³ abhebt. Als in Gotha dann nur noch 10 Minuten zur Verfügung standen, habe ich darauf verzichtet, ihn dort vorzutragen. Nun kommt er in die Nachzeit, in der das Interesse für das Thema so sichtbar nachgelassen hat. Da es aber heute um Gewinn und Defizite einer Debatte geht und ich mit all meinen Vorrednern darin übereinstimme, daß die eigentliche Debatte jetzt losgehen müßte, ist er vielleicht doch nicht unzeitgemäß.

2. Der Beitrag ist keine Arbeit eines Historikers, sondern die eines Kulturwissenschaftlers. Insofern kann er die von Günter Benser und auch von Kurt Pätzold vorgenommene Unterscheidung zwischen politischer Debatte und der Arbeit der Wissenschaftler, zwischen der Wahrheit und den Bedürfnissen, nicht auch für sich beanspruchen.

So verständlich und wichtig mir eine solche Unterscheidung bei der Emanzipation der Geschichtswissenschaft vom jahrzehntelangen Diktat der Politik auch ist, als Kulturwissenschaftler fühle ich mich dem alten Goethe verpflichtet, der für die Kunst formulierte, wir wüßten von keiner Welt *ohne Bezug auf den Menschen*, und wir wollten von keiner Kunst ohne einen solchen Bezug wissen.

Goethe formulierte das an einem Wendepunkt der Wissenschaftsentwicklung. Die Wissenschaft ging einen langen anderen Weg nach dem Vorbild der Descarteschen Physik. Mit verheerenden gesellschaftlichen Folgen, wie wir heute wissen. Der junge Marx stand dem alten Goethe noch sehr nahe, als er meinte, die Idee könne nur dann die Massen ergreifen und so zur materiellen Gewalt werden, wenn sie *ad hominem* argumentiere, die Interessen und Bedürfnisse der lebendigen Menschen träfe. Auch hier steht der wissenschaftliche Weg der Entsubjektivierung zu einem „ahumanen Marxismus“, wie ihn Althusser verstand, im Zusammenhang zu einer antihumanistischen gesellschaftlichen Verwirklichung. In diesem Sinne versucht der Beitrag, sich dem zweifellos spannungsreichen Verhältnis von wissenschaftlicher Wahrheit und praktischen Bedürfnissen zu stellen.

3. Auch aus solchen wissenschaftspolitischen und -methodologischen Erwägungen stellt sich der Beitrag bewußt in die Tradition von Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“⁴.

Wie wir uns in dem kleinen Jenaer Peter-Weiss-Kreis seit 1985 mit diesem Buch auseinandersetzten und neu zusammenfanden⁵, so versuche ich, hier in die Debatte einzugreifen mit den Erfahrungen und Haltungen dieses Buches, in dem Peter Weiss sich 20 Jahre vor uns den Frau-

gen stellte, die uns auch heute umtreiben, und mit dem er unter Beweis stellte, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Politik und Theorie der Kommunistischen Parteien der ersten neun Zehntel unseres Jahrhunderts möglich ist, ohne dem Antikommunismus zu verfallen. Ja nötig ist, um dieser „Grundtorheit“ unserer Epoche wirkungsvoll zu begegnen.

Drei Dinge erscheinen mir an dieser kommunistischen Kritik am Marxismus-Leninismus⁶, an den Parteien Leninschen Typs, besonders wichtig:

- Erstens ein konsequenter Blick auf Welt und Gesellschaft von unten, vom Alltag der Menschen her, der auch die Grenzen und Gefahren von Politik deutlich macht, und der
- zweitens jenen großen Teil der linken europäischen Kritik einschließt, der nicht politisch war und den wir in verhängnisvoller Nachfolge von Lenin immer als den „nichtaufgeklärten“, „nichtwissenschaftlichen“ Teil der linken Kritik immer ausgeklammert haben.
- Und drittens Weiss' Verständnis, der Ästhetik nicht als eine Kunsttheorie auffaßte, sondern als den praktischen Bezug zum Menschen, als, im ursprünglichen Sinne des Wortes, die gesamte Sinnlichkeit des Menschen, seine Art, zu denken, zu fühlen, zu empfinden, sich mitzuteilen, Welt als Umwelt wahrzunehmen und mit ihr umzugehen. Ganz im Sinne der Marxschen Feuerbachthesen meinte Weiss, daß es ohne eine andere solche Art, mit der Wirklichkeit umzugehen nicht geht und daß andererseits der Mensch als ein natürliches wie geschichtliches Wesen nicht x-beliebig in seinem Wesen verändert werden kann, sondern daß es eben auch ganz menschliche und wichtige Dinge gibt, die den Gang von Politik und Geschichte bestimmen. Es war Weiss' in schmerzlichem Ringen gewonnene Überzeugung, daß gerade die Geschichte des Kampfes um die Befreiung der Armen, Versklavten, Entrechteten, Betrogenen, Entmündigten nur verstanden werden und aus der Jahrtausende langen Kette der Niederlagen gewendet werden kann, wenn die Kämpfenden wie die diese Kämpfe Reflektierenden die so verstandene Ästhetik der Kämpfenden, eben die Ästhetik des Widerstands, zu ihrem Ausgangspunkt nehmen.

II. Zwei Anmerkungen zum Beitrag von Kurt Pätzold

Aus vollem Herzen nehme ich seinem Gedanken von der Selbstbefragung auf, zu der wir Gedentage nutzen sollten. Deshalb möchte ich auf zwei Punkte verweisen, an denen mir seine Ausführungen mit einer solchen Selbstbefragung im logischen Widerspruch zu stehen scheinen.

1. Unzweifelhaft gibt es in den sozialen und politischen Kämpfen Freund und Feind. Aus einer solchen Selbstbefragung sollten aber Freund- und Feindbilder möglichst verbannt werden. Zu groß ist sonst die Versuchung zu Selbstrechtfertigung und Schuldzuweisung an den anderen. Für eine Selbstbefragung sollte deshalb ein Standpunkt gewählt werden, von dem aus Freund und Feind als (verfeindete) Teile eines umfassenderen Ganzen erkennbar werden und daher wirklich gemeinsam, nicht bloß gleichermaßen befragt werden können.

2. Pätzold verweist zu Recht auf die Rolle der brennenden Tagesaufgaben zur Minderung der Not und zur Abwehr des Postfaschismus zehn Monate nach Kriegsende und nach Neugrün-

derung von SPD und KPD. Dieser Aspekt wurde ja gerade auch in den Zeitzeugnissen unserer ersten Tagung erlebnisstark.

Notwendig erscheint mir aber, bei Berücksichtigung dieses wichtigen Aspekts die schwerwiegenden Folgen zu bedenken, die mit einer solchen Verwicklung in die Aufgaben des Neubeginns für die *Unfähigkeit zu trauern* verbunden sind. Das, was Alexander und Margarete Mitscherlich in ihrem gleichnamigen Buch⁷ für die Bundesrepublik West belegt haben, hat es doch zweifellos auch im Osten Deutschlands gegeben. Nur ist es dort nicht in einem solchen fundamentalen wissenschaftlichen Werk analysiert worden, das nicht zufällig solch eine wesentliche Rolle in der 68er Bewegung gespielt hat und das ich beinahe zur Pflichtlektüre für jede Linke und jeden Linken erklären möchte, wüßte ich nicht um die verheerende Wirkung von Pflichtlektüren. Gewiß gab es die in beiden deutschen Staaten gleich große Wirkung von Wolfgang Borcherts „Draußen vor der Tür“, haben es einzelne DDR-Schriftsteller zu gestalten versucht, in Büchern, die - wohl nicht zufällig - außerhalb ihres Kanons geblieben sind.⁸ Für die Wissenschaft aber ist diese nachholende Entdeckung erst noch zu machen.⁹

Ich meine jenes Mitscherlich'sche Verständnis von Trauern, das in dem Geist der Abrechnung von 1989/90, erst recht im Gauckschen Unwesen, untergegangen ist: die Möglichkeit, sich eines Verlustes bewußt zu werden und vom Verlorenen Abschied zu nehmen, um danach weiterzuleben. Und jenen Mechanismus der Unfähigkeit zu trauern, die mit dem Verlust auch das eigene Beteiligtsein an dem Verlorenen verdrängt, sowie die durch solche Verdrängung verursachten Handlungsblockaden. Und schließlich den von den Mitscherlichs an der Geschichte der Bundesrepublik bis zu Beginn der 68er Bewegung überzeugend geführten Nachweis, welche gesellschaftlichen Folgen solche individuellen psychischen Vorgänge erlangen.

Gerade für die PDS, die sich Hals über Kopf in die aktuelle Aufgabe des Widerstands gegen den Weg aus der deutschen Einheit in das Vierte Reich stürzte und sich selbst so die Unfähigkeit zu trauern in grobem Maße selbst auferlegte, wäre Erinnerung an den bei der Gründung der SED zu beobachtende Zusammenhang zwischen brennenden Tagesaufgaben und der Unfähigkeit zu trauern und ihren historischen Folgen von kaum zu überschätzender Bedeutung.

III. Nach der Debatte

In vielem teile ich die von Genossin Otto von der Historischen Kommission gezogene Bilanz.¹⁰ Der hier vorliegende Beitrag von Kurt Pätzold hat wesentliche Defizite der Thesen auszugleichen vermocht. Dennoch scheint mir die politische Brisanz und damit der gesellschaftliche Stellenwert der Debatte noch nicht präzise bestimmt, sehe ich die Interessenlage in der SPD noch etwas anders als meine Vorredner.

Politisch ging es um das Verhältnis von SPD und PDS, um jene, in Ost und West des neuen Deutschlands unterschiedlich dominanten, Teile der gesellschaftlichen Opposition, die in der historischen Kontinuität der sozialistischen Arbeiterbewegung stehen.

Die Debatte verblieb weitgehend im Konkurrenzkampf zweier politischer Parteien. Eine tiefer greifende Auseinandersetzung um die Traditionslinien und damit die Zukunft dieser Bewegung war die Ausnahme. So bleiben die Beiträge und Ergebnisse der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus vom 19.-21.4.96 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg veranstalteten *wissenschaftlich-politische Fachtagung* „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus (Fünfzig Jahre nach der Zwangsvereinigung)“ die Erfahrung der knapp zwei Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ost und West, aus dem Umfeld von SPD und PDS.¹¹

Aus den Erfahrungen dieser Tagung, vor allem aber auch aus der Eröffnungsveranstaltung des Ost-Forums am 8.6.1996 in Leipzig ergeben sich für mich zwei sehr unterschiedliche Gründe, warum die SPD so vehement an dem Kampfbegriff der *Zwangsvereinigung* festgehalten hat.

Zum einen ist da die schon gekennzeichnete Notwendigkeit, angesichts der um sich greifenden Erkenntnis von der PDS als dritter politischer Kraft, zumindest bei Bestehen auf einer Alternative zur verewigten Kohl-Herrschaft oder zu einer Großen Koalition, ihren Ausgrenzungskurs gegenüber der PDS vor einer relevanten Anzahl von Parteimitgliedern, Sympathisierenden sowie der kritischen Öffentlichkeit zu legitimieren und einen zunehmenden Druck für eine Korrektur dieses Kurses abzufangen.

Zum anderen steckt aber in den Legitimationsinteressen auch der Wunsch, sich von dem von den Rechten vorgehaltenen Stock zu befreien, man könne es dem deutschen Volk nicht zumuten, mit der PDS zusammenzuarbeiten.¹² Es gibt also auch ein Legitimationsbedürfnis in der SPD zu sagen: Nein, die PDS ist ja nachweislich nicht die SED. Nun kann man sich zu einem solchen Legitimationsbedürfnis stellen, wie man will. Aber ich bin doch dafür, daß man das, was in Köpfen von politisch Handelnden vorgeht, als Realität ernstnimmt, wenn man nicht die Absicht hegt, ihnen die Köpfe abzuschneiden oder sonst wie abzujauchen.

Zum dritten aber gibt es auch das angesichts historischer Erfahrungen begründete Verlangen vieler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die sich vergewissern möchten, welche Politik sie denn nun von der PDS zu gewärtigen haben, ob sich die PDS von einer Politik befreien kann, die nun einmal von der SPD energischer bekämpft worden ist als von den allermeisten aus der SED gekommenen PDS-Mitgliedern.

Manfred Stolpe hat unmittelbar vor dem Ostforum die Sache genau formuliert, als er die PDS die „zweitbeste Lösung“ genannt hat, um das soziale und politische Konfliktpotential, das mit dem Anschluß aus der DDR in die Bundesrepublik kam, unter eine Kontrolle zu bekommen, die eine Explosion in der Tradition des marxistisch-leninistischen Kommunismus verhindern könne.¹³ Sein eigener Eröffnungsbeitrag auf dem Forum sowie die von ihm zur Chefsache gemachte Fragestellung der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe 1, ob das Erfahrungspotential der Ostdeutschen einen Ansatz für eine sozial gerechte Bürgergesellschaft in ganz Deutschland bieten könne, zeigen das erneute Dilemma der SPD zwischen als notwendig erkannter gesellschaftlicher Veränderung und politisch und weltanschaulich verworfener Umwälzung marxistisch-leninistischer Provenienz.

Beide Gründe, die Legitimierung der Verweigerung und die Vergewisserung vor Geschichte und Zukunft, widerstreiten offenbar unlösbar verquickt in der deutschen Sozialdemokratie, in vielen ihrer Mitglieder und Sympathisierenden. Das politische Legitimationsmanöver kann nicht wirkungsvoll durchkreuzt werden, solange das berechtigte Interesse, sich zu vergewissern, nicht bedient ist.

Die Geschichte war also offenbar der Sack, auf den gehauen wurde, um einen ganz anderen Esel zu bewegen.

Leider packte die Historische Kommission den Esel nicht bei den Ohren, sondern stritt kräftig um den Sack, statt Differenz und Zusammenhang von geschichtswissenschaftlicher und aktuell-politischer Debatte zu thematisieren, sich dem Zusammentreffen von Vergangenheit und Zukunft einer sozialen Bewegung im Moment der Gegenwart zu stellen.

Die Folge waren das unbefriedigende *Jein* zum vorgegebenen Thema und eine vertane Gelegenheit.

IV. Die eigene Position

Mit dem Verweis auf den Esel soll der Sack nicht weggeredet werden. Deshalb zunächst eine eigene Position zum Thema Zwangsvereinigung.

1. Die Forschungen zeigen so viele Fälle von Repression, daß ich es zynisch finde, mit den Betroffenen über das Maß an Zwang zu streiten.

Umgekehrt belegen die Forschungen ein solches Maß an gutem Willen, den als Bruderkrieg, als Hicke-hacke-rüber-Hacke erfahrenen Streit, dessen Nutznießer unbestritten die Nationalsozialisten und, von ihnen abgesichert, das deutsche Kapital und der deutsche Militarismus waren, endlich zu beenden, daß der Begriff der „Zwangsvereinigung“ gegenüber den von diesem Willen beseelten Menschen nur als Kampfbegriff wirken kann.

Das Thema unserer ersten Veranstaltung - *Einheitsdrang und Einheitszwang* - trifft die unlösbare Verschmelzung, die Identität beider Vorgänge. Sie ließen sich unschwer durch andere ergänzen: Einheitsnot und Einheitswut, Einheitsangst und Einheitsgläubigkeit. Auch bei der Wahl neutralerer Begriffe - etwa Verschmelzung oder Schaffung der SED - wird die Annäherung an die historische Wahrheit immer vom Grad der Fähigkeit zu differenzieren abhängen.

2. Als unzulässig, da parteiegoistische Vereinnahmung, sollte politisch wie wissenschaftlich der Versuch ausgeschlossen werden, die Opfer des Zwanges allein der Sozialdemokratie zuzuschreiben und die kommunistischen und anderen sozialistischen Opfer zu verschweigen oder postum zu Tätern zu schlagen.

Auch eine überzeugende Antwort, wie denn die SPD mit denjenigen zehntausenden ihrer ehemaligen Mitglieder umgehen will, ohne deren Votum und vielfache Aktivität die SED nicht entstanden wäre¹⁴, ist mir bislang nicht bekannt geworden.

3. Für die PDS muß die Behandlung der Gründung jener Partei, aus der die übergroße Mehrheit ihrer derzeitigen Mitglieder hervorgegangen ist, immer ein Anlaß sein, der zu dieser Gründung verfolgten und mit ihr legitimierten Politik eine zweifelsfreie Absage zu erteilen.

Gerade die hier zu resümierende Debatte zeigt mir, wie notwendig jener Beschluß der Thüringer PDS gewesen ist, mit dem Anfang 1992 ihr Landesparteitag zu den „unerläßlichen Elementen“ der Geschichtsdebatte in der und um die PDS u.a. erklärte (übrigens mit den Stimmen der Kommunistischen Plattform):

Unabhängig von vielen Details, aber auch grundsätzlichen Fragen zu Wesen und Geschichte des „Stalinismus“, die noch zu untersuchen und zu diskutieren sind, bekräftigt die PDS ihre grundsätzliche Absage an jene Erscheinungen und Tendenzen, die von der durch die Jahrzehnte reichenden moralischen Kritik am „Stalinismus“ gemeint sind:

- die Unterordnung und Unterwerfung der lebendigen Interessen, Gedanken und Aktionen von Menschen und Bewegungen unter „die Sache“;
- den Anspruch einer Partei, einer Parteispitze, einer Bürokratie, für eine Partei, eine ganze Klasse oder gar ganze Völker sprechen zu können; das Monopol gültiger Wahrheiten;
- das Ersetzen von politischer Debatte und Entscheidung durch Diktat und Kommando;
- die moralische, politische oder gar physische Diskriminierung, Unterdrückung oder Vernichtung von Andersdenkenden;
- das Außerkraftsetzen der allgemein anerkannten Regeln menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie (Transparenz, Opposition, Bereitschaft, sich politischen Entscheidungen zu stellen, Recht auf selbstbestimmtes Leben, Schutz von Minderheiten, Achtung von Mehrheiten) im Namen übergeordneter „historischer, wirklicher u.ä. Interessen“, „politischer Notwendigkeiten“ u.a. über den lebendigen Menschen stehender Mächte;
- kurz: die Übernahme von Praktiken, Denk- und Sichtweisen, die mit der Herrschaft von Menschen über Menschen verbunden sind, in die Arbeiterbewegung und ihre Rechtfertigung. Der Marx'sche „kategorische Imperativ“, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“¹⁵, muß uneingeschränkt und in erster Linie in einer Bewegung gelten, die sich diesem Ziel verpflichtet.

Die Thüringer Delegierten zum Bundesparteitag richteten diese Position des Landesparteitags als Antrag an den Bundesparteitag. Die Mehrheit von dessen Delegierten folgte dem dringlichen Aufruf Stefan Doernbergs, einen „solchen unwissenschaftlichen Unsinn“ zurückzuweisen, nicht, sondern verwies den Thüringer Antrag an die Historische Kommission „zur Beachtung in der weiteren Arbeit“.¹⁶

Ich wage die These, daß die hier zu reflektierende Debatte in manchem anders verlaufen wäre, hätte die Historische Kommission ihren Thesen eine solche politische Erklärung zugrundegelegt, statt sich von Anfang an in den Kampfbegriff zu verbeißen.

4. Zumindest wären damit die Thesen unter den Aspekt des Schicksals des demokratischen Sozialismus gestellt gewesen.

Auch hier zwei politische Erfahrungen, die mir dafür sprechen, wie dringlich eine wissenschaftliche Debatte um dieses Zentralthema einer Neukonstituierung der europäischen Linken geworden ist.

In der schon erwähnten Arbeitsgruppe 1 der Leipziger Eröffnung des Ostforums der SPD wurde Manfred Stolpe angesichts seines eigenen Sprachgebrauchs, der Themenstellungen des Forums und des Plenarbeitrags von Oskar Lafontaine gefragt, ob die SPD nunmehr für den Osten am Begriff *demokratischer Sozialismus* festhalte, während sie für den Westen *sozial gerechte Bürgergesellschaft* bevorzuge.

Der einzige Punkt, bei dem der Chef der Arbeitsgruppe „Linksextremismus“ der Thüringer CDU, der Thüringische Kultusminister Althaus, während einer öffentlichen Veranstaltung zur Auseinandersetzung mit der PDS in Hermsdorf stürmischen spontanen Beifall erhielt, war seine Feststellung: Die PDS will wieder zum Sozialismus, zu jenem Versuch, dessen Scheitern uns einen Großteil unseres Lebens gekostet hat.¹⁷ Mit sichtbarem Erfolg mobilisierte er die Lebenserfahrung gerade der sozial aktiven Gruppe der 30-45jährigen für die These, daß nicht einfach eine *Entstellung der sozialistischen Idee*¹⁸, *eine unvollkommene Variante des Sozialismus* gescheitert sei, sondern *weltweit alle Varianten des Sozialismus*, ja daß der Sozialismus notwendig scheitern muß, *weil sich sein kollektivistisches Menschenverständnis gegen die Natur des Menschen richtet*.¹⁹

Soweit sich überhaupt mit wissenschaftlichen Argumenten gegen Lebenserfahrung streiten läßt, ohne eine „Kritik des Sozialismus“ in der Tradition der großen aufklärerischen Kritiken²⁰ werden die Verfechter des demokratischen Sozialismus immer auf sich selbst beschränkt bleiben.

Da sich zwei der drei großen Parteien, die für eine Alternative zum gegenwärtigen Weltzustand in Deutschland in Frage kommen, zumindest programmatisch zum demokratischen Sozialismus bekennen, ist eine solche „Kritik des Sozialismus“ eine Schlüsselfrage jeder Zukunftschance.

V. Schäden der Debatte für den Umgang mit Geschichte

1. Der notwendige Versuch, das Argumentieren mit dem eigenen Leben zu überwinden, fand nicht statt. Die Zeitzeugenberichte auf unserer ersten Tagung wie Debatten auf vielen Veranstaltungen an der Basis belegen diesen Typus von Argumentation *Das und das habe ich erlebt* in einem großen Maße. Meines Erachtens trägt er wesentlich zu der Unversöhnlichkeit der Debatten in der Arbeiterbewegung bei. Wer kann schon gegen Lebenserfahrung argumentieren? Bestenfalls wird der einen Erfahrung die andere entgegengesetzt. Und da normalerweise jeder und auch jede glaubt, recht gelebt zu haben, sind sie auch so felsenfest davon überzeugt, Recht zu haben.

Ein solcher Typus von Argumentation ist in der Arbeiterbewegung besonders tief verwurzelt, weil diese in ihrem Wesen eine soziale, und nicht einfach eine politisch geleitete Bewegung gewesen ist, in der die Akteure sehr häufig ganze Großfamilien, sozial-kulturelle Milieus gewesen sind, die sich sogar gegen schärfste politische Spaltungen behaupteten. Und gerade bei der Vereinigung waren die schrecklichen Erfahrungen von Faschismus und Krieg so übermächtig, waren die sozialen Strukturen so überlebenswichtig, daß ihnen gegenüber wichtige, ja lebenswichtig politische Differenzen als sekundär erschienen. Zumal ja zu diesen Milieus seit Jahrhunderten der Gedanke des Zusammenstehens gehörte, die Lehre *Einigkeit macht stark*, das Bild von dem unzerbrechbaren Bündel aus einzeln brechbarem Rohr, das Symbol von der geballten Faust Kindheitsmustern geworden waren. Ihnen gegenüber blieben die Bilder von den Gräsern und Bäumen folgenreich ohnmächtig, fehlte die Erfahrung der ostasiatischen Kampfweisen mit den offenen Händen. Nur wenn über die engen politischen Bindungen an Gleichgesinnte hinaus die Zusammenhänge des eigenen Lebens zu anderen Leben, zu anderem Leben kenntlich werden, besteht die Chance, das Argumentieren mit dem eigenen Leben über die eigenen Grenzen hinauszuführen, ohne dieses individuelle Leben in seiner Integrität zu verletzen. Gerade das aber hat die Debatte auf beiden Seiten nicht getan, sondern immer wieder die eigene Betroffenheit zum Kronzeugen mobilisiert. Unversöhnlichkeit und Verletzungen der jeweils anderen waren die fast unausbleiblichen Folgen.

2. Die Debatte hat zweifellos geholfen, jene verhängnisvolle Trennung von Moral und Geschichte/Politik weiter zu überwinden, die uns gerade dort hat politisch und wissenschaftlich schweigen lassen, wo wir moralische Skrupel oder gar Widerstände verspürten. Aber sie hat fälschlicherweise die Moral auf die Geschichte gelenkt, eine permanente moralische Bewertung der dereinst geschichtlich Handelnden befördert. Sie hat so die Illusion genährt, Geschichte ließe sich moralisch korrigieren, „aufarbeiten“. Das aber ist eine Illusion. Moral kann sich immer nur auf das eigene Verhalten, die eigenen Handlungen, die eigene Position beziehen.

Mit tiefer Betroffenheit habe ich vor wenigen Wochen im antiken Theater von Epidauros erfahren, wie die alten Griechen Furcht und Mitleid, und zwar nicht mit den auf der Bühne handelnden mythisch-historischen Personen, sondern eben mit den gegenwärtigen Zuschauern, bewußt therapeutisch einsetzten, um sie für die Kette von Gewalt, Herrschaft, Mord und Totschlag zu sensibilisieren, möglichst dagegen zu feien. Sie wollten in ihnen die Furcht wecken, diese Kette fortzuführen, ganz im Sinne von Brechts Appell *Habt doch mit euch selbst Erbarmen!* Und mir wurde bewußt, warum der alte Lessing, jener aufrechte Moralist und radikale Aufklärer, eben diese Absicht geltend machte gegen die vorherrschende Auffassung seiner Zeitgenossen, in der sich die barocken Zuschauer zu moralischen Richtern der Geschichte aufwarfen, während ihr eigenes Tun und Lassen davon gänzlich unberührt bleiben konnte.

Vom Ende her die Geschichte zu verstehen, *Erklärung des Anfangs durch den Schluß*, mit dieser Aufforderung leitete Peter Weiss bereits 1968/69 sein Stück „Trotzki im Exil“ ein²¹, mit dem er *wieder einmal zwischen den Lagern saß*²². Und als er 1980, ein schwerkranker, viel-

leicht schon todkranker Mann um den Schluß der „Ästhetik des Widerstands“ rang, schrieb er vom Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem er seine gewaltige Kulturgeschichte des Widerstands von den vorhistorischen Zeiten der Griechen bis zu diesem Ende beendete, als von dem *verhängnisvollen Ende des Krieges*²³. Denn vom Ende des Jahres 1980 aus wußte er von diesem Anfang: *Über die Erfahrungen, die durchtränkt waren vom Tod, würde sich die grell kolorierte, längst wieder von Folter, Brandschatzung und Mord gefüllte Zukunft legen.*²⁴ Und nur weil er das Ende als neuen Anfang nahm, den er von seinem Ende aus erklärte, gewann er die Kraft und Berechtigung für den großen Schluß seines Romans, in dem die Hoffnungen wie die Utopien blieben²⁵, ohne Verdrängung der Wirklichkeit.

Hätte die Historische Kommission gewagt, den Anfang der SED von ihrem Ende her zu erklären, so hätte ein neues Verhältnis von Politik/Geschichte und Moral mehr gewonnen.

VI. Einige nachträgliche Kritiken zu den Thesen

Auch ich betrachte die Thesen als einen großen Schritt nach vorn. Und nun möchte ich eine Stunde schweigen, um den Satz uneingeschränkt stehen zu lassen. Nehmt bitte im Interesse unserer aller Zeit dieses Pausenzeichen für die Wirklichkeit und gestattet mir ein paar nachträgliche kritische Anmerkungen zu den Thesen.

1. Meines Erachtens ist der als Einstieg gewählte Zeitpunkt 1945 der falsche Zugang. Natürlich kann man immer über historische Zäsuren streiten. Aber 1945 dürfte der denkbar ungünstigste gewesen sein. Reproduziert er doch das für die meisten Handelnden von 1945 unvermeidliche, den Nachfolgenden suggerierte Bewußtsein, nach den 12 Jahren Naziherrschaft müsse man den Faden dort wieder aufnehmen, wo er durch die nationalsozialistische Machtübernahme abgeschnitten war. Für all diejenigen, die in Deutschland geblieben waren, eine logische Vorgehensweise. Ebenso logisch mußten sie in der durch Bolschewisierung der KPD und antibolschewistischen Kampf der SPD hervorgerufenen Spaltung der Arbeiterbewegung die Wurzel allen Übels sehen, das über sie gekommen war. Zumal ja vor 1933 auch die KPD die Überwindung der Spaltung von 1918 durchaus zu ihren Zielen gerechnet hatte, während in der SPD auch ohne die verhängnisvolle Sozialfaschismus-Politik der Komintern die „Spalter“ immer als Zerstörer der großen, einheitlichen Partei galten.

Anders wußten es all die, die aus dem Exil kamen. Für sie war zwischen 1933 und 1945 mehr gewesen als Faschismus, Widerstand und Krieg. Sie wußten um das Prager Manifest und die Niederlage der Einheitsbefürworter in der SPD. Sie hatten die tiefen Verwerfungen in der Sozialistischen Internationale nach den Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien erlebt. Und sie wußten als Beteiligte, Opfer oder leidenschaftliche Betrachter, wie die KPD mit ihrer Opposition auch angesichts des Faschismus umgegangen war. Sie waren Augen- und Ohrenzeugen der Auseinandersetzungen in der Spanischen Volksfrontregierung und der furchtbaren Tragödie der POUM. Und sie alle waren als Betroffene oder Beobachtende Zeugen des mörderischen Wütens des Stalinschen Machtapparates gegen alles, was ihm im Wege stand. Auf-

merksam hatten sie die Differenzen in der Anti-Hitler-Koalition verfolgt und ihre Schlüsse daraus gezogen.²⁶ So kamen sie aus einer anderen Welt, mit einer anderen Welt in den Köpfen, sozialisiert in den widersprüchlichsten politischen Kulturen, und schwangen sich auf zu den Führern derer, die in Deutschland überlebt hatten. Sie sprachen nur über das, was beim politischen Gegner vorgegangen war. Und was der sagte, war schnell als Lüge und Verleumdung gebrandmarkt. Die eigene Geschichte und Erfahrung hielten sie zurück. Die Archive von KPD wie SPD aus diesen 12 Jahren sind erst nach dem Ende des Kalten Krieges geöffnet worden. Noch heute erfahren wir immer neue Bruchstücke einer Wahrheit, die 1945 lebensnotwendig gewesen wäre. Und so verfolgten die Führungen auf beiden Seiten ganz andere Konzepte und Strategien, als ihre alten Parteivölker und die, die ihnen neu zuströmten, ahnen konnten. Und nutzten deren Denken und Fühlen als eigene Legitimation. Auch in der Arbeiterbewegung galt das *Unheil [...], von dem auf Jahrzehnte hin unser Leben überschattet wäre. Nicht von unten, vom Willen der geprüften Menschen her, sondern von oben, von den Zentralen der mächtigen Sieger, würde die Entwicklung bestimmt werden.*²⁷ Daß so etwas ganz anderes aus der Geschichte werden mußte als das, was die breite Anhängerschaft dachte, war nahezu zwangsläufig. Einst hatte Friedrich Engels das welthistorische Anliegen des Sozialismus, den *Sprung ins Reich der Freiheit*, darin gesehen, das blinde Wirken der Geschichte aufzuheben, bei dem trotz des bewußten Handelns der Menschen immer etwas anderes herauskam, als deren Intentionen. Der sozialistischen Bewegung stellte er die gewaltige Aufgabe, Verhältnisse zu schaffen, in denen die Handelnden die Bedingungen ihres Tuns derart unter ihre eigene Kontrolle stellen, daß die geschichtlichen Wirkungen dem Wollen der Akteure entsprechen.²⁸ Die von den Führungen geschaffenen Bedingungen bei der Schaffung der SED waren nicht nur meilenweit von diesem Ziel entfernt. Sie widersprachen ihm aufs gründlichste. Wenn sich die Historische Kommission schon nicht entschließen konnte, die Zäsur auf 1933 zu legen, so hätte sie doch jene entscheidend gewordene Differenz zwischen dem Bewußtsein der in Deutschland Überlebenden und dem der außerhalb des Landes Gewesenen zu einem zentralen Aspekt ihrer Analyse des Jahres 1945 machen müssen, wenn sie sich nicht dem Vorwurf zumindest der Halbherzigkeit aussetzen wollte.

2. Der zweite Einwand betrifft die Behandlung des Einflusses der Besatzungsmächte. Die Thesen verweisen zu Recht auf diesen Einfluß. Sie umgehen aber die Tatsache, daß sich sowohl im Vorfeld der Emigrationsdebatten wie auch natürlich nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und dem Potsdamer Abkommen sowohl in der SPD wie in der KPD, sowohl im Osten wie im Westen zwei Positionen scharf gegenüberstanden: die einen, die deutsche Politik nur im Rahmen der Absichten oder doch zumindest der Duldung der jeweiligen Besatzungsmächte für möglich hielten, und die anderen, die eine gewisse deutsche Selbständigkeit für möglich hielten. Daß Schumacher wie Pieck und Ulbricht zu den ersteren gehörten, scheint mir zweifelsfrei. Grotewohl, Buchwitz, wahrscheinlich auch Ackermann hielten einen deutschen Sonderweg offenbar für möglich. Gerade unter den Exilanten in nicht hegemonialen Ländern scheint mir diese Hoffnung überwogen zu haben.

Auch wenn der Historischen Kommission keine detaillierten Forschungen zugänglich waren, so hätte sie doch wenigstens der logischen These Raum geben müssen, daß auch die autoritärste Besatzungsmacht Leute brauchte, die ihren Willen vollzogen und für den eigenen ausgaben, und daß es bei solchen Abhängigkeitsverhältnissen auch immer Menschen gibt, die sich der Schutzmacht zur Durchsetzung eigener Interessen bedienen. Auch Konrad Adenauer dürfte nicht der Einzeltäter gewesen sein, für den er sich dem französischen Oberbefehlshaber gegenüber ausgegeben hat.

Gerade für Mitglieder und Sympathisierende der SED dürfte dieser Aspekt von besonderer Bedeutung sein. Werden sie doch fortlaufend mit neuen Tatsachen konfrontiert, die ihnen die nicht gerade aufbauende Abhängigkeit von SED, KPD und DKP verdeutlichen. Mag es angemessen sein, sich in Verteidigung vor Gerichten der Siegerjustiz auf fehlende Souveränität zu berufen, so müssen sich doch alle, die das tun, der Frage stellen: Und warum gabst du dich dazu her? Oder warum hast du nicht wenigstens von dem Augenblick an darüber gesprochen, als das ohne Gefahr für Leib und Leben möglich war?

3. Ebenso gravierend erscheint mir die Fortführung der Stilisierung von SPD und KPD zu den Initiatoren des Wiederaufbaus. Aus allen mir bekannten Zeitzeugnissen geht hervor, daß sich Menschen aus den verschiedensten Schichten des Volkes daran machten, Not und Elend des Krieges und Nachkrieges zu begegnen. Dabei waren immer zahlreiche Mitglieder der beiden großen Arbeiterparteien. Daß sie durch die Entnazifizierungspolitik aller Besatzungsmächte dann schnell in die antifaschistischen Verwaltungen kamen, ist ebenso wahr. Aber eben erst dadurch geriet der Aufbruch von unten unter die Führung der Parteien. Und nicht nur in den Westzonen geschah das nicht zum Vorteil einer demokratischen Erneuerung. Zumindest die sehr detaillierten Forschungen zur Geraer Geschichte zwischen Kriegsende und den ersten Landtagswahlen belegen, daß die Auflösung der nicht partei dominierten Antifa-Ausschüsse ein erster, Weichen stellender Akt gegen eine breite Demokratisierung gewesen sind. Später wiederholte er sich in FDJ und im Kulturbund, wahrscheinlich aber in allen Massenorganisationen bei der Transformation zu Transmissionsriemen der Herrschaft einer Partei. Seine Anfänge begleiten zumindest in Gera die Schaffung der SED auffällig.²⁹ Diese Parallelität spricht mir ebenso wie die Behandlung der Berliner Urabstimmung in der Geschichtspropaganda der SED und der heutigen SPD dafür, daß es bei beiden ein vitales Interesse daran gab und gibt, die Parteiendominanz zur alternativlosen Form des Einheitswillens zu stilisieren. Daß sich die Historische Kommission zumindest sprachlich nicht gegen eine Reproduktion dieser durchsichtigen Legende sperrte, finde ich nicht nur leichtfertig.

4. Wie sie überhaupt das m.E. entscheidende Hindernis im Kampf um die Einheit nicht thematisiert hat - das SPD und KPD gleichermaßen bestimmende Streben nach Hegemonie.

Beide verstanden Einheit als Obsiegen der eigenen Position über die der Gegenseite und damit entscheidend als Gewinn oder Verlust von Vormacht über ein zu vergrößerndes Partei- bzw. Wahlvolk. Nimmt man Schumachers Rede auf dem ersten Nachkriegs-Parteitag von Hannover, so ist der Führungsanspruch der SPD gegenüber der gesamten Nation kaum weniger unverhüllt

als der der späten SED. Die KPD hat zwar ihre unverhüllten Führungsansprüche seit dem VII. Weltkongreß zurückgenommen, aber nie einer grundsätzlichen Kritik unterworfen und im „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ sehr schnell wieder in der SED dominant gemacht. Die heutigen Methoden in SPD und PDS, Vorbedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen konkurrierenden Oppositionsparteien zu stellen, politische Vorleistungen und Verzicht von danach großzügig Geduldeten zu fordern, hätten die Kommission sensibilisieren müssen. Zumal doch die Frage des Weiss'schen Erzählers nicht abzuweisen ist, ob nicht *beim immerwährenden Ringen zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei um die Vormacht auch der Charakter derer, die diese Politik in die Wege leiteten, vom Drang zur Machtausübung geprägt sein müsse*.³⁰

5. Alle vier bisher vorgebrachten Einwände gegen die Thesen der Historischen Kommission kulminieren für mich in der Art und Weise, wie sie mit einem einzigen Absatz erneut *die zwischen KPD und SPD angesiedelten kritischen Potentiale der Arbeiterbewegung*³¹ an den Rand drängen, die weder sozialdemokratisch im Sinne Kurt Schumachers noch marxistisch-leninistisch waren. Statt ihrer in einem gesonderten Absatz zu gedenken, wären sie doch das Prinzip Hoffnung im Sinne Ernst Blochs, die nicht realisierte Möglichkeit gewesen, auf welche diejenigen zurück gehen müssen, die einen Neuanfang suchen. Wahrscheinlich waren sie 1945/46 marginal. Dieser historische Umstand sowie ihre fortlaufende Unterdrückung und Marginalisierung in SED und SPD zeitigten unstrittig verhängnisvolle Folgen. Die Fortsetzung der Marginalisierung in den Thesen der Historische Kommission drängt mich zu der gleich nach Erscheinen in der AG Geschichte beim Landesvorstand der PDS in Thüringen formulierten und heute resümierend wiederholten These: Die Thesen korrigieren Fehler aus der Sicht eines vernünftigen Marxismus-Leninismus (wenn denn eine solche *contradictio in se* denkbar ist). Den Geist einer modernen sozialistischen Partei habe ich in ihnen kaum gefunden.

VII. Die Schaffung der SED aus der Perspektive der „Ästhetik des Widerstands“

Das Thema der Schaffung der Einheit durchzieht den ganzen Roman. Breitscheids Vermächtnis *Schafft mir die Einheit!* war einer der entscheidenden Schreibimpulse. Wer die Sicht dieses Werkes und damit seines Autors nachvollziehen will, muß selber zumindest das Buch, möglichst aber auch die *Notizbücher* lesen.³² Er wird dabei auf ein gewaltiges Material zur Auseinandersetzung mit der Politik der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, vor allem in der deutschen, schwedischen und spanischen Arbeiterbewegung sowie in der Komintern stoßen. Weiss hat es in akribischen Archivstudien, aber auch in zahlreichen persönlichen Gesprächen mit unterschiedlichsten Beteiligten, z.T. bei Einsicht in deren private Archive oder Nachlässe, zusammengetragen und in seinem Roman in umfangreichen Skizzen, vor allem biographischen, der direkten Nachprüfung durch die Lesende bzw. den Lesenden dargeboten. Getreu seiner Überzeugung, daß sich Biographien und historische Verhältnisse nicht korrigieren lassen, wohl aber unser Wissen und un-

sere Überzeugungen durch immer neue Sichten verändern können³³, interessieren ihn dabei nicht nur die historischen Analysen und Einschätzungen, die Absichten, Handlungen und Aktionen, sondern vor allem die politischen und weltanschaulich-moralischen Haltungen und Verhaltensweisen, die politische Kultur der Beteiligten. Sie liefert ihm nicht nur den Schlüssel zum Verständnis. In ihr entdeckt er die Ursache für das Selbstverschuldete der Niederlagen, vor allem aber die unversiegbare Quelle des Widerstands und die Begründung für die bleibende Hoffnung auf Erneuerung, für die immer wieder aufbrechende Bereitschaft von Menschen, ungeachtet aller Niederlagen, Greuel, Schmerzen und Tränen das Leben einzusetzen, um diese Überzeugungen leben zu können.

Die Thesen der Historischen Kommission beziehen diesen wichtigen Aspekt der politischen Kultur nicht in ihre Überlegungen ein. Es dürfte aber ein Irrtum sein, eine moderne sozialistische Partei ohne eine entsprechende Kultur schaffen zu können. Was auch eine Kritik der aus der SED überkommenen politischen Kultur einschließt. Beginnt mensch einmal eine solche Kritik, so werden sie oder er weit in die Geschichte der deutschen sozialistischen Parteien zurückgelangen.

Unter diesem Aspekt erscheinen mir drei Grundgedanken der „Ästhetik des Widerstands“ von besonderem Interesse.

1. Das in zahlreichen biographischen Skizzen und den wichtigen poetischen Figuren entworfene Gegenbild zu den Parteisoldaten - der Typus der „Internationalisten“. Mit diesem Begriff knüpft Weiss einmal an die Tradition der Bremer Linken und der Zimmerwalder Ursprünge der Leninschen Internationale an, im deutlichen Unterschied zur Politik und Praxis der Komintern. Vor allem aber beschwört er damit einen sozialen Grundzug der Arbeiterbewegung, *die jetzt jedoch auch brüchig geworden war*³⁴, der ihm aber für deren Neukonstituierung unerlässlich erschien.³⁵

In diesem Typus hat Weiss immer eine Absage an bestimmte Politikformen und die Behauptung einer ihnen widerstehenden Haltung verbunden: Das Eintreten für die individuelle Überzeugung gegen das *Führen der entscheidenden Politik über die Köpfe hinweg*; das Zusammensetzen und Prüfen aller erhältlichen Informationen gegen das sich Klammern an Beschlüsse und Linien; das Sich-draußen-halten aus allen Parteifehden; das Suchen des Gemeinsamen statt des Trennenden; das *Streben nach Bewegung, nach Offenem, nach Abweisung des Fertigen, andrängend gegen die Doktrin, den Fanatismus, die versteinernenden Einschränkungen des Denkens, statt des Triumphs der Rechthaber; das sich Lösen vom Ursprung, das sich Verlieren und neu Finden statt der Etabliertheit in der eigenen Gewalt*.³⁶

Weiss verteidigt also offensichtlich die lebendige soziale Bewegung und eine aus ihr erwachsene Assoziation von Individuen, die ihren Überzeugungen leben, gegen den Typus von Parteien, wie er im 19. Jahrhundert entstanden ist und sich in den politischen Systemen unseres Jahrhunderts ausgeprägt hat. Seine Kritik geht also weit über die Parteien Leninschen Typus hinaus. Gerade in den scharfen Analysen der schwedischen Sozialdemokratie im II. Band der „Ästhetik des Widerstands“³⁷ wird deutlich, daß Weiss sowohl den sozialdemokratischen wie

den kommunistischen Parteitypus für eine emanzipatorische Bewegung für völlig ungeeignet hält. Die Schaffung eines grundlegend anderen Organisationstypus einer emanzipatorischen politischen Kultur ist eine der Voraussetzungen, die Weiss für das Durchbrechen der Kette der Niederlagen kenntlich macht. Er selbst hat sich in diesem Sinne aktiv an der Konstituierung der Schwedischen Linkspartei beteiligt, die heute zur drittstärksten politischen Kraft in diesem Lande geworden ist.

2. Die andere politische Kultur der „Internationalisten“ bringt auch neue politische Kampfformen hervor. In den Spanienpassagen des I. und II. Bandes³⁸ sowie in den Notizen zu den „sanften Revolutionen“ in Vietnam und Kuba hat er das Monopol der Oktoberrevolution als Muster einer proletarischen Revolution in Frage gestellt³⁹. Im Rahmen der Kapitel des I. Bandes, in denen er die Weimarer Republik aus der Perspektive der „Internationalisten“ analysiert⁴⁰, kontrapunktiert er nicht nur die politische mit der kulturellen Revolution, Klaus Neukrantz' „Barrikaden am Wedding“ mit Franz Kafkas „Der Prozeß“, sondern auch die männlichen Barrikadenkämpfe mit den weiblichen Formen des Widerstands gegen den einbrechenden Faschismus. Diese weibliche Kampflinie führt er mit der Marcauer-Gestalt⁴¹, über die Dreieinigkeit der Karin Boye, der Mutter des Erzählers und der Lotte Bischoff im III. Band bis zu den Frauen der Roten Kapelle.

Kennzeichnend für den weiblichen Widerstand sind jene Formen des Kampfes, in denen das Politische, das Soziale und das Kulturelle nicht zu trennen sind und die wir heute etwas verkürzt bürgerbewegt, spontan, punktuell-konkret nennen würden. Für Weiss stehen zwei Momente im Vordergrund: der unmittelbare, nicht auf umfassende und langwierige gesellschaftliche Veränderungen orientierte und damit abwartende, Widerstand und die unbedingte Solidarisierung mit allen von Repression Betroffenen, frei von allem politischen Kalkül.

Die Lektüre dieser Passagen vermag nicht nur den Abstraktionen *Feminisierung, Bewegung, Opposition, Widerstand* sinnliche Erfahrung zu vermitteln. Sie machen auch das unausweichliche Spannungsverhältnis zwischen traditionellen politischen Kampfformen und dem Widerstand gegen die Destruktion der gegenwärtigen, modernisierten uralten Gesellschaftsverhältnisse nachvollziehbar. Dadurch, daß Weiss die *menschliche Stimme* des Widerstands, die *weitausholende Bewegung* der Emanzipation immer wieder in Situationen existentieller Bedrohung, ja im Augenblick vor dem Ausgelöschtwerden ihre höchste Intensität erreichen läßt, entsteht der nur über Kunst zu vermittelnde Eindruck von schonungsloser Illusionslosigkeit, Hoffnung und Kraft, wird die menschliche Dimension zum Grundmaß des Politisch-Historischen.

3. Von dort aus wird auch verständlich, was Peter Weiss immer wieder kenntlich macht: Es gibt keine politische Erneuerung, wenn nicht die politische Kultur der Widerstehenden tief in ihrem alltäglichen sozialen Verhalten zueinander verankert ist. Weiss treibt das poetisch auf die Spitze in den bewegende Bildern von der Mutter Coppi, die ihre geschundenen Beine wäscht; von der Mutter des Erzählers, die, für immer verstummt, den Tisch für die kleinste Dreieinigkeit von Mutter, Vater und Sohn deckt und mit dem Vater den Liebestanz tanzt, bei dem er die Namen der großen Monopole der Welt skandiert; von den Schritten der Frauen der Roten Ka-

pelle, die in Plötzensee zum Schafott gehen; von der *unbemerkten Wanderin* Lotte Bischoff *auf den neu erbauten, lärmenden Straßen, die eine unendliche Zeit noch den Schmerz über den Verlust von so vielen in sich tragen müsste*⁴².

Dagegen ist eingewandt worden, ein solcher Reduktionismus des Politischen sei nicht akzeptabel. Weiss hat keineswegs das Politische auf solche elementaren sozialen Vorgänge zurückzuführen gedacht. Er ging nur bis zu den Quellen, aus denen es sich erneuern kann. Und er war illusionslos: Nur wenn sie dort verankert ist, immer wieder von dort her sich entfaltet, ist eine Erneuerung der Emanzipation des Menschen möglich.

Wenn hier mit einem großen Kunstwerk gegen die Thesen der Historischen Kommission argumentiert wird, so ist das natürlich ungerecht. Denn der Wissenschaft ist nicht abzuverlangen, was nur die Kunst vermag. Der Künstler Peter Weiss hat bereits 1969 in seinem *Hölderlin*-Stück das Fazit der gescheiterten europäischen Revolution von 1968 in der visionären Begegnung des in seinem Tübinger Turm hockenden Hölderlin mit dem jungen Marx gezogen: *Zwei Wege sind gangbar / zur Vorbereitung / grundlegender Veränderungen / Der eine Weg ist / die Analyse der konkreten / historischen Situation / Der andre Weg ist / die visionäre Formung / tiefster persönlicher Erfahrung*.⁴³ Die visionäre Formung ist unsere Sache als professionelle und amateurhafte Historiker nicht. Sie aber tiefster persönlicher Erfahrung ebenso zu stellen wie wissenschaftlicher Analyse - das sollte ein Markenzeichen von Geschichtsarbeit in und bei der PDS werden.

Und noch unter einem zweiten Aspekt erscheint mir das Hinzuziehen der „Ästhetik des Widerstands“ doch gerecht: Als Peter Weiss sich dem Kriegsende als dem Punkt zuwandte, wo das begann, was ihn (wie uns heute) bedrückte, deckte er die Defizite auf, die ihm für ein Leben nach Auschwitz und Hiroshima bedeutsam waren. Auch die Thesen hätten sich den Defiziten stellen müssen, die uns für ein Leben nach dem Scheitern eines Jahrhundertexperiments bedeutsam sind. Fehlentwicklungen sind nicht korrigierbar. Defizite kenntlich zu machen und sich an ihre Abarbeitung zu machen, das sollten wir wagen, solange noch Leben in uns ist.

Anmerkungen

¹ Vgl. Einheitsdrang? Einheitszwang? Die Entstehung der SED. Betrachtungen und Erinnerungen nach 50 Jahren. (Protokoll einer Tagung des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Thüringer Landesvorstand der PDS am 10. Februar 1996 in Gotha), (= Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., Heft 24), Jena 1996.

² Im KPD-Verbotsurteil von 1956 hat das Bundesverfassungsgericht diesen Terminus gebraucht. (Urteil des Ersten Senats vom 17. August 1956 - 1 BvB 2/51 - in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf

Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 5. Bd., J.C.B. Mohr /Paul Siebeck/, Tübingen 1956, S. 97). Er dürfte sich also vielleicht hinreichend von den beiden Kampfbegriffen (Zwangs)Vereinigung abheben.

³ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS, Neues Deutschland, 18.12.1995, S. 11f.

⁴ Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman, 3 Bde., Henschel Verlag Kunst und Gesellschaft, Berlin, 1983.

Die Erstausgabe erfolgte im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1975. Zum Verhältnis beider Ausgaben s. Matias Mieth, Jens-Fietje Dwars, Dieter Strützel (Hrsg): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss, GNN-Verlag, Köln, 1993, S. 256 ff.

Zum Verhältnis dieses Buches zur DDR und ihrer Geschichte s. Jens-Fietje Dwars: Vom Vergehn eines andern Deutschlands. Peter Weiss' DDR-Erfahrungen als Schreibimpuls der „Ästhetik des Widerstands“, a.a.O., S. 93-139.

⁵ Zu Geschichte, Gegenstand und Ergebnissen dieses Kreises s. Matias Mieth, Jens-Fietje Dwars, Dieter Strützel (Hrsg): Widerstand wahrnehmen. Dokumente eines Dialogs mit Peter Weiss sowie die dortigen Literaturangaben.

In diesem Kreis entstand auch in Anlehnung an die gerade in Jena starke Bewegung der „Kirche von unten“ die Idee der „Partei von unten“, um die sich die bundesweite ARGE (= Arbeitsgemeinschaft) Konkrete Demokratie - soziale Befreiung in und bei der PDS entwickelt hat und die sich in der Thüringer PDS bereits mehrfach (so in der Landessatzung, der Haltung zum MfS-Beschluß und zur Geschichtsdebatte sowie im PDS-Entwurf für die Thüringer Landesverfassung) als mehrheitsfähig erwiesen hat.

⁶ Marxismus-Leninismus meint weder das Werk von Marx noch das von Lenin, sondern jenen Verschnitt, der zur offiziellen Partei- und Staatsdoktrin erhoben wurde.

⁷ Alexander und Margarete Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, (= Serie Piper, Bd. 168), München und Zürich, 1991 ²², Erstauflage 1967.

⁸ Anna Seghers: Der Mann und sein Name, Aufbau-Verlag, Berlin 1952; Willi Bredel: Das schweigende Dorf, in: Willi Bredel: Erzählungen II, Aufbau-Verlag, Berlin 1967, S. 217-165; Herbert Otto: Die Lüge, Aufbau-Verlag, Berlin 1976; Joachim Knappe: Die Birke da oben, Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale 1970.

⁹ Als Lektor des Mitteldeutschen Verlages habe ich es 1968 auf der Frankfurter Buchmesse in einer Nacht verschlungen. Für die DDR aber erschien es mir damals nicht relevant. Wir hatten ja den Faschismus bewältigt. 1990 habe ich es wieder in einer Nacht verschlungen, als es bei einem Tübinger Freund, bei dem ich übernachtete, auf dem Schreibtisch lag. Am Morgen stellten wir beide fest, von welcher bestürzender Aktualität dieses Buch ist.

¹⁰ Wilfriede Otto: Geschichte und Erlebtes, Parteien und Individuen, Neues Deutschland, 22.04.1996, S. 9.

¹¹ Die Bürgerbewegten waren mit Dr. Wand von der Pädagogischen Hochschule in Halle, einst Direktor des dortigen Zentralinstituts für örtliche Versorgungswirtschaft vertreten. Die Tagung hatte drei Abschnitte: Die Neu(Wieder)-Gründung von KPD und SPD im Juni 1945 in der SBZ - Konzepte und Kontroversen über das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten; Das Verhältnis zwischen SPD und SED in der Phase

der Entspannungspolitik - Gespräche zwischen SPD und SED und das „Streitkultur-Papier“ sowie Die Rolle der PDS im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland - alte und neue Bundesländer. - Die sozialdemokratische Diskussionsgrundlage (Jochen Czerny von der Historischen Kommission hatte zu allen drei Tagesordnungspunkten einen Einleitungsbeitrag aus der Sicht der PDS; auch das wohl ein Unikat der Debatte) zu Tagesordnungspunkt 3 von Edelbert Richter (MdB, Weimar) Sieben Gründe für eine Zusammenarbeit mit der PDS ist in einer Tagungsnachschrift dokumentiert im Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie - soziale Befreiung in und bei der PDS, Nr. 21/96 (zu beziehen über GNN-Verlag Köln, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), S. 6.

- ¹² So verteidigten die sozialdemokratischen Genossen in Freudenberg vehement eine Umfrage, nach der eine Zweidrittel-Mehrheit der Befragten in Ost und West die PDS inzwischen als eine normale Partei betrachten, die eine Mehrheit im Osten und ein gutes Drittel im Westen für regierungsfähig hielten, als wichtigen Beweis gegen dieses Argument und fanden gar kein Verständnis für meine Bemerkung, daß ich angesichts einer solchen Aussage, die PDS sei eine stinknormale deutsche Partei, nur mit Herrn Keuner Oh sagen und erleichen könne.
- ¹³ Die PDS erfüllt nach meiner Überzeugung eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Wenn es sie nicht gebe, blieben theoretisch zwei Möglichkeiten. Erstens: Das politische Potential wäre in die SPD aufgenommen worden. Wenn wir das 1990 gemacht hätten, wäre das die mir sympathischste Variante gewesen. Zweitens: Das politische Potential wäre in eine extreme Richtung gedrängt worden, womöglich sogar in den Untergrund - das wäre die schlechteste Variante gewesen. Was wir jetzt haben, ist also aus meiner Sicht die zweitbeste Lösung. - Interview Helfried Liebschs mit Manfred Stolpe: Ein Forum für ostdeutsches „Sondergut“, Neues Deutschland, 08./09.06.1996, S. 3.
- ¹⁴ Nach Zeitzeugenberichten haben 1945 im Kreis Saalfeld sozialdemokratische Genossen mehrfach KPD-Ortsgruppen gegründet, weil ihnen die sowjetischen Behörden eine sofortige Gründung einer Einheitspartei untersagt hatten.
- ¹⁵ Karl Marx: Einleitung. Zur Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Abteilung I, Bd. 2, Berlin 1982, S. 177.
- ¹⁶ Wie die Kommission mit diesem Parteitagsauftrag umging, wurde in Freudenberg deutlich, als Jochen Czerny, der dort zu allen drei Tagesordnungspunkten die Historische Kommission kenntnisreich, sachlich und nachdenklich vertrat, bekannte, nie von einem solchen Dokument gehört zu haben, und auch keine Hoffnung hatte, es in der Kommission wiederzufinden, sondern mich bat, es direkt zuzusenden.
- ¹⁷ Althaus stützte sich wesentlich auf eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS, die von der Bundesgeschäftsstelle der CDU (Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn) unter dem Titel „Nie wieder Sozialismus? Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei“ (Bonn, o.J.) herausgegeben worden ist.
- ¹⁸ PDS-Grundsatzprogramm, Präambel, Partei des Demokratischen Sozialismus. Programm und Statut, o.O., o.J., S. 1f.
- ¹⁹ Nie wieder Sozialismus?, S. 12.
- ²⁰ Ich meine jenes Verfahren, Geschichte, Struktur und Wirkungsweise des der Kritik unterworfenen Gegenstandes so genau immanent zu verfolgen, bis seine Widersprüche zutage treten, bis jene Punkte sichtbar werden, von denen aus er aufzusprennen, im dialektischen Sinne „aufzuheben“ ist.
- ²¹ Peter Weiss, Stücke II, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1977, S. 421.

- ²² Peter Weiss, Notizbücher 1960-1971, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1982, S. 716f.
- ²³ Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Bd. 3, S. 270.
- ²⁴ a.a.O., S. 274.
- ²⁵ ebd.
- ²⁶ In der Ästhetik des Widerstands machen die nüchternen, protokollartigen Stichworte, in denen Weiss nach seinem damaligen Wissensstand, wesentlich auf die Erinnerungen von Brandt, Wehner und Mewis sowie auf die Münzenberg-Biographie gestützt, diese Geschichte des Ringens um die Einheit erinnert, Hunderte von Seiten aus (Bd. I, Kapitel IX-XIV, XXI, XXVI-XXIX; Bd. II, Kapitel IV-V, XV-XVII, XX; Bd. III, Kapitel IV, X, XI, XVII).
- ²⁷ a.a.O., Bd. III, S. 272.
- ²⁸ Friedrich Engels, Anti-Dühring, in: MEGA, Bd. I/27, Berlin 1988, S. 446.
- ²⁹ Vgl. Sieg, Niederlage, Befreiung? 8. Mai 1945 - Die letzten Monate des Krieges in Gera und Deutschland in einer Chronik, zusammengestellt von der AG Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS, 1995; Karl-Heinz Petzke: Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945-1946, hrsg. von der AG Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS, 1996; Walter Hande: KPD und SPD in Gera auf dem Weg zur SED 1945-1946, hrsg. von der AG Geschichte beim Stadtvorstand Gera der PDS, 1996.
- ³⁰ a.a.O., Bd. II, S. 50.
- Die mit Peter Weiss bezogene Kritik am Streben nach Hegemonie ist kein Widerspruch gegen Gramscis Überlegungen zum Kampf um eine proletarische Hegemonie. Bei Gramsci ist sie als Gegenmacht gegen die Herrschenden gedacht. Weiss wendet sich gegen die Übertragung dieses Kampfes in die Bewegung von unten.
- ³¹ Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD, Punkt 4.5.
- ³² Eine wichtige Orientierungshilfe bietet Robert Cohen: Bio-Bibliographisches Handbuch zu Peter Weiss' „Ästhetik des Widerstands“, Argument Verlag, (Hamburg 1989).
- ³³ Vgl. dazu Dieter Strützel, Variationen des Überlebens. Peter Weiss' „Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der Welt der Destruktion“, in: Widerstand wahrnehmen, S. 170-241, vor allem S. 171 f.
- ³⁴ Peter Weiss, Die Ästhetik des Widerstands, Bd. I, S. 33.
- ³⁵ Ausführlich dazu: Dieter Strützel, Variationen des Überlebens, S. 182 ff., und die dortigen Verweise auf frühere Arbeiten des Autors.
- ³⁶ Zitate: Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Bd. I, S. 33, 133f., Bd. III, S. 270 sowie Peter Weiss, Rekonvaleszenz (= edition suhrkamp Neue Folge Bd. 710), Frankfurt am Main, 1991, S. 17.
- ³⁷ Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Bd. II, vor allem Kapitel XXXI-XXXIV.
- ³⁸ a.a.O., Bd. I, Kapitel XVII-XXXIII, sowie Bd. II, Kapitel XIX.
- ³⁹ Ausführlicher dazu Dieter Strützel, Variationen des Überlebens, S. 173 ff.
- ⁴⁰ Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Kapitel VIII-XVI.
- ⁴¹ Ausführlicher dazu Dieter Strützel, Variationen des Überlebens, S. 174 f., vor allem auch Anm. 53, S. 22.
- ⁴² Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Bd. III, S. 277.
- ⁴³ Peter Weiss, Stücke II, S. 410.

Edgar Hartwig

Zur Diskussion um die Gründung der SED in Thüringen

Unsere „Debatte“ war fällig, unabhängig vom 50. Jahrestag des Ereignisses. Versuchen wir, uns vorzustellen, wie der Vereinigung von KPD und SPD aus diesem Anlaß in der DDR gedacht worden wäre. Ich brauche das nicht zu beschreiben; wir alle werden ein in den Grundzügen gleiches Bild vor uns haben, in dem sich für eine Diskussion, wie wir sie in den vergangenen Monaten geführt haben, kein Platz findet. Was in der DDR anläßlich der vielen Jahrestage öffentlich diskutiert wurde, bewegte sich in den von der SED-Führung abgesteckten Grenzen. Tabus wurden in der Öffentlichkeit nicht in Frage gestellt, von einem Aufbegehren gegen Geschichtsfälschung ganz zu schweigen.

Die Auseinandersetzungen, die es auch über die Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen gab, belegen die Gängelei und die Eingriffe, mit denen die Einhaltung der in diversen Beschlüssen, Thesen, Grundrissen und Abrissen fixierten Leitlinien gesichert wurde, wobei wir durch weitgehende Selbstdisziplinierung und Verinnerlichung vieler Dogmen mitgeholfen haben. Wenn ich in diesem Zusammenhang auch im folgenden in der 1. Person Plural rede, soll das keine voreilige Verallgemeinerung sein. Ich meine zuerst mich und überlasse jedem die Entscheidung, ob er mit dem Wir angesprochen ist.

In den achtziger Jahren wurde im Auftrag der Bezirksleitung der SED an einer mehrbändigen Geschichte der Bezirksparteiorganisation Erfurt gearbeitet. Schon der Versuch, in diesem Zusammenhang die Politik der Thüringer SPD auf dem Wege zur Einheitspartei darzustellen (der sich keineswegs als Befreiungsschlag gegen alle Dogmen und Vorurteile ankündigte), verfiel dem Verdikt der „Betreuer“ des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED („Wir schreiben keine Geschichte der SPD“). Ich will diesen Mitarbeitern nicht zu viel Schuld an dem stumpfsinnigen Dirigismus zuschieben, der nicht nur in diesem Fall eine unerläßliche Diskussion vereitelte. Unsere persönliche Verantwortung möchte ich nie an die letzte Stelle setzen. Einwände, Verweigerung oder gar Widerstand gegen diese Praktiken gab es durchaus, in der Regel aber nur außerhalb der wohlbekanntem ideologischen Bannmeile. Das erwähnte Beispiel steht dafür, daß eine freie, kreative Diskussion über unser Thema unterbunden wurde, wenn sich auch nur ein Ansatz für eine „ideologische Abweichung“ in einer sogenannten Kernfrage vermuten ließ. Hätte es keine weiteren Gründe für unsere „Debatte“ gegeben, das genannte Defizit wäre wohl allein Grund genug gewesen. Das war offensichtlich auch die Meinung vieler Teilnehmer der Gespräche, die in den letzten Monaten auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand der PDS und der Arbeitsgemeinschaften bei den Kreisvorständen sowie des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft stattfanden. Oft genug klang die Forderung durch, umfassender, konkreter und kritischer eine Bilanz zu ziehen, die die Absichten, Hoffnungen und Visionen, aber auch die Vorbehalte, Befürchtungen und Widerstände von damals mit der Realität der folgenden fünfzig Jahre in Beziehung setzt. Wie das manche

aus persönlicher Sicht getan haben, das gehörte zu den bewegenden Erlebnissen in unseren Veranstaltungen. Im folgenden einige Bemerkungen zu den Problemen und Ergebnissen der Diskussion.

1. Sie war auf vielfältige Weise mit der aktuellen Politik verbunden, widerspiegelte politische Stimmungen. Offensichtlich ist auch mancher, der nicht direkt an der Debatte um den Zusammenschluß von SPD und KPD beteiligt war, angesichts der jetzigen Kapitaloffensive ins Nachdenken über jenes Ereignis gekommen, das vor 50 Jahren einen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse versprochen und wesentlichen Anteil daran hatte, daß Programme im Stile des heutigen sogenannten Sparprogramms der Bonner Regierung jahrzehntelang keine Chance hatten. Bei aller politischen Relevanz des Themas hatten wir aber eine Debatte über Geschichte. Was die politischen Aspekte des Themas anbelangt, war das Bemühen um differenzierende Sichtweise und ausgewogenes Urteil vorherrschend; grobschlächtige Verallgemeinerungen, die Glorifizierung der SED-Gründung oder ihre Verdammung blieben seltene Ausnahmen.

2. Ich habe den Eindruck, daß wir in diesen Veranstaltungen (wie in der Debatte über die Entstehung der SED überhaupt) der historischen Wahrheit ein Stück näher gekommen sind. Die historische Wahrheit ist, daß in dem Chaos, das der Hitlerfaschismus hinterlassen hatte, Hunderttausende Kommunisten und Sozialdemokraten sich zum gemeinsamen Kampf für ein neues Deutschland zusammenfanden, in dem Faschismus und Krieg, sozialer Not, Rassismus, Kulturbarbarei und anderen Schändlichkeiten der Boden entzogen sein sollte. Die historische Wahrheit ist aber auch, daß die sich formierende Einheitspartei von Anfang an belastet war mit politischen Doktrinen ihrer Herkunftsparteien und daß sie Zwängen ausgesetzt war, die nicht in Kürze zu kompensieren waren. Gerade diese Schwierigkeiten aber wurden in der DDR-Historiographie unter den Teppich gekehrt, u. a. durch eine selektive Darstellungsweise. Nur ein Beispiel, das für Thüringen von Bedeutung ist und in der Debatte eine große Rolle spielte: Hermann Brills Auffassung, daß 1945 das kapitalistische System nicht mehr existierte und deshalb der Sozialismus die unmittelbare Tagesaufgabe sei, wurde in vielen DDR-Publikationen mit Recht kritisiert. Aber die ganze Wahrheit wurde nicht gesagt: daß Zehntausende Thüringer Sozialdemokraten dieser Illusion anhängen und daß Otto Grotewohl und andere führende Sozialdemokraten ähnlich dachten. In seiner Rede vom 11. November 1945 sprach Grotewohl ausführlicher, als Brill das je getan hatte, in diesem Sinne.¹ Daß die KPD-Führung in einer Zeit, in der der Meinungs austausch über die strittigen Fragen als eine der entscheidenden Voraussetzungen für die angestrebte Einheit hervorgehoben wurde, diese gravierenden Differenzen mit den Repräsentanten der SPD nur in der erweiterten Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees am 19./20.11.1945 behandelte,² sie aber in der Öffentlichkeit einfach ignorierte, das hatte Methode, war ein Ausdruck der Anlehnung an taktische Grundsätze alter Einheitsfront-Politik. Diese Methode, mit der man das Fundament der künftigen Einheitspartei von vornherein beschädigte, wurde in der erwähnten Sekretariatssitzung auch Werner Eggerath für die Gestaltung seines Verhältnisses zu Brill empfohlen.³

Die Geschichtsschreibung der DDR hat Otto Grotewohl als in ihrem Sinne makellosen sozialdemokratischen Kämpfer für die Einheit der Arbeiterklasse dargestellt, der keine Schwierigkeiten mit der KPD hatte. Die Veröffentlichung seiner Reden vom 14. September, vom 11. No-

vember und vom 20. Dezember 1945 wurde unterbunden. Alle drei Reden enthielten Absagen an den schnellen Vereinigungskurs der KPD. Grotewohls kritische Gedanken wurden auch in den Buchausgaben seiner Reden und Aufsätze nicht publiziert; was Wunder, daß viele Teilnehmer unserer Gespräche meinten, die vorbehaltlose Bejahung der Vereinigung durch Grotewohl habe jederzeit außer Frage gestanden.

Natürlich unterstelle ich nicht einfach ein ambivalentes Verhältnis zur historischen Wahrheit, wie das in verschiedenen Publikationen auch über Thüringer Geschichte geschieht. Der Kunst des Weglassens, in der wir uns so geübt haben, als wollten wir dem Professor Menzel aus Günter de Bruyns „Märkische Forschungen“ nacheifern, lagen verschiedene Motive zugrunde, die durch Geschichte und politische Erfahrung gerechtfertigt schienen.

Die vorliegenden parteigeschichtlichen Darstellungen aus der DDR stellen die Politik der KPD zu unkritisch dar, verschweigen die Differenzen innerhalb der Thüringer Bezirksleitung, besonders in bezug auf ihre Haltung zum SPD-Landesvorstand, bedienen sich weitgehend einer klischeehaften Charakterisierung der Thüringer SPD und bieten zu wenig Einblick in die realen Vorgänge und Probleme des Vereinigungsprozesses. Zum Beispiel wurde ein so bedeutungsvolles Ereignis wie die Vereinbarung der Landesleitungen von KPD und SPD vom 9. Juli 1945⁴ in keiner Publikation dargestellt, weil es nicht in das Konzept des ZK der KPD bzw. der SED paßte.

Verständlicherweise war das Bedürfnis, über die früheren Tabu-Themen zu diskutieren, besonders groß. Einwände gegen ein gewisses Übergewicht solcher Themen hörte ich nur vereinzelt. Sie sind ernst zu nehmen, denn ausgewogene Proportionen sind für jedes Thema ein Problem. Aber die genannten Defizite mußten diese Proportionen mitbestimmen. Über eines sollten wir in diesem Zusammenhang auch nachdenken: Mir fiel auf, daß manche Gesprächspartner Kritiken an der KPD grundsätzlich als „negativ“ etikettierten, während das bei kritischen Bemerkungen zur SPD nicht zu hören war. Was steckt eigentlich hinter einer solchen Gewohnheit? Die Antwort darf ich offen lassen.

Ich schließe dieses Kapitel mit dem Bekenntnis ab, daß viele der Einsichten, die ich durch die Konfrontation mit den Fakten gewonnen habe, für mich schmerzhaft waren. Ich verstehe alle, die ihre ganze Kraft für eine einheitliche sozialistische Partei eingesetzt haben, wenn sie sich nun gegen bittere Erkenntnisse sperren. Aber gerade die Verbundenheit mit sozialistischem Ideengut verpflichtet uns, gegen unsere Schwierigkeiten mit der Wahrheit anzugehen.

3. Die Diskussionen offenbarten, daß die den Vereinigungsprozeß betreffenden historischen Fakten zu einem so beträchtlichen Teil nicht bekannt sind, daß der Weg zur Wahrheit nicht selten schon deshalb versperrt bleibt. Die Debatte hat sicher ein wenig mitgeholfen, wichtige Tatsachen bekannt zu machen, vor allem aber die Kompliziertheit des Vereinigungsprozesses zu veranschaulichen. Leider hat sich unsere Tagung am 10. Februar zu wenig mit dem schwierigen Weg zur SED in Thüringen befaßt, wurden vor allem zuwenig Ergebnisse einschlägiger wissenschaftlicher Untersuchungen vorgetragen. Die in der UNZ erschienene Information über die Tagung war so inhaltsarm, daß sie das Manko noch vergrößerte.⁵ Ohne mir anzumaßen, diese Scharte auswetzen zu können, gehe ich deshalb ein wenig über die Befugnisse des Be-

richterstatters hinaus und spreche über einige Fakten und Zusammenhänge, von denen ich meine, daß sie Gegenstand auch unserer weiteren Diskussion sein könnten.

Der widerspruchsvolle und schwierige Weg zur SED war in Thüringen durch spezifische Voraussetzungen gekennzeichnet, die Kurt Ludwig „Thüringer Besonderheiten im Einigungsprozeß“ genannt hat. Er nennt derer drei: die Auswirkungen der besonders früh einsetzenden und intensiven Faschisierung, die „Buchenwalderfahrten“ und die „Doppelerfahrung mit den Besatzungsmächten“.⁶ In unserer Debatte widerspiegelte sich darüber hinaus, wie nachhaltig der Vereinigungsprozeß von den bis zu den Anfängen der Arbeiterbewegung zurückreichenden Thüringer Traditionen beeinflusst wurde. Das beschränkte sich nicht auf die vielberufenen Parteitage in Eisenach, Gotha und Erfurt, sondern betraf die tief verwurzelten Traditionen des Einheitsstrebens (auch hier das Für und Wider eingeschlossen) in weit vielfältigeren Erscheinungsformen. Von ihnen erfuhren wir z. B. durch die Schilderung mancher biographischer und familiengeschichtlicher Details. Zweifellos haben die geographische Lage Thüringens sowie seine soziale und wirtschaftliche Struktur auch Bedeutung für die Entwicklung politischer Bewegungen. Der an sich begrüßenswerte Versuch Manfred Overeschs, den Zusammenhang dieser Bedingungen mit der Geschichte der Vereinigungsbestrebungen in Kooperation mit den „zuständigen“ Fachdisziplinen darzustellen, hat jedoch auf Grund der Überhöhung geopolitischer Gesichtspunkte zu einigen absurden Wertungen geführt. Ausgehend von der zentralen Lage Thüringens, erscheint schließlich sogar die Förderung der Einheitsbewegung unter der Führung der Kommunisten durch die sowjetische Besatzungsmacht als Versuch des Slawentums, sich in Thüringen die Ausgangsbasis für weitere Expansion, vor allem für den Sprung ins Ruhrgebiet zu schaffen. Im Zusammenhang mit seiner nivellierenden Bewertung von faschistischer und kommunistischer Bewegung prägt Overesch für die Gründung der SED in Thüringen den denunziatorischen Begriff: „Machtergreifung von links“.⁷

In den Aussprachen ging es weit mehr als in der Pressediskussion und in unserer Tagung am 10. Februar um die grundsätzliche Haltung der beiden Parteien zur Vereinigung, was die Inhalte ihrer politischen Konzeptionen, die Modifikationen ihrer Haltung und das Verhältnis der spezifischen Ziele jeder der beiden Parteien zu ihren gemeinsamen Interessen einschloß.

Zum zuletzt genannten Problem: Schon in der Volksfrontarbeit in Buchenwald hatte es nicht nur Gemeinsamkeiten gegeben, sondern brachen auch immer wieder konkurrierende Interessen von SPD und KPD durch. Die Gründung des Bundes demokratischer Sozialisten war ein Versuch Brills, die Spaltung durch die Integration von KPD und SPD in einen Einheitsbund zu beenden, sie sollte aber gleichzeitig die KPD paralysieren und sie sozialdemokratischen Vorstellungen unterordnen. Der Verzicht der KPD auf eine gründliche Diskussion des Brillischen Konzepts, die ihre Thüringer Bezirksleitung Mitte April 1945 zunächst beabsichtigt hatte,⁸ ließ eine Chance, einen gemeinsamen Weg zu finden, ungenutzt. Andererseits stärkten die Erfolge des Thüringer Komitees unter der Führung der KPD deren Zuversicht, über die Aktionseinheit zur organisatorischen Einheit zu kommen und dabei ihre dominierende Stellung gegenüber der SPD zu sichern. Dominierungsversuche gab es also auf beiden Seiten, und den Leitungen beider Parteien war das auch bewußt. Parteiegoismus war auf Grund der langen Eigenständigkeit

und geschichtlichen Entwicklung der Parteien, ihres unterschiedlichen politischen Profils auch im gemeinsamen Handeln unvermeidlich. Beide Parteien waren durch das Parteiensystem der Weimarer Republik geprägt worden. Parteigoismus war (und ist) ein Wesenszug des Parteiensystems und jeder Partei. Es gab deshalb angesichts der bitteren Lehren der Geschichte, der gemeinsamen Aufgaben und des in beiden Parteien vorhandenen Willens zur Einheit keine andere Möglichkeit, als den Kompromiß zu suchen, der vielleicht auch eine neue Form der Gemeinsamkeit hervorbringen konnte. Solange die beiden Thüringer Parteiorganisationen relativ unabhängig von zentralen Leitungen agieren konnten, war ihr Kontakt produktiv, was u.a. durch die Vereinbarung über die Schaffung der Einheit des werktätigen Volkes vom 9. Juli 1945 belegt wird. Die gegensätzlichen Bestrebungen waren mit diesem Abkommen nicht ausgeräumt, aber beide Parteien einigten sich auf das Ziel, aus ihnen herauszukommen. Dieser produktive Ansatz wurde durch das ZK der KPD mit Unterstützung der am gleichen Tage eingerichteten SMA Thüringen zunichte gemacht. Der Landesvorstand der SPD beschloß auf Grund dieser Vorkommnisse offiziell, jeden Kontakt mit der KPD abzubrechen (was sich bald als unrealisierbar erwies). Parallel mit dem Abschluß der Vereinbarung vom 9. Juli war es in Thüringen zu zahlreichen gemeinsamen Aktionen und Vereinbarungen von Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen. Der Eingriff des ZK-Beauftragten und der sowjetischen Militärbehörden versetzte diesen Bestrebungen einen schweren Schlag und belastete den gesamten Vereinigungsprozeß. In den kommenden Monaten hielt sich die Thüringer KPD-Bezirksleitung konsequent an die Linie des ZK der KPD, vorläufig keine Einheitspartei anzustreben. So war es von der KPD-Führung in Moskau am 21.11.43 beschlossen worden,⁹ wobei das dehnbare „vorläufig“ alle Möglichkeiten offen hielt. Ich hebe das hier hervor, weil in der Diskussion wiederholt die Meinung geäußert wurde, die KPD sei stets für die Vereinigung eingetreten. Im Prinzip ja. Aber bis August 1945 gab es, auch in Thüringen, eindeutige Absagen an Vereinigungsbestrebungen, und KPD-Bezirkssekretär Georg Schneider hat dabei meist das „vorläufig“ weggelassen und vom Eintritt der Sozialdemokraten in die KPD geträumt. Auf die Haltung der bisherigen Bezirksleitung anspielend, sagte er auf der ersten Funktionärkonferenz der KPD Thüringens am 15. Juli 1945: „Dann hoffe ich natürlich, daß die Genossen, nachdem sie beschlossen haben, eine einheitliche Kommunistische Partei zu gründen, hier nicht in den Fehler verfallen sind, wie ihn die SPD hier in Thüringen haben wollte, nämlich eine Verschmelzung der KPD mit der SPD anzustreben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir selbstverständlich in unsere Partei die besten Leute der SPD aufnehmen. ... Im großen und ganzen aber müssen wir davon absehen, heute eine gemeinsame Einheitspartei zu gründen.“¹⁰ Herbert Hetzelt hat in einer Polemik gegen Wolfgang Leonhard, der auf Einladung der PDS-Fraktion des Thüringer Landtags am 31. Mai 1996 über unser Thema sprach, eine ungebrochene Kontinuität in der Haltung der KPD zur Einheitspartei seit 1939 unterstellt.¹¹ Recht hat er mit der Feststellung, daß der Ausdruck „Einheitspartei“ schon auf der „Berliner Konferenz“ benutzt wurde. Wilhelm Pieck sprach dort sogar von „der Schaffung einer sozialistischen Einheitspartei“.¹² Abgesehen davon, daß die Politik des Jahres 1945 mehr nach den realen Vorgängen dieser Zeit als nach Erklärungen des Jahres 1939 bewertet werden muß, ist die Resolution der „Berliner Konferenz“ von 1939 kein Argument für

die Kontinuität, weil sie von anderen historischen Bedingungen ausging, andere Prioritäten setzte und durch den erwähnten Beschluß vom November 1943 relativiert wurde. 1939 orientierte die KPD-Führung auf eine relativ schnelle Vereinigung von kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen in Betrieben und Orten auf der Grundlage einer „Aktionsplattform zum Sturze Hitlers und zur Schaffung einer neuen demokratischen Republik“, der Zusammenschluß in der Einheitspartei wurde „nur als ein sehr wichtiger Schritt zur Einheit“ bezeichnet, die Klärung ideologischer und politischer Positionen mehr als eine langfristige Aufgabe innerhalb der Einheitspartei gesehen.¹³ „Erst Klärung“, hieß es dagegen im Beschluß von 1943. Natürlich bieten solche Formulierungen einen großen Interpretationsspielraum. Was heißt „Erst Klärung“? Eine gewisse Priorität von Positionsbestimmung kann niemand ernsthaft bestreiten. Auf den Inhalt und das Maß der Unbedingtheit einer solchen Voraussetzung kommt es an. Heranführung an die Einheit durch die Aktionseinheit und die Gewinnung einer tragfähigen gemeinsamen politischen Plattform – das wurde allem Anschein nach von den meisten Mitgliedern beider Parteien von Anfang an akzeptiert. In dieser allgemeinen Form bekannten sich sowohl die Thüringer Bezirksleitung der KPD als auch der Landesvorstand der SPD tatsächlich in ungebrochener Kontinuität zur Einheitspartei, jedenfalls in offiziellen Erklärungen, auch zu Zeiten zugespitzter Kontroversen. Man muß aber fragen, inwieweit solche Stellungnahmen relativiert oder aufgehoben wurden, in welchen ungefähren Zeiträumen gedacht wurde und ob sich mit diesem Bekenntnis Kompromißbereitschaft oder aber der Wille zur Gestaltung der Einheitspartei nach dem Modell der eigenen Partei bzw. zur Aufsaugung des Partners verband. Auch innerhalb der beiden Landesleitungen gab es in dieser Hinsicht keine Einheitlichkeit. Im Unterschied zu Heinrich Hoffmann, Gustav Brack und Curt Böhme bestand Brill im Prinzip stets auf einem Führungsanspruch der Sozialdemokraten, wofür er stärksten Rückhalt bei der Mehrheit der Kreisvorsitzenden fand, die eine einheitliche sozialdemokratische Partei wollten. Die selbstgerechte Art, in der Georg Schneider, im Gegensatz zu den ehemaligen Buchenwaldern in der Bezirksleitung, den Führungsanspruch der KPD geltend machte, gab sektiererischen Tendenzen in der KPD Auftrieb, reaktivierte insbesondere das Einheitsfrontdenken alten Stils. Brill, der nach dem erwähnten Eklat im Juli 1945 mehr und mehr die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und die Vereinigungsbestrebungen hintertrieb, nutzte dabei Verstöße der KPD gegen das Prinzip der Gleichberechtigung geradezu akribisch aus.

Aus dem Komplex von Ursachen, die ab Ende September 1945 die Orientierung der KPD auf die Schaffung einer einheitlichen Partei bewirkten, war für Thüringen die zunehmende politische Stärke der SPD von besonderem Gewicht. Der Mitgliederstand der KPD stagnierte bis September 1945 bei 12.000 Mitgliedern, stieg aber bei der SPD beträchtlich, nämlich von nur 3.900 im August auf 28.917 Ende September. Die Ablösung von Georg Schneider und die Einsetzung Werner Eggeraths als Bezirkssekretär, am 8. Oktober vom Sekretariat des ZK beschlossen und von Wilhelm Pieck durchgesetzt, war offensichtlich von der Absicht bestimmt, im Interesse der angestrebten Vereinigung demonstrativ das Verhältnis der Thüringer KPD-Führung zur SPD zu ändern. Sektierertum, Bevormundung und Besserwisserei, schließlich auch undemokratische Praktiken hatten zur Verschlechterung der Atmosphäre beigetragen.

Brill verschärfte die Spannungen absichtlich. Seine Beratungen mit den Kreisfunktionären wurden immer mehr von unsachlichen Polemiken beherrscht und offenbarten nicht nur Verbitterung wegen des erduldeten Unrechts, sondern liefen auf eine prinzipielle Absage an ein Zusammengehen mit den Kommunisten hinaus. Während z.B. Tausende von SPD-Mitgliedern gemeinsam mit ihren KPD-Genossen die „Thüringen-Aktion gegen Not“ organisierten, verleumdete Brill diese als Propagandakampagne der Kommunisten. An der SPD-Basis und auch im Landesvorstand regte sich, allerdings in sehr gemäßigter Form, Widerstand gegen diese Obstruktionspolitik. Eggerath, unter dessen Leitung sich die KPD-Landesorganisation und deren Zusammenarbeit mit der SPD festigten, gelang es sogar, erstaunliche Vereinbarungen mit Brill zu erreichen, was erkennbar mit seinem Vorgehen gegen vertrauensstörende Praktiken, vor allem in einigen Kreisorganisationen der KPD, zusammenhing. Brill verfiel allerdings immer wieder in seine antikommunistischen Attacken. Obwohl er bereits am 6. Dezember 1945 zum Berater des Chefs der USA-Militärregierung in Berlin berufen worden war, nahm er ohne offizielles Mandat des Landesvorstandes an der Sechziger-Konferenz am 20./21. Dezember teil und schrieb danach jenen Artikel, der zum Anlaß seines Ausscheidens aus dem Landesvorstand, richtiger gesagt: als Vorwand für eine Kampagne gegen ihn benutzt wurde.¹⁴ Er war bei weitem nicht durch solch einen aggressiven Ton gekennzeichnet wie andere Äußerungen Brills; und seine Interpretation der Sechziger-Konferenz stimmte in den wichtigsten Punkten mit Stellungnahmen des Zentralausschusses der SPD überein, die kurz nach dem Eklat veröffentlicht wurden (Schreiben des Zentralausschusses vom 4. Januar und Beschluß vom 15. Januar).¹⁵ Heinrich Hoffmann hat die Kernpunkte dieser Interpretation sogar in der Thüringer SPD-Organisation verbreitet: „1. Keine organisatorische Vereinigung beider Arbeiterparteien im Bereich von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone; 2. Die Herstellung der organisatorischen Einheit kann nur durch den Beschluß eines Reichsparteitages erfolgen.“¹⁶ Die Sechziger-Konferenz hatte in diesen beiden Punkten keine definitiven Entscheidungen getroffen. Darauf gehe ich an anderer Stelle noch ein. Im übrigen wurde Brill nicht, wie dutzendmal geschrieben wurde, vom Landesvorstand abgesetzt. Dieser hat den Artikel sogar ausdrücklich gutgeheißen.¹⁷ Aber Mitglieder des Landesvorstandes wurden von der SMATH massiv unter Druck gesetzt und beauftragt, Artikel gegen Brill zu schreiben, deren Inhalt exakt festlegt war. Kurz: es war eine beschämende Kampagne.

Auf unserer Tagung am 10. Februar war zu hören, daß wir Brill zu viel Ehre erweisen, wenn wir so ausführlich über ihn sprechen. In solchen Bemerkungen schwingt mir zu viel mit von seiner simplen moralischen Aburteilung, die in der DDR gang und gäbe war. Verrat der Arbeiterinteressen, Agententätigkeit für den USA-Geheimdienst und Unlauterkeit in Finanzangelegenheiten waren die Hauptpunkte der Anschuldigung, mit deren vager Begründung ich mich an dieser Stelle nicht auseinandersetzen kann. Die Frage, ob es möglich war, diesen Antifaschisten, den die Nazijustiz zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt hatte, für ein Zusammengehen zu gewinnen, beantworteten jedenfalls seine Buchenwalder Kameraden aus der Bezirksleitung der KPD nicht so negativ. Ihre Autorität hatte sicher maßgeblichen Anteil daran, daß sich das Sekretariat der KPD-Bezirksleitung im Oktober 1945 gegen die Vertreter eines „scharfen“ Kurses auf die Formel „Nicht gegen ..., sondern um Dr. Brill wird gekämpft“¹⁸ festlegte. Aus ei-

nem Schriftwechsel, den der erste Politische Leiter der Bezirksleitung, Johannes Brumme, 1947/48 mit Brill führte, geht hervor, daß auch er sich trotz aller Differenzen seine Achtung vor Brill bewahrt hatte,¹⁹ und ein Mitglied des damaligen Sekretariats der KPD-Bezirksleitung äußerte erst vor wenigen Wochen mir gegenüber seine Überzeugung, daß man ihn tatsächlich hätte gewinnen können. Freilich hing das nicht nur von den Umgangsformen, sondern in letzter Konsequenz vom politischen Kurs der Bezirksleitung ab, der selbstverständlich nicht in erster Linie in Thüringen bestimmt wurde. Weitgehend gab es aber in der Bezirksleitung auch innere Übereinstimmung mit der Kursbestimmung, die Franz Dahlem in der Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19./20. November 1945 wie folgt kennzeichnete: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß die konsequente, schrittweise Annäherung, das enge Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten bis zur Erreichung des Ziels, der Vereinigung, ein ständiger Prozeß der Liquidierung aller Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie, des Sozialdemokratismus, ist.“²⁰ Damit bin ich auf einem zu „weiten Feld“, das wir allerdings nie außer acht lassen dürfen, wie das bei der Diskussion über den engen Thüringer Problembereich allzuoft geschah.

Die auf der Ersten Sechziger-Konferenz angenommene EntschlieÙung wurde in Thüringen von vielen Mitgliedern beider Parteien als Auftakt für eine neue Phase des Einheitsstrebens empfunden, das im Laufe des Dezember mit der „Thüringen-Aktion gegen Not“ starken Auftrieb besonders in den Städten, Dörfern und Betrieben erhalten und nun auch zur Übereinstimmung der zentralen Leitungen über den baldigen Zusammenschluß geführt zu haben schien. Die Zustimmung aus den Reihen der KPD war eindeutig am stärksten. Den meisten Mitgliedern der KPD war aber nicht bewußt, welche Differenzen sich hinter den Kompromißvereinbarungen der Sechziger-Konferenz verbargen und daß aus deren EntschlieÙung ganz gegensätzliche Schlußfolgerungen gezogen werden konnten. Einige Vorschläge der KPD (u.a. Möglichkeit der Vereinigung im Landesmaßstab) waren aus ihrem Entwurf lediglich gestrichen, die konträren Standpunkte der SPD (u.a. Vereinigung nur durch einen Reichsparteitag) aber nicht in die EntschlieÙung aufgenommen worden. Viele SPD-Mitglieder bestanden darauf, daß die Nichterwähnung eines Reichsparteitages nicht als Verzicht auf diese Forderung interpretiert werden dürfe, zumal der Parteivorstand diesen Standpunkt auf der Konferenz vertreten und nie widerrufen hatte, was durch die erwähnte Information Hoffmanns in der Landesorganisation der SPD auch bekannt war. Wie auch unsere Gespräche offenbarten, ist kaum bekannt, mit welchem Nachdruck Otto Grotewohl sich namens des Zentralausschusses vom Standpunkt der KPD distanziert hatte. Aber ein Satz aus seiner Rede, der auch schon in den vier Monaten vor dem Vereinigungsparteitag immer wieder zitiert wurde, gehört auch heute noch zu unserem Zitatenschatz: „Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig.“ Ich zitiere einige Sätze aus derselben Rede, die erahnen lassen, welche Gewissenskonflikte in der SPD dadurch heraufbeschworen wurden, daß die KPD, massiver denn je von der Besatzungsmacht unterstützt, die Bedenken und Forderungen mit der einseitigen Auslegung der EntschlieÙung vom Tisch wischte, keine Diskussion, nicht einmal eine Information darüber zuließ und genau das durchzusetzen begann, was sie im Interesse der Zustimmung durch die SPD aus ihrem EntschlieÙungsentwurf gestrichen hatte: „Wir sind aber nicht überzeugt davon, daß der Weg, den das ZK der KPD für die Herbeiführung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse

vorgeschlagen hat, der richtige ist. ... Mit Bedenken stehen wir auch dem Wege gegenüber, den das ZK zur Vorbereitung der organisatorischen Verschmelzung der beiden Parteien vorgeschlagen hat. Auf diesem Wege leitet uns ein einziger Gesichtspunkt: die SPD ist davon überzeugt, daß es gelingen muß, beide Parteien im ganzen Reich zu vereinigen. ... Wir sind aber der Überzeugung, daß die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse in der Sowjetzone allein unter den heute gegebenen Verhältnissen es unmöglich machen wird, die Einheit der Arbeiterklasse im übrigen Deutschland mindestens durch uns herbeizuführen. ... Hier liegen nach der Auffassung des ZA der SPD Auffassungen von einer Gegensätzlichkeit zutage, für die es eine Brücke vielleicht nicht gibt, wenn das ZK der KPD auf seinem Standpunkt strikt beharren würde.²¹ Die Bezirksleitung der KPD polemisierte nicht im geringsten gegen Grotewohl und den Zentralausschuß, sondern ersetzte die sachliche Auseinandersetzung durch die Angriffe auf Brill. Dieses Vorgehen wirkte natürlich weit über Thüringen hinaus als Lehrbeispiel, besonders für diejenigen, die den von der SPD-Führung auf der Sechziger-Konferenz vorgebrachten Einwänden anhängen. Zu ihnen gehörte als der prominenteste und wohl einflußreichste unter den Thüringer Sozialdemokraten auch August Frölich. An sein vielzitiertes Bekenntnis zur Einheit, das er, anknüpfend an die Zusammenfesselung mit Theodor Neubauer, ablegte, hat nicht nur sein Enkel in der Tagung am 10. Februar erinnert.²² Diese auch heute noch zu Herzen gehenden Worte unterstreichen allerdings auch, daß, wer eine ablehnende Haltung gegenüber einer zonenbegrenzten Gründung der Einheitspartei hatte, kein Gegner der Vereinigung sein mußte. Am 31. Dezember 1945 erklärte Frölich vor Major Viktor Babenko von der SMATH: „Im Rahmen der Reichseinheit soll die Einheit auf einem Reichsparteitag beschlossen werden. ... Nicht Zusammenschluß in Ortsvereinen, Kreisen, Provinzen, Ländern oder Zonen ...“²³ Noch in der Sitzung des Landesvorstandes am 21. Januar betonte Frölich, „daß in einer zu schnellen und nur zonenweisen Vereinigung große Gefahren für die Zukunft liegen.“²⁴ Daß diese Auffassung trotz der verstärkten Zustimmung zur Vereinigung Mitte Januar 1946 noch verbreitet war und vor allem SPD-Mitglieder bei ihrer Zustimmung zur Vereinigung den Reichsparteitag als selbstverständlich voraussetzten, bleibt in DDR-Darstellungen zur Thüringer Vereinigungsgeschichte unbeachtet. Die Entschließung der ersten gemeinsamen Funktionärkonferenz beider Landesleitungen am 6. Januar 1946 widerspiegelte nicht nur, daß die Vereinigungsbewegung an Boden gewonnen hatte, sondern auch, daß eine gemeinsame Entscheidung über die Vereinigung in der sowjetischen Besatzungszone nicht gefallen war. Das Problem wurde in der Entschließung nicht erwähnt.²⁵ Durch die Zuspitzung der Polemik auf den Fall Brill gelang es, ohne den Zentralausschuß oder auch die Kontrahenten in der Thüringer SPD direkt anzugreifen, die genannten Einwände nahezu zu kriminalisieren. Freilich lag der Forderung nach dem Reichsparteitag nicht immer die Befürchtung zugrunde, durch einen nur regionalen Zusammenschluß die nationale Spaltung zu fördern, sondern oft auch die Absicht, durch die Vertröstung auf den immer unwahrscheinlicher werdenden Reichsparteitag die Einheitspartei überhaupt zu verhindern. Die dieses Ziel verfolgten, konnten das, besonders unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse, aber auch aus Sorge um das Schicksal der sozialistischen Bewegung tun, andere taten es aus antisozialistischen Haltungen heraus. Das Fehlen einer sachlichen, inhaltlichen Diskussion erschwerte die Differenzierung solcher Motivationen. Eine offene Diskussion hätte der

massenhaften Zustimmung zur Vereinigung keinen wirklichen Abbruch getan, aber sie hätte bestimmt zu einer tieferen Verinnerlichung geführt, wahrscheinlich auch zu einer Reduzierung des Tempos, was der Sache dienlich gewesen wäre. Aus heutiger Sicht mag die damalige Hoffnung auf einen Reichsparteitag der SPD als reine Illusion erscheinen, für viele Sozialdemokraten war das im Januar 1946 nicht so. In dem nur oberflächlich gut durchschaubaren, in der Tiefe aber undurchsichtigen Für und Wider waren offensichtlich vor allem die Mitglieder der SPD hin- und hergerissen. Im Ortsverein Zella-Mehlis (1.031 Mitglieder am 31.12.1945), wo es eine gute Zusammenarbeit mit der KPD gab, bekannte sich die „Generalversammlung“ am 20. Februar 1946 zum „Ineinanderwachsen beider Parteien“, nach Bekanntwerden der unterschiedlichen „Ansichten“ entschloß sich der Vorstand aber zum „Abwarten“.²⁶

Die Angaben über die besonders seit Anfang Januar rasch steigenden Mitgliederzahlen lösten in unseren Veranstaltungen zuweilen Erstaunen aus. Einige Publikationen führen dieses Anwachsen, soweit es die SPD betrifft, auf deren größere Anziehungskraft und was die KPD betrifft, auf deren enormen Organisationsaufwand zurück. Auch hier sind die Verabsolutierungen fehl am Platze. Zu beachten ist, daß sich die Mitglieder in Parteien anmeldeten, von denen sie wußten, daß sie bald in einer Einheitspartei verschmelzen werden. Unter diesem Gesichtspunkt den Zustrom als Votum für die Einheitspartei zu deuten, stieß auf Widerspruch. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wie berichtet wurde, Mitglieder eingetreten sind, auch geworben wurden, um der einen oder der anderen Partei mehr Einfluß innerhalb der künftigen Einheitspartei zu sichern, vielleicht also gerade, weil sie gegen die Vereinigung waren. Die Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Stadtvorstand der PDS in Gera hat in ihrer Broschüre „KPD und SPD in Gera auf dem Weg zur SED“ hervorgehoben, daß es auch noch in der Phase der unmittelbaren Vorbereitung der Einheit in beiden Parteien Bestrebungen gab, das Profil der neuen Partei möglichst weitgehend nach den eigenen Vorstellungen zu prägen. Ich glaube aber nicht, daß mit einer solchen Motivation ein Masseneintritt zu erreichen gewesen wäre. Der starke Mitgliederzuwachs hatte schließlich auch zur Folge, daß der Anteil der Mitglieder, die ein durch lange Parteizugehörigkeit gefestigtes Identitätsbewußtsein als Sozialdemokraten oder Kommunisten hatten, erheblich sank. Das wirkte parteiegoistischen Tendenzen entgegen und begünstigte zweifellos die Bereitschaft zum Zusammenschluß. In Thüringen stieg die Zahl der Mitglieder vom 1. Januar bis 28. Februar 1946 bei der KPD von 40.783 auf 62.000, bei der SPD von 45.000 auf 75.000. Von den 40.783 KPD-Mitgliedern waren 6.240 bereits vor 1933 in der KPD (15%) und 3.713 in der SPD (9%).²⁷ Die Flut von Zustimmungserklärungen in Wort und Tat, die den Vereinigungsprozeß verstärkt seit Januar 1946 begleiteten, widerspiegelt einen starken Rückhalt des Einheitsstrebens in beiden Parteien und in großen Teilen der Bevölkerung überhaupt. Man darf aber nicht ausblenden, daß diese Bewegung mit großem Aufwand vor allem von der KPD „angekurbelt“ und „organisiert“ worden ist. Keinesfalls aber hatte diese Bewegung eine solche Schubkraft, daß das Tempo auf Kosten einer gründlichen Aussprache über wesentliche Differenzen beschleunigt werden mußte.

4. Die Arbeitsgemeinschaft Geschichte der Kreisorganisation des Ilmkreises hat in ihrer Broschüre „Brüder, in eins nun die Hände“ auf die Bedeutung der Besatzungsmächte für den Vereinigungsprozeß aufmerksam gemacht. Es stimmt: Zahlreiche sowjetische Militärs haben

freundschaftliche Hilfe auf taktvolle Weise gegeben. Bei den meisten westdeutschen Autoren findet sich nicht eine Spur der Anerkennung dieser Tatsache und des Verständnisses für die schwierige Lage dieser Offiziere. Sie waren eingebunden in ein Besatzungsregime, das, völkerrechtlich legitimiert, in einem Land Regierungsgewalt auszuüben hatte, von dem ein verbrecherischer Krieg gegen ihre Heimat ausgegangen war. Diesen Auftrag hatten sie zu erfüllen im Rahmen des stalinistischen Systems, das auch die Persönlichkeit eines jeden geprägt hatte. Wir wissen, daß auch dieses Thema in der DDR tabu war. Daß wir nun endlich in einer durchweg sachlichen Diskussion z. B. über die Übergriffe sowjetischer Instanzen gesprochen haben, die dem Vereinigungsprozeß schweren Schaden zugefügt haben, hat mir jedenfalls die Bedeutung dieses bisher vernachlässigten Aspekts der Forschung und der Diskussion stärker bewußt gemacht. Die SMATH hatte großen Anteil an den Repressalien gegen Brill, mischte sich direkt in die inneren Angelegenheiten der Parteien ein, übte Druck besonders auf SPD-Funktionäre aus. Heinrich Hoffmann schwankte deshalb oft zwischen Auflehnung und Unterwerfung, aber lernte auch das menschliche Verständnis und die freundschaftliche Hilfe sowjetischer Offiziere kennen. Die vorliegenden Materialien zur Rolle der SMATH geben viel Anlaß zum Nachdenken, enthalten viele Anknüpfungspunkte für die Forschung. Ohne sich in Spekulationen zu ergehen, kann man feststellen, daß die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Parteien umfassend war und bis in viele Details ging.

5. Noch einige Bemerkungen zu Heinrich Hoffmann, der zu den am meisten umstrittenen Akteuren der Thüringer SPD und SED gehört. Unter seinem Vorsitz wurde die Thüringer SPD zum Schrittmacher für die Vereinigung der beiden Parteien in der sowjetischen Besatzungszone. In mehreren Veröffentlichungen wird dafür keine andere Erklärung gefunden, als daß er ein verkappter Kommunist und Handlanger der Besatzungsmacht gewesen sei. Eine solche simple Deutung liefert auch Gunter Ehnert in einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Schrift. Das zur Verfügung stehende Archivmaterial über Hoffmann wäre eine ausgezeichnete Grundlage für eine biographische Skizze, die verstehen helfen könnte, wie das Engagement nicht nur dieses prominenten Sozialdemokraten durch ein wechselhaftes Zusammenspiel von sozialistischen Überzeugungen, politischem Verantwortungsbewußtsein, objektiven Zwängen, Anpassung und anderen Faktoren bestimmt wurde, zu denen auch persönliche Eigenheiten und menschliche Schwächen gehörten. Die SPD-Geschichtsschreibung macht es sich oft zu leicht mit den Biographien jener SPD-Funktionäre in der sowjetischen Besatzungszone, die sich nicht in das Konzept der Zwangsvereinigung einpassen lassen. Leider ist das folgende Beispiel kein Einzelfall von leichtfertigem Umgang mit Informationen, der, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, durch die Bindung an Dogmen immer begünstigt wird. Ehnert gibt einen Bericht Hoffmanns wieder, nach dem, als dieser mit seiner Familie Mitte Oktober die Familie Eggerath in deren Wohnung in der Weimarer Schwanseestraße besuchte, dort „zufällig“ (von Ehnert apostrophiert) Walter und Lotte Ulbricht erschienen. Er bewertet dieses Treffen als Indiz für die engen Beziehungen Hoffmanns zur KPD-Bezirksleitung und für deren Spaltungstaktik gegenüber der SPD.²⁸ Dieses Treffen kann aber so nicht stattgefunden haben. Wie aus der von Ehnert benutzten Akte ersichtlich ist, wohnte Eggerath in der fraglichen Zeit im Hotel „Germania“. Er erklärte, daß die genannten Personen niemals in seiner Wohnung waren. Eine

von Hoffmann genannte Zeitzeugin bestätigt das. Am 30. Mai 1970 schrieb Hoffmann dazu: „Das ist wiederum ein drastisches Beispiel dafür, daß man sich im Alter nicht mehr auf sein Erinnerungsvermögen verlassen kann. Es geht nach 25 Jahren manches durcheinander. Zeitangabe und Gesprächsthemen stimmen nicht miteinander überein. Vermutlich habe ich 1945 mit dem Herbst 1946 verwechselt und auch das Gesprächsthema aus Diskussionen mit anderen Partnern (Bernard Koenen, Max Fechner, O. Grotewohl) einfließen lassen. Was nun? Für den Papierkorb wäre mein ‘Roman’ eigentlich zu schade.“²⁹ Das hat Ehnert offensichtlich ähnlich gesehen und deshalb den „Roman“ einer zweckdienlichen Verwendung zugeführt. Obwohl nicht nur in diesem Fall die Art des Umgangs mit historischen Fakten zu kritisieren ist, bin ich weit davon entfernt, die Darstellung in Bausch und Bogen zu verdammen, wie das in unserer Diskussion leider auch vorgekommen ist. Hier und in einer anderen, auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Broschüre werden trotz der Bindung der meisten Autoren an die These von der Zwangsvereinigung (Malycha mit seiner differenzierteren Sicht ausgenommen) Fakten und Zusammenhänge dargestellt, deren Kenntnis für ein realistisches Bild vom Weg zur Einheitspartei in Thüringen unerlässlich ist. Deshalb kann ich auch Günter Schwades undifferenziert negativem Urteil über Ehnerts Darstellung nicht zustimmen, obwohl ich im Kernpunkt seiner Kritik (politisch vorbestimmte Faktenselektion) mit ihm einer Meinung bin.³⁰

Wider Erwarten hat es in unseren Gesprächen keine große Polemik für oder gegen den Begriff der Zwangsvereinigung gegeben. Das Kennenlernen der Fakten ermöglichte offensichtlich einen tieferen Einblick in die Vielschichtigkeit des Problems, so daß seine Reduzierung auf das bekannte Klischee kein wesentlicher Diskussionspunkt wurde. Das gilt zumindest für die Veranstaltungen, zu denen die Kreisarbeitsgemeinschaften eingeladen hatten. Übrigens haben sich einige SPD-Mitglieder, am zahlreichsten in Weimar, in sachlicher Weise an der Diskussion beteiligt und erkennen lassen, daß sie nicht mit den Scheuklappen einer Doktrin ausgestattet sind. Natürlich wurde auch darüber gesprochen, daß Zwang in verschiedenen Formen eine große Rolle gespielt hat und daß das persönliche Urteil von Betroffenen stärker durch diesen Fakt geprägt sein muß. Das rechtfertigt aber keineswegs, im Gesamturteil auf Objektivität und Ausgewogenheit zu verzichten.

Die Fixierung auf den Begriff „Zwangsvereinigung“ hat Ignoranz gegenüber der historischen Tatsache zur Voraussetzung, daß sich Hunderttausende für den Zusammenschluß der beiden Parteien freiwillig engagiert haben. Unsere Diskussion hat den zahlreichen Belegen hierfür neue hinzugefügt und auch dadurch deutlich gemacht, daß die notwendige Korrektur vereinfachter Vorstellungen und ein differenzierendes Urteil über den Zusammenschluß der beiden Parteien diese Fixierung ausschließen. Besonders aufschlußreich waren in diesem Zusammenhang Informationen über die Vielgestaltigkeit der Aktionsgemeinschaft in den Orten und Betrieben sowie über Abstimmungen, die entgegen den zentralen Vereinbarungen in viel größerem Maße als allgemein bekannt stattfanden und trotz aller Schwierigkeiten und Differenzen eine deutliche Option für die Vereinigung erbrachten.³¹

Getreu den Jahrestagstraditionen unseligen Angedenkens ist unsere Debatte abrupt beendet worden. Sie kann aber nur ein Anfang gewesen sein. Hat sie uns nicht vor Augen geführt, wie

unerlässlich eine vorurteilsfreie Beschäftigung mit Geschichte ist? Viele Fragen warten auf Antwort, Lebensfragen auch für die PDS.

Anmerkungen

- ¹ Andreas Malycha: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ Rede Otto Grotewohls am 11. November 1945 (Dokument 1). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/1992, S. 167ff.
- ² Wilhelm Pieck erklärte hier: „Man faßt sich wirklich an den Kopf und fragt sich, wie Menschen, die von sich behaupten, Marx mal gelesen zu haben, zu solchen ungeheuerlichen Behauptungen kommen können. Aber hier ist es eben so: in der Sucht, etwas zu erfinden, was ihnen eine Plattform gegen die Kommunisten gibt, sind sie auf den Blödsinn verfallen, dem deutschen Arbeiter einreden zu wollen: es gibt keinen Kapitalismus mehr in Deutschland; der Sozialismus liegt sozusagen auf der Straße!“ - Stenographische Niederschrift der Erweiterten Sitzung des Sekretariats des ZK der KPD am 19. und 20. 11. 1945. Zitiert nach: Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946. Hrsg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch. Band 1: Protokolle der Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Juli 1945 bis April 1946, München 1993 (im folgenden: Protokolle des Sekretariats des ZK), S. 168f.
- ³ Im Schlußwort sagte W. Pieck: „Die Verantwortung für das Zustandekommen der Einheitsfront und ihrer Festigung liegt ganz allein bei uns Kommunisten, nur bei uns! Wir können die Verantwortung nicht den sozialdemokratischen Führern aufhalsen; die wollen sie nicht. Es liegt bei uns, ob wir es verstehen, eine solche Politik zu treiben, daß, wenn die Führer gegen die Einheitsfront sind, sie sich von ihren eigenen Anhängern isolieren. Das muß das Resultat unserer Arbeit sein, und deshalb sollen wir nicht so sehr darauf schauen, was ein Brill oder ein anderer in seinen Rundschreiben schreibt und macht. Wir wollen solche Dinge ignorieren ...“ Zitiert nach: Protokolle des Sekretariats des ZK, S. 350.
- ⁴ Siehe Edgar Hartwig: Die Vereinbarung vom 9. Juli 1945. Eine gescheiterte und fast vergessene Initiative der Landesleitungen von SPD und KPD in Thüringen. In: Einheitsdrang? Einheitszwang? Die Entstehung der SED. Betrachtungen und Erinnerungen nach 50 Jahren. Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e. V., (im folgenden: Schriftenreihe des Jenaer Forums), Heft 24, Jena 1996 S. 63ff.
- ⁵ Helmut Kropf: „Zwangsvereinigung“? Wenn ja, dann von „unten“. In: Unsere Neue Zeitung. Linke Zeitung in Thüringen, Erfurt (im folgenden: UNZ), Nr. 4/1996.
- ⁶ Kurt Ludwig: Bilder einer Ausstellung. In: UNZ, Nr. 8/1996.
- ⁷ Manfred Overesch: Machtergreifung von links. Thüringen 1945/46. Mit Graphiken von Paul Schäfer. Hildesheim / Zürich / New York 1993, S. 12.
- ⁸ Siehe Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv der SED Erfurt (im folgenden: HStA Weimar, BPA SED Erfurt), I/2 - 002, Protokolle der Sitzungen der KPD-Bezirksleitung vom 18.4. und 19.4.1945.

- ⁹ Siehe „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 75.
- ¹⁰ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, I/1 - 001, Protokoll der 1. Funktionärkonferenz der KPD Thüringens am 15.7.1945 in Weimar.
- ¹¹ Das rote Ginkgo-Blatt. Rundbrief des PDS-Kreisverbandes Apolda/Weimar, 04/96, S.10.
- ¹² Referat Wilhelm Piecks „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“. In: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5, Berlin 1966, S. 512 (Dokument 51).
- ¹³ Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 186.
- ¹⁴ Siehe Andreas Malycha: Auf dem Wege zur SED, Bonn 1995, S. 346ff.
- ¹⁵ Andreas Malycha: Auf dem Wege zur SED, S. LXXXVI f.
- ¹⁶ Thüringisches Staatsarchiv Meiningen (im folgenden: ThStA Mgn.), BPA SED Suhl, II/3/07, Rundschreiben des Landesvorstandes der SPD 7/46.
- ¹⁷ Siehe HStA Weimar, II/2-003, Protokoll der SPD-Landesvorstandssitzung vom 29.12.1945.
- ¹⁸ Werner Eggerath: Die fröhliche Beichte, Berlin 1975, S. 224.
- ¹⁹ Johannes Brumme an Hermann Brill, 29.10.1947, 11.2.1948 und 11.5.1948. In: Sammlung Volker Wahl, Nachlaß Johannes Brumme.
- ²⁰ Protokolle des Sekretariats des ZK, S. 297f.
- ²¹ Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Hrsg. Hans-Joachim Krusch/Andreas Malycha, S. 60 und 70ff.
- ²² Heiner Hellmich: Der Weg in die SED aus der Sicht eines damaligen Weimarer SPD-Mitgliedes. In: Schriftenreihe des Jenaer Forums, Heft 24/1996, S. 32ff.
- ²³ Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED, S.357.
- ²⁴ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, II/2 - 003.
- ²⁵ Siehe Anne Anweiler: Zur Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in Thüringen 1945 - 1946, Erfurt 1971, S. 106ff.
- ²⁶ ThStA Mgn., BPA SED Suhl, II/3/06, Bl. 32 - 50, Protokolle der Vorstandssitzungen des SPD-Ortsvereins u.a.
- ²⁷ Protokolle des Sekretariats des ZK, S. 488 und 502.
- ²⁸ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, V/6/6 - 32, Erinnerungsbericht von Heinrich Hoffmann: "Erste Begegnung mit Walter Ulbricht" (MS, Durchschrift). Gunter Ehnert: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46), Erfurt 1995, S. 53f.
- ²⁹ HStA Weimar, BPA SED Erfurt, V/6/6 - 31, Heinrich Hoffmann an Harry Sieber, 30.5.1970.
- ³⁰ Günter Schwade: Was nicht paßt, wird weggelassen. In: UNZ, Nr. 5/96.
- ³¹ Siehe ThStA Mgn., BPA SED Suhl, II/3/01 - 07.

Heinz Grafe

Weiter auf dem Weg zur geschichtlichen Wahrheit

Seit unserer Zusammenkunft im Februar 1996 war genügend Zeit, um über das damals Gehörte nachzudenken, nachzuhören und zu diskutieren. Mancher von uns hat versucht, dies einigermaßen in Einklang zu bringen. Für Zeitzeugen ist es sicher einfacher, sich mit dem vieldiskutierten Thema „Zwangsvereinigung“ auseinanderzusetzen als für jene, die erst nach der Wende mit diesem Thema konfrontiert wurden.

Mein Beitrag geht auf die Teilnahme an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung des sozialdemokratischen Ortsverbandes im Geburtsort von Hermann Brill zurück. Das Thema entsprach dem Zeitgeist und lautete: „100 Jahre Sozialdemokratie - 50 Jahre Zwangsvereinigung“. Vier Mitglieder der PDS des Ilmkreises waren dieser öffentlichen Einladung gefolgt, und das vor allem deshalb, weil die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie auch im Geburtsort von Hermann Brill eine lobenswerte und kämpferische Tradition aufzuweisen hat. Das wird auch heute niemand leugnen, erst recht nicht die PDS. Die anwesenden PDS-Mitglieder wußten um die Geschichte der Arbeiterbewegung im Geburtsort von Hermann Brill.

Einführende Worte des Vorsitzenden des Kreisverbandes regten zu einer interessanten Diskussion an. Schade eigentlich, daß sich daran nur die PDS-Mitglieder und die Referenten beteiligten.

So blieb es also bei den bekannten Formulierungen, daß die Kommunisten die SPD vereinnahmt haben, daß nur auf äußeren Druck die Einheit der Parteien erzwungen wurde. Alles war natürlich verbunden mit den bekannten Anschuldigungen gegenüber der PDS. Die anwesenden Mitglieder hörten aufmerksam zu, wie Geschichte heute interpretiert und, wenn es der Sache dient, auch verfälscht wird. Doch diese Anschuldigungen schienen vorgegeben. Wie anders wäre sonst zu erklären, daß der Kreisvorsitzende der SPD zur Begründung der Zwangsvereinigung nur den Text der Einladung des Landesvorsitzenden zu einer Veranstaltung zum gleichen Thema in Gotha verlas?

Den Mitgliedern der PDS ging es nicht um Konfrontation, sondern um die historische Wahrheit, und da konnte man den Hauptreferenten, was die Rolle der örtlichen Sozialdemokratie im Geburtsort Hermann Brills seit ihrer Entstehung im Jahre 1896 betrifft, ohne weiteres zustimmen.

Doch ich glaube, mit der historischen Wahrheit scheint mancher so seine Schwierigkeiten zu haben bzw. möchte daran nicht mit konkreten Fakten erinnert werden. Auf eine solche Schwierigkeit und Unkorrektheit eines Historikers stieß ich beim Lesen der Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46)“ von Gunter Ehlert. Auch hier scheint die gültige historische Wahrheit vorgegeben zu sein, vor allem dann, wenn es gegen die PDS geht. Der Autor schreibt z.B.: „Der neue thüringische KPD-Sekretär Werner Eggerath stellte gleich nach seiner Einsetzung einen Arbeitsplan für November 1945 auf. Darin stellte er die Aktionseinheit mit der SPD in den Mittelpunkt ...“¹

Warum verschweigt der Autor die Antwort darauf, wie diese Aktionseinheit erreicht werden sollte? Er hätte nur aus dem von ihm genannten Arbeitsplan zitieren müssen. Im Original von 1945 heißt es: „Die Aktionseinheit mit der SPD steht bei der jetzigen Lage im Mittelpunkt. Alle Fragen müssen in kameradschaftlicher Art mit den Genossen von der SPD gemeinsam gestellt und gelöst werden. Alle Hemmungen, die im Wege stehen, sind zu beseitigen. Ein volles Vertrauen muß herbeigeführt werden. Die entscheidende Frage ist, daß wir nicht nur gemeinsam diskutieren, Entschließungen annehmen und Aufrufe erlassen, sondern in der praktischen Arbeit zusammenwachsen.“²

Tausende Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich auf diesen Weg der Gemeinsamkeit gemacht, sie wurden dazu von niemandem gezwungen. Der Wille zur Einheit wurde nicht im Zwang, er wurde im gemeinsamen Kampf geboren, und das nicht erst nach 1945.

Aus Berichten, Erzählungen und Begegnungen mit Zeitzeugen weiß ich, daß sich viele Sozialdemokraten auch in Arnstadt 1945/46 an eine Einschätzung des Bezirkssekretariats der SPD Großthüringen anlässlich der Reichstagswahlen 1928 erinnerten, in der es heißt: „Die Zahl der KPD-Stimmen bitten wir besonders unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, welche Stärke die Arbeiterschaft in Thüringen hätte, wenn sie einig und geschlossen wäre. Die Zersplitterung kommt überall dem reaktionären Bürgertum zugute.“³ Ob Hermann Brill 1945 seine Forderung nach Einheit der Aktion im „Buchenwald-Manifest“ auch so verstanden wissen wollte, weiß ich nicht, obwohl es darin heißt: „Zu all diesem ist die Einheit der sozialistischen Bewegung unerlässlich.“⁴

Einer seiner Freunde und Mitstreiter in der Zeit des Faschismus, der Arnstädter Sozialdemokrat und langjährige Vorsitzende des Kreisverbandes der SPD, Genosse Otto Steinbrück, hat sich bis zum Ende seines Lebens daran gehalten. Er stand mit vielen seiner sozialdemokratischen Kampfgefährten in der ersten Reihe und an der Seite der Genossen aus der Arnstädter KPD. Er hat die Seite nie gewechselt. Er war Mitglied des ersten Landesvorstandes der SPD nach 1945, doch die Freundschaft mit Brill ging zu Ende. Otto Steinbrück hatte sich für die Einheit entschieden. Sein ehemaliger Freund versuchte, sie zu verhindern.

Lassen wir auch dazu Tatsachen sprechen. Genossen der SPD aus Arnstadt haben uns dazu ihre Erinnerungen und Erlebnisse hinterlassen. Diese Erinnerungen von Sozialdemokraten besagen, daß Brill 1945 in Arnstadt konsequent gegen die Einheit auftrat und forderte, erst einmal habe die SPD Bedingungen zu stellen an die KPD. Auch nach der Januar-Konferenz 1946 haben verschiedene Mitglieder des Landesvorstandes versucht, „durch illegale Sitzungen, zu denen nur Funktionäre, die in ihrem Sinne zuverlässig waren, eingeladen wurden, um die Einheit zu verhindern. Dazu kam die Verteilung von geheimen Rundschreiben sowie das Auftreten in SPD-Mitgliederversammlungen gegen die Einheit. Funktionäre, die für die Einheit sprachen, sollten isoliert und die Mitglieder aufgefordert werden, diese Versammlungen nicht zu besuchen.“⁵

Erstaunt war ich deshalb, daß diese eben genannten Haltungen und Handlungen in jener Versammlung im Geburtsort Hermann Brills durch die Worte des Ehrenvorsitzenden bestätigt wurden, denen zufolge Brill vor seinem Weggang in den Westen seine Getreuen noch einmal zusammenrief und sie aufforderte, standhaft zu bleiben und sich von den Kommunisten nicht

vereinnahmen zu lassen. Der Ehrenvorsitzende erklärte voller Stolz als Teilnehmer dieser letzten Zusammenkunft, standhaft geblieben zu sein. An die anwesenden PDS-Mitglieder appellierte er, wieder zur Mutterpartei zurückzukehren.

Wir waren uns einig: Wenn damit die Partei Bebels, Liebknechts und Luxemburgs gemeint ist, werden wir uns dieser Rückkehr nicht verschließen. Der Weg dorthin, das weiß ich nicht erst seit dieser Veranstaltung, wird sehr weit sein. Es wird vieles Trennende zu überwinden, aber auch manche Gemeinsamkeit neu zu finden sein.

Wir hatten deshalb als Mitglieder der PDS trotz unterschiedlicher Beurteilung des Gesagten keine andere Auffassung als der Landesvorsitzende des Verbandes der Opfer des Stalinismus, der betonte, daß ohne Bekenntnis zur Vergangenheit die Zukunft nicht zu meistern sei.

Diese Wahrheit haben mittlerweile nicht nur die Mitglieder der PDS begriffen.

Ich darf mit einer Erkenntnis eines von mir hochgeschätzten Menschen, des langjährigen Direktors des Marienstifts Arnstadt, Kirchenrat Heinrich Behr, schließen, die in der „Thüringer Allgemeinen“ veröffentlicht wurde:

„Im vorigen Jahr 1995 haben wir viel an die Zeit vor 50 Jahren gedacht, als der schreckliche Krieg zu Ende ging und unser Land von den Siegermächten besetzt wurde. Es lohnt sich, in diesem Jahr auch an die Zeit um 1946 zu denken, als wir uns aus all den Zerstörungen herausgearbeitet haben. Es war eine schwere Zeit, und Hunger und die Kälte des Winters machten uns sehr zu schaffen. Aber die ‚Stimmung‘ der Menschen war ganz anders als heute, es war eine optimistische Aufbruchstimmung voller Hoffnung. ‚Schlimmer kann es nicht mehr werden‘, meinten die Leute, die fast alle ‚bei Null‘ anfangen mußten. Es wurde hart gearbeitet, Betriebe entstanden neu, Arbeitskräfte wurden gesucht. Langsam wurde es besser, mit dem Verdienst und dem Angebot in den Geschäften. Viele Kinder wurden geboren. Flüchtlinge bekamen eine neue Heimat. Es lohnte sich zu leben und zu arbeiten. Es sollte ja alles wieder gut werden. Diese Aufbruchstimmung brauchten wir seit 1989 auch, aber sie ist ‚umgekippt‘. Eigentlich kein Wunder, es ist so vieles anders als damals. Vielleicht hilft es uns etwas, an 1946 zu denken, als wir uns in einer viel schwereren Lage befanden und nicht verzagt haben. Die Mutlosigkeit in unserer Zeit ist voller Gefahren. Wir dürfen uns ihr nicht ergeben. Sonst machen andere mit uns, was sie wollen. Wir dürfen uns nicht alles ‚gefallen‘ lassen, im wahrsten Sinn des Wortes.“

Aus dem Munde eines Christen, Pfarrers und Kirchenrates ist dies ein guter Blick in eine bessere Zukunft und ein Ausdruck bewahrter menschlicher Würde und Moral.

Anmerkungen

¹ G. Ehlert, Die SPD in Thüringen, S. 55.

² Arbeitsplan 1945, S. 1 (im Besitz des Autors).

³ Bericht des SPD-Bezirkssekretariats, Weimar 1928, S. 29 (im Besitz des Autors).

⁴ Buchenwald-Manifest, April 1945, Pkt. 7 (im Besitz des Autors).

⁵ Erinnerungen von SPD-Mitgliedern (im Besitz des Autors).

Eberhart Schulz

Konsequenzen aus der Debatte für die Auseinandersetzung mit Geschichte

Die Anstöße zu folgenden Überlegungen über Ergebnisse der Diskussionen anlässlich des 50. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD erhielt ich nicht nur aus den Veranstaltungen der Kreisorganisationen der PDS und aus den aufwendigen Propaganda-Aktionen der SPD zu dieser Thematik, sondern auch aus einem Besuch in Bonn, bei dem ich Gelegenheit hatte, an einer Diskussion mit Mitgliedern und Mitarbeitern der Bundestagsgruppe der PDS teilzunehmen sowie das Museum der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu besuchen.

Es zeigte sich in der Debatte, daß es vielfach einseitige Sichtweisen auf die Ereignisse vor 50 Jahren gibt. Sie sind überwiegend von politischen Standpunkten, ja von politischen Vorurteilen, von persönlichem Erleben, aber auch vom Einfluß der Medien geprägt. Schwarz-Weiß-Malerei, undifferenzierte Urteile überwiegen, konkretes Wissen gibt es viel zu wenig. Selbst in an sich seriöse wissenschaftliche Darstellungen schleichen sich Einseitigkeiten ein. Ich weiß aus eigener Arbeit um diese Gefahren. Gerade deshalb muß man sie immer wieder benennen. An Stelle der in der DDR üblichen Glorifizierung der Vorgänge treten nun „Enthüllungen“ und Widerlegungen dieser Verherrlichungen mitunter so stark in den Vordergrund, daß die Gefahr der Überbewertung negativer Faktoren entsteht. Außerdem wird das Geschehen nach wie vor zu sehr auf der Ebene der Vorstände der Parteien dargestellt. Es bleibt auch unberücksichtigt, daß in den Quellen logischerweise vor allem das Besondere, vom Normalen Abweichende niedergelegt ist; denn das, was normal abläuft, brauchte man nicht zu berichten. Diese Dinge scheinen mir zum Beispiel bei mehreren der jüngsten Veröffentlichungen von Andreas Malycha relevant zu sein.

Für die Geschichtsarbeit in der PDS im allgemeinen, über den konkreten Anlaß hinaus, ergeben sich meines Erachtens aus dieser Lage folgende Schlußfolgerungen:

1. Die Verbreitung exakten, konkreten Wissens über geschichtliche Ereignisse und Erscheinungen ist kontinuierlich und beharrlich weiterzuführen, wobei auf eine differenzierte Sicht besonderer Wert zu legen ist.
2. Dabei muß bei aller Wissenschaftlichkeit auch die anschauliche, bildhafte und populäre Darstellung bis hin zu den Schlagzeilen einen angemessenen Platz erhalten, und es darf auch die Polemik nicht zu kurz kommen.
3. Das setzt auf den verschiedenen Ebenen, im Maßstab des Ortes, des Kreises, des Landes und der Bundesrepublik im Ganzen eine eigenen Forschung voraus, die in gewissem Maße durchaus auch von Laien gewinnbringend vorangebracht werden kann, wie manche Broschüre zum Vereinigungsprozeß von KPD und SPD aus den Kreisen belegt.

Offen bleibt für mich aber die eminent wichtige Frage: Wie kommen wir mit der Verbreitung unserer Auffassungen über den begrenzten Teil der Mitglieder und Sympathisanten hinaus? Wie erreichen wir vor allem junge Menschen? Darüber in den verschiedenen Gremien der PDS ernsthaft nachzudenken und zu diskutieren halten ich für unabdingbar.

Herbert Hetzelt

Bemerkungen zur Darstellung der Vereinigung von SPD und KPD durch Wolfgang Leonhard

Ich bin kein Historiker, fast vier Jahrzehnte habe ich mich mit Staats- und Rechtstheorie befaßt. Aber ich hatte immer Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung. Hier will ich mich zur Darstellung der Vereinigung von SPD und KPD durch Wolfgang Leonhard äußern.

Dabei stütze ich mich auf die Bücher „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ und „Spurensuche - 40 Jahre danach“, das Tonbandprotokoll der Diskussion des ND am 20.3.1996 in Berlin zum Thema „Die SED - eine Fehlkonstruktion von Anfang an?“ und Leonhards Vortrag am 31.3.1996 im Plenarsaal des Thüringer Landtages.

Da Wolfgang Leonhard 1945 mit der Gruppe Ulbricht aus der Sowjetunion nach Deutschland gekommen ist und bis 1947 Mitarbeiter des ZK der KPD bzw. des Parteivorstandes der SED war, konnte er interessant über die damaligen Vorgänge berichten. In den meisten Punkten finden seine Ausführungen meine Zustimmung. Ich bin der Landtagsfraktion der PDS dankbar dafür, daß sie Leonhard für diese Veranstaltung gewonnen hat. Es gibt jedoch einzelne Punkte, zu denen ich eine andere Meinung habe. Die Berichterstattung in der Thüringer Allgemeinen vom 6.4.1996 über die Veranstaltung im Landtag bestärkt mich darin, dazu Stellung zu nehmen.

1. Zu Recht hat Leonhard den Umgang der SED mit bestimmten Mitgliedern des Sekretariats des Parteivorstandes, ihre spätere Verleugnung und Degradierung, als Schande bewertet. Von den 14 Mitgliedern des Sekretariats blieben nur 4 bis zum Lebensende in hohen Funktionen: Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und Hermann Matern. Die ehemaligen KPD-Genossen Franz Dahlem, Paul Merker, Anton Ackermann und Elli Schmidt wurden in den 50er Jahren abgesetzt. Paul Merker wurde unter falschen Beschuldigungen eingesperrt. Die ehemaligen SPD-Genossen Max Fechner, Helmut Lehmann, Otto Meier und Käthe Kern wurden in den 50er Jahren abgesetzt. Fechner wurde unter falschen Beschuldigungen 1953 eingesperrt. Erich W. Gniffke ist 1948 in den Westen gegangen. August Karsten ist 1947 zurückgetreten.

Leonhard hat am 31.3.1996 behauptet, deren Namen seien in der DDR verschwiegen worden. Das stimmt nicht. Im 1946 veröffentlichten Protokoll des Vereinigungsparteitages sind alle Namen der 82 Mitglieder des Parteivorstandes der SED veröffentlicht worden. Übrigens: 20 davon kamen aus dem Westen.¹ Im Band 6 der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind alle Mitglieder des Sekretariats mit Namen und Porträtfotos 1966 veröffentlicht worden.² Das Sekretariat des Parteivorstandes der SED wurde entsprechend dem Statut §9 nicht durch den Parteitag, sondern durch den Parteivorstand aus dessen Reihen gewählt.

2. Leonhard hat behauptet, Otto Grotewohl habe seine Position zur Vereinigung der beiden Parteien in der Zeit vom 11.11.1945 bis zum 3.1.1946 radikal gewandelt. In der Veranstaltung 20.3.1996 brachte Leonhard zum Ausdruck, Grotewohl habe sich mit seiner Rede am 11.11.1945 „eindeutig als der ernsteste Gegner der Einheit gezeigt“.³ Ich habe diese Rede stu-

diert. Die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und der Aufbau des Sozialismus wurden von Grotewohl historisch anders eingeordnet, als sich die Entwicklung später vollzog. Aber eine ausdrückliche Verneinung der Einheit der Arbeiterklasse ist daraus nicht zu erkennen. Zu Grotewohls Schlußfolgerungen in dieser Rede gehörte: „Einheit der Arbeiterbewegung als Mittel und Ergebnis der gemeinsamen Hingabe der deutschen Arbeiterklasse an das Werk der zukünftigen Freiheit des deutschen Volkes“.⁴ W. Leonhard hat behauptet, Otto Grotewohl habe noch auf der 60er-Konferenz am 20.-21.12.1945 die Vereinigung der SPD und der KPD abgelehnt und am 3.1.1946 anlässlich W. Piecks Geburtstag sich demonstrativ dazu bekannt. Leonhard brachte den Wandel Grotewohls mit vermutlichen Versprechungen der SMAD in Verbindung. Ich habe noch während der Veranstaltung am 31.3.1996 darauf hingewiesen, daß meines Erachtens diese Veränderungen auf Begegnungen Grotewohls mit Kurt Schumacher zurückzuführen sind. Grotewohl ging bis Dezember 1945 in Übereinstimmung mit dem Zentrallausschuß der SPD davon aus, daß über die Frage der Vereinigung von SPD und KPD Reichsparteitage beider Parteien entscheiden sollten. In der erwähnten 60er-Konferenz vom 20.-21.12.1945 erklärte er: „Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig.“⁵ Das war der erste Satz seiner Rede. Danach hat Grotewohl in 10 Punkten Vorgänge benannt, die den Prozeß der Vereinigung behinderten, z.B. die Bevorzugung der KPD durch die SMAD, den Druck auf Sozialdemokraten, Zweifel am Bekenntnis der KPD zur Demokratie. Das erfolgte zu dem Zweck Hindernisse zu überwinden.⁶ Es ging Grotewohl um das *Wie* der Vereinigung, nicht darum, *ob* sie durchgeführt werden sollte. Das ist ein anderer Standpunkt als der von Leonhard behauptete. Otto Grotewohl begegnete Kurt Schumacher am 20.8.1945 in Grotewohls Wohnung in Berlin-Schöneberg, vom 5.-7.10.1945 in Wennigsen bei Hannover und am 8.2.1946 in Braunschweig. Grotewohl wollte Schumacher davon überzeugen, die SPD einheitlich in ganz Deutschland zu konstituieren und dann über die Vereinigung mit der KPD zu entscheiden. Schumacher lehnte das kategorisch ab. Bei der Begegnung in Wennigsen wurde Grotewohl von Schumacher wie ein Verräter behandelt. Schumacher forderte ihn auf, die SPD in der SBZ aufzulösen, um die Vereinigung zu verhindern. Diese Vorgänge hatten wesentlichen Einfluß darauf, daß Grotewohl seine Vorstellungen über den Weg der Vereinigung beider Parteien änderte.⁷ Das sind Tatsachen, die sich logisch in den Gesamtprozeß einordnen. Sie haben für mich ein größeres Gewicht als Leonhards Vermutung, die SMAD hätte Grotewohl eine einflußreiche Funktion versprochen. Dabei gab er zu, daß es sich nur um eine Vermutung handelt.

3. Nach Leonhard wurde die Vereinigung von KPD und SPD in der Regel von repressiven Maßnahmen und durch Manipulationen geprägt. In Ausnahmefällen erfolgte sie freiwillig. Er nannte drei Methoden, die den Prozeß der Vereinigung geprägt hätten:

- Einschüchterung und Unterdrückung durch die SMAD, z.B. Absetzung von Einheitsgegnern durch die SMAD, Vorladung und Verleumdung von SPD-Funktionären;
- Wohlverhalten und freundliche Gesten gegenüber SPD-Funktionären durch die SMAD;
- ideologische Manipulation, die sich z.B. darin äußerte, daß die KPD die SPD-Parteiprogramme druckte, daß als Vorbilder der Arbeiterbewegung nur Marx, Engels und Bebel genannt

wurden, aber nicht Lenin und Stalin, daß die Auflösung der Komintern, vor der die Sozialdemokraten Horror hatten, betont wurde.⁸

Ich halte es für richtig, den Einfluß von Repression und Manipulation eindeutig zu benennen und sich damit auseinanderzusetzen. Aber sowohl das Studium vieler Dokumente als auch Aussagen vieler Zeitzeugen bewegen mich dazu, das freiwillige Bestreben eines beträchtlichen Teils der Mitglieder von SPD und KPD zur Vereinigung der Parteien auf den allerersten Rangplatz zu setzen. Die Einschätzung der Historischen Kommission der PDS halte ich für realistisch: „Eine Minderheit trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluß mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, daß Bedenken vielfach in den Hintergrund traten.“⁹ Ich halte diese Einschätzung für vorsichtig, aber keineswegs zu optimistisch. Einen mit Sicherheit unverdächtigen Zeitzeugen will ich noch erwähnen. Jakob Kaiser, der damalige Vorsitzende der Ost-CDU und spätere Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen urteilte am 30.11.1947, „...daß nur verschwindend wenig Führungskräfte der Sozialdemokratie des Ostens dem Verschmelzungswillen der Kommunisten widerstanden haben, daß der damalige Funktionärkörper der östlichen Sozialdemokratie bei dieser Verschmelzung wesentlich mitgewirkt hat.“¹⁰

W. Leonhard hat mit Recht darauf hingewiesen, wie die sowjetische Besatzungsmacht auf die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Einfluß genommen hat. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß die amerikanische und die britische Besatzungsmacht ebenfalls Einfluß genommen haben. Beide haben in Zusammenarbeit mit dem Büro Schumacher im Westen die Vereinigung verhindert. Sozialdemokraten im Westen, die sich dennoch für die Vereinigung mit der KPD eingesetzt hatten, wurden aus der SPD ausgeschlossen.

Tatsache ist auch, daß Schumacher gemeinsam mit dem amerikanischen und britischen Geheimdienst am 10.4.1946, also kurz vor dem Vereinigungsparteitag, in Westberlin das Ostbüro der SPD gegründet hat. Dieses Ostbüro bekam den Auftrag, in der SED illegal zu arbeiten. Sozialdemokraten sollten bis in höchste Funktionen vordringen, um von innen her Einfluß zu nehmen und die Amerikaner und Engländer zu informieren. Schumacher hat bei dieser Gelegenheit versprochen: „Die SPD wird das Vertrauen der Engländer und Amerikaner rechtfertigen.“¹¹

W. Leonhard lehnt den von der SPD geprägten Begriff „Zwangsvereinigung“ ab und schlägt vor, sie als eine „repressive Vereinigung“ zu bezeichnen.¹²

Davon halte ich nichts. Günter Benser hat in der ND-Runde erklärt, Leonhard und Benser seien beide Zeitzeugen dieses Prozesses gewesen, Leonhard aus der Vogelperspektive und Benser aus der Froschperspektive.

Ich bin der Meinung, die Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ war so folgenreich, vielfältig und facettenreich, daß es nicht möglich ist, sie unter einem Begriff zu fassen ohne wesentliche Seiten zu ignorieren. Ich bin dafür, sachlich Positives und Negatives klar zu benennen, aber es muß der Wahrheit entsprechen. Legenden sind nicht geeignet Klarheit zu schaffen.

Anmerkungen

- ¹ Protokoll des Vereinigungsparteitages der SPD und KPD, Verlag J.H.W.Dietz, Berlin 1946, S. 154.
- ² Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd.6, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 144.
- ³ W.Leonhard, Die SED - eine Fehlkonstruktion von Anfang an? Tonbandprotokoll des ND, S. 6.
- ⁴ O. Grotewohl, Rede zum 9. November 1945, BzG 2/92, S. 175.
- ⁵ O. Grotewohl, Referat auf der 60er-Konferenz am 20.-21.12.1945, in H.J. Krusch, A. Malycha, Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung Berlin 1991, S. 60.
- ⁶ O. Grotewohl, ebenda, S. 67-68.
- ⁷ Triebel, Otto Grotewohls Weg in die Einheitspartei, Berlin 1993, S. 22, 29-30, 41, 44.
- ⁸ W. Leonhard, Tonbandprotokoll, ebenda, S. 6-7.
- ⁹ Erklärung der Historischen Kommission der PDS, ND vom 18.11.1995, S. 11.
- ¹⁰ Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot, Köln 1988, zitiert in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Band 1, Bonn, Berlin 1993, S. 95-96.
- ¹¹ O. Grotewohl, Reden und Aufsätze, Band 1, Dietz Verlag Berlin 1954,S. 375-377.
- ¹² W. Leonhard, Tonbandprotokoll, ebenda, S. 10.

Manfred Weißbecker

Nach dem 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD - Überlegungen zu einigen Ergebnissen und Defiziten der Debatten *

Mit den folgenden Punkten soll auf einige historisch-politische Probleme - ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit - aufmerksam gemacht werden. Sie ergeben sich aus einer Vielzahl von Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft Geschichte beim Landesvorstand Thüringen der PDS und des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., aus unserer bisherigen Diskussion zu den hauptsächlichen Streitfragen sowie aus der Tatsache, daß die Debatte unmittelbar nach dem Jahrestag der SED-Gründung ein abruptes Ende gefunden hat. Sie gelten der mit einem unbefriedigenden „Jein“ zu beantwortenden Frage, ob - und wenn ja, in welchem Maße - sie aus dem „Käfig“ herauszuführen vermochte, der früher mit der einseitigen Erklärung konstruiert worden war, die Gründung der SED stelle den Höhepunkt der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte dar, und der nun mit dem verabsolutierenden Etikett „Zwangsvereinigung“ beklebt werden sollte. Alle Aussagen verstehen sich als Anregung zur weiteren Selbstverständigung *in* der AG Geschichte und *in* den thüringischen PDS-Verbänden.

1. Die nunmehr selbst zur Geschichte gewordenen „Debatte“, die eher ein „Monologisieren“ der Beteiligten gewesen ist, hat unser konkretes Wissen um die geschichtlichen Vorgänge von 1945/46 außerordentlich bereichert. Zahlreiche Fakten sind erst jetzt bekannt geworden, gerade auch durch sozialdemokratische Publikationen. Es ist verdienstvoll, vieles ans Tageslicht gebracht zu haben, was politischer Gängelei der Geschichtsschreibung in der DDR zum Opfer fiel. Zu bedauern bleibt der geringe Anteil von Forschungsergebnissen in den Beiträgen aus der PDS und ihr nahestehender Kreise. In ihnen überwog ein vom Subjektiven geprägtes Sich-Erinnern und Sich-zur-Wehr-Setzen gegenüber neuen Einseitigkeiten und fehlerhafter Geschichtsdarstellung. Für viele PDS-Mitglieder und Sympathisanten stellte die Debatte oft eine schmerzhaft Beschäftigung mit der eigenen Biographie dar, in der die kritisch-selbstkritische Rückschau allzu oft zu kurz kam.

Unübersehbar ist, daß sich in der Öffentlichkeit der neuen Bundesländer insgesamt sich eine bloße Verkehrung früher überschwenglich-positiv gebrauchter Vorzeichen in das entgegengesetzte und wiederum verabsolutierte Negativum vollzog. Das Klischee von der „Zwangsvereinigung“ hat sich festgesetzt und wird nur in kleinen Teilen der Bevölkerung kritisch hinterfragt. Konkretes Wissen kann bei den meisten nicht vorausgesetzt werden.

2. In den Auseinandersetzungen bestätigte sich der Grundsatz, daß es keine Möglichkeit des Ausweichens vor der historischen Wahrheit und keinen anderen Weg zu ihr gibt als den des Bemühens um eine komplexe und zugleich differenzierte Sicht auf alle geschichtlichen Prozesse. Wer diesen Grundsatz nicht akzeptiert, ihn verletzt oder seine Anwendung sogar behindert, steckt unweigerlich die Geschichte in grob sortierte Schubkästen zum Zwecke beliebiger politi-

scher Nutzung. Gerade von einer solchen politischen Instrumentalisierung war die Debatte weithin geprägt. Statt einer sachlich-sachdienlichen Annäherung an die historische Wahrheit dominierten Formeln und Etiketten - häufig mißbraucht als Schlagetot-Begriffe gegen die PDS. Wirkliche Kenntnisse, abgerundete Forschungsergebnisse und erst recht die Bereitschaft zu *gemeinsamer* Auseinandersetzung waren weniger gefragt. Wer jedoch an wissenschaftliche Streitfragen mit dem Blick auf eigene Machtambitionen und Koalitionserfordernisse herangeht, steht bereits mit einem Bein im Lager verfälschender Einseitigkeit. Das haben Historiker der DDR sozusagen am eigenen Leibe erfahren, viele von ihnen wissen es heute aber offensichtlich besser als andere, ohne daran etwas ändern zu können ...

3. In der Debatte erwies sich die Erklärung der Historischen Kommission beim PDS-Bundesvorstand als hilfreich, anregend und in einer Vielzahl ihrer Aussagen auch als richtig. Das darf über ihre (hier nicht darzustellenden) Unzulänglichkeiten nicht hinwegtäuschen. Zu den wirkungsvollsten Argumenten gehörten u.a. folgende Thesen:

a) Die Geschichte der SED-Gründung setzte nicht erst am 8. Mai 1945 ein. Der organisatorische Zusammenschluß der beiden Parteien war ein durchaus mögliches Ergebnis der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, zumindest seit ihrer Spaltung und insbesondere seit ihrem Versagen im Kampf um die Verhinderung der faschistischen Diktatur. Gleichzeitig kam in der Debatte niemand umhin anzuerkennen, daß Spaltungen wie auch Einigungsversuche nicht nur die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland charakterisieren, sondern daß es sich um ein allgemeines, internationales Problem handelte. Es erwies sich auch als notwendig, nicht allein die Geschehnisse in der damaligen SBZ zu verfolgen. Einigungsbestrebungen gab es auch in den anderen Teilen Deutschlands.

b) 1945 stand das gesamte Parteienwesen auf einem geschichtlichen Prüfstand sondergleichen und sah sich umfassenden Veränderungen ausgesetzt, die allenfalls mit der Neuformierung der Parteien in der Novemberrevolution von 1918 zu vergleichen sind. Alle Parteien suchten ihren jeweiligen Spielraum durch Angliederung anderer Parteien oder durch Vereinigung zu vergrößern. Daher kann nicht einseitig von „Machtgier“ der Kommunisten und von ihrem „Taktieren“ gesprochen werden, so als habe es dies bei den anderen Parteien nicht gegeben. Das Problem „gehört“ keineswegs nur der Arbeiterbewegung, sondern in Gänze dem auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsenen und in Krisen geratene Parteienwesen.

c) Der Zusammenschluß von KPD und SPD erfolgte nach ungeheuer schwerwiegenden Erfahrungen und war mit der furchtbaren Hinterlassenschaft des Faschismus, mit existenziellen Tagesproblemen, Hoffnungen und Erwartungen breiter Kreise der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung verbunden. Insofern resultierte er keineswegs allein und nicht einmal primär aus dem Handeln führender Funktionäre und Apparate der beiden beteiligten Parteien. 1945 war der Wunsch weit verbreitet, es künftig anders zu machen („Das neue Leben muß anders werden“) - häufig ohne zu wissen, wie ...

Daraus entsprang allerdings auch ein gewisses (in den PDS-Beiträgen zu wenig behandeltes) Umkehrungsdenken, das in seiner Grundstruktur den Weg von einem Extrem ins andere aufwies:

- Bisher übte die Bourgeoisie die Macht aus - jetzt gebrauchen wir die im Krieg zerstörte und von uns zu erobernde Macht;
- bisher und vor allem seit 1933 herrschte ein menschenfeindliches Regime, dessen Träger zur Verantwortung gezogen werden müssen - das kann nicht ohne einen Gebrauch von Macht gehen, der durch das Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ legitimiert ist;
- bisher gab es viele Parteien, Verbände usw. - jetzt sind Einheitsorganisationen erforderlich;
- der Weimarer Parlamentarismus führte zum 30. Januar 1933 - jetzt sind Demokratie und Volksvertretungen neu zu gestalten.

Über solche Erfahrungen, die stalinistischen Auffassungen und Praktiken unter den SED-Mitgliedern gleich welcher parteipolitischen Herkunft Resonanz boten, sowie über ihren Platz in den akuten Fragen unserer Tage ist zu wenig nachgedacht worden. Zu wenig debattiert wurde wohl auch darüber, daß 1945 fast alle der Agierenden beider Arbeiterparteien - Hermann Brill stellt in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar - nahezu nahtlos-unkritisch am Stand des deutschen Parteienwesens von 1932/33 und an die spärlichen Erfahrungen von Aktionsbündnissen anknüpften.

4. Ein großes Manko der „Debatte“ bestand darin, daß es in ihr kaum um inhaltliche Fragen gegangen ist. Sie war einseitig auf Fragen der Organisationsform orientiert und berücksichtigte zu wenig die konzeptionell-inhaltlichen Vorstellungen der damals für oder gegen die Einheitspartei Agierenden. Die Debatte berührte nur indirekt die für heutige Zielsetzungen notwendigen Schlußfolgerungen; offensichtlich passen weder die damaligen Inhalte noch die enorm große Differenziertheit innerhalb von KPD und SPD während des Vereinigungsprozesses in die nach wie vor von Parteien-Egoismus getragenen Konzepte von heute ...

Welche Inhalte und Meinungsunterschiede von 1945/46 wurden zu wenig beachtet?

Es ging um die Alternativen: Schaffung antifaschistisch-demokratischer Verhältnisse nicht- und vorsozialistischen Charakters **o d e r** Verwirklichung der Parole vom „Sozialismus auf der Tagesordnung“; Schaffung neuer, d.h. bis dahin noch nicht existierender und erst zu erprobender Verhältnisse **o d e r** schlichte Wiederherstellung der Weimarer Demokratie (wobei dann immer noch offen war, ob an die Verfassung von 1919 oder an die Realität der späteren Jahre gedacht sein sollte); Schaffung friedensfördernder Verhältnisse zu *allen* Siegermächten **o d e r** Beibehaltung des nach wie vor in den Köpfen vieler Deutscher spukenden nationalistischen Großmachtdenkens und des antisowjetischen Kurses.

Grundsätzlich muß daher auch zu fragen erlaubt sein, was die heutige SPD und deren rechter Flügel, der ja besonders aktiv von der „Zwangsvereinigung“ wettete, eigentlich noch mit den inhaltlichen Vorstellungen der damaligen Sozialdemokraten zu tun hat. Die Differenz fällt auch auf, wenn an jene Sozialdemokraten erinnert wird, die sich 1945/46 lediglich *gegen* eine sofortige Vereinigung und *für* ein Aktionsbündnis aussprachen. Zugespitzt läßt sich das Problem so formulieren: Gehört ein Hermann Brill mit seinem Buchenwalder Manifest immer noch in die Traditionslinie der heutigen SPD oder nicht eher in die der PDS? Grundsätzlich geht es aber

um jene Traditionen des demokratischen Sozialismus, die sowohl in der SPD als auch in der PDS vorhanden sind und hier wie da zu Gemeinsamkeit geradezu herausfordern.

5. In der „Debatte“ konnten leider keinerlei Erfahrungen gesammelt werden, wie denn heute - unter Ablehnung des Modells einer Einheitspartei - Gemeinsamkeit angestrebt, gewahrt und genutzt werden kann. Täuscht der Eindruck tatsächlich, daß mancher Kontrahent der PDS die richtige Forderung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ präzisiert oder ersetzt wissen wollte durch „Nie wieder Gemeinsamkeit der Gegner von Krieg und Faschismus“? Offensichtlich war es auch falsch, vor der Debatte nur auf eine „Stunde der Historiker“ zu orientieren. Es wurde doch gerade deshalb so intensiv diskutiert, weil viele spürten, daß sich mit dem Scheitern des belasteten Modells „Einheitspartei“ die Frage nach Gemeinsamkeiten, Bündnissen, Koalitionen zwischen sozialdemokratischen und sozialistischen Organisationen keineswegs einfach erledigt hat. Die Realität konservativer Hegemonie und des zunehmenden rigorosen Sozialabbaus, die wachsenden rechtsextremen Gefahren, die spürbare Ungerechtigkeit und „Kälte“ sowie die Existenz zahlreicher anderer Problemfelder der heutigen kapitalistischen Gesellschaft werden immer wieder die Frage erzwingen, wer mit wem und wie wofür ...

6. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Debatte nach dem 22. April 1996 sowohl von der SPD als auch von der PDS abrupt beendet worden ist. Die Motive der Parteien sind sicher unterschiedlich, hängen jedoch in beiden Fällen wohl hauptsächlich mit den gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zusammen. So muß es z.B. der SPD-Führung doch Sorge bereiten, daß ihr offizieller Beitrag zur Debatte völlig unvereinbar war mit Positionen z.B. von Willy Brandt, die er 1987 in einer Geschichtsdebatte von Historikern der SPD und der SED so formuliert hat (Erben deutscher Geschichte, S. 16 f.): „Während unser Urteil über die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weithin abgeklärt ist, betrachten wir die neueren Entwicklungen, vor allem die historisch neueste in der Sowjetunion, in einer offenen Geisteshaltung, neugierig und gespannt. Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.“ Weiter heißt es: „Die Partei als Partei schreibt in unserem Verständnis keine Geschichte. Die Partei als Partei muß sich nicht nur erinnern, sie muß auch vergessen können; der Wissenschaft wird das zweite nicht gestattet.“ Heute muß häufig genug die Wissenschaft schweigen, wenn die Partei das Wort hat ...

Schließlich schrieb Brandt 1987 auch: „Wenn im hinter uns liegenden Wahlkampf - besonders von bayerisch deutschnationalen Höhen - wieder einmal der Ruf erschallte, es müsse verhindert werden, daß die Sozis das Volk *erneut ins Unglück* stürzten, so zeigt uns dies nicht nur die robuste Unverfrorenheit im reaktionär-populistischen Lager, sondern auch die Begrenztheit dessen, was politische Bildung und demokratische Kultur bisher zu bewirken vermochten.“¹ Es

zeugt von einer im Vergleich zu 1987 noch weiter eingeschränkten demokratischen Kultur, wenn in der Broschüre „Zwangvereinigung von SPD und KPD in Thüringen“ die Überflüssigkeit der PDS als sozialdemokratisches Ziel deutlich gemacht wird.² Diese Aussage demonstriert, daß es keineswegs allein um Attacken auf das sogenannte Magdeburger Modell oder um eine kritische Positionsbestimmung für das Verhältnis der SPD zur PDS ging.

7. Aus unserem Verständnis für die Geschichte sowie für das Verhältnis von Geschichte und Politik wäre unter anderem abzuleiten, daß in weiteren Auseinandersetzungen um das Selbstverständnis der PDS und ihre Positionen in geschichtspolitischen Debatten notwendigerweise danach zu fragen sein wird,

- wie sich Demokratie und Parteien zueinander zu verhalten haben, wenn der wohltonende Anspruch des Grundgesetzes ernstgenommen werden soll,
- wie sich Pluralismus und Toleranz heute zu ergänzen haben und welche Verletzung demokratischer Normen vorliegen, wenn die allgemeine Intoleranz gegenüber der PDS fortgesetzt wird,
- über welche Orientierungspunkte für eine demokratischere Gestaltung des Parteienwesens der Zukunft vorrangig nachzudenken sein sollte,
- welche Rolle einer Partei in dem zu suchenden Neuanfang sozialistischer Bewegungen zukommen kann, darf oder muß,
- wie das Konzept einer - von manchen Genossen vorgeschlagenen - „Partei von unten“ als einer der möglichen Alternativen zu den immanenten Schwächen des auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft gewachsenen heutigen Parteienwesens beschaffen sein könnte, usw. usf.

Die Reihe dieser und anderer Fragen ließe sich beliebig fortsetzen. Aus unserer kritischen Rückschau heraus halten wir es allerdings generell für erforderlich, gegen jede Art von Instrumentalisierung der Geschichte aufzutreten. Mißbrauch von Geschichte durch die Politik, so wie ihn heute die bundesdeutsche Gesellschaft betreibt, wird noch für lange Zeit zu erleben sein, doch sollte sich gerade die PDS im Interesse ihrer Oppositions- und Alternativ-Funktion um eine stichhaltige, überzeugungskräftige und wissenschaftlich fundierte Annäherung an die historische Wahrheit bemühen.

Anmerkungen

* Der Beitrag beruht auf dem Schlußwort des Verfassers zur Tagung „Nach der Debatte. Erfahrungen aus dem Streit um den 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD“ am 22.6.1996 in Gotha und wurde für eine Diskussion in der AG Geschichte beim Landesvorstand Thüringen der PDS ergänzt.

¹ Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte. In: Erben deutscher Geschichte. DDR - BRD: Protokolle einer historischen Begegnung. Hrsg. von Susanne Miller und Malte Ristau, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 16 f.

² Helga Grebing: Demokratischer Sozialismus - die Alternative zum Kommunismus. In: Zwangvereinigung von SPD und KPD in Thüringen. Hrsg. vom SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Thüringen (Erfurt 1996), S. 58.